



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

Der Nexus von Sicherheit und Entwicklung in den
Außenbeziehungen der Europäischen Union

Ohne Sicherheit keine Entwicklung?

Verfasserin

Pamela Haderlein

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Individuelles Diplomstudium Internationale Entwicklung

Betreuer:

Dr. Jan Pospisil

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	1
1.1. Kontextualisierung und Zielsetzung	1
1.2. Aufbau, Methodik und Ziele der Arbeit	4
1.3. Begriffserklärungen	7
1.3.1. Entwicklung	7
1.3.2. Fragilität	9
1.3.3. Resilienz	10
2. SICHERHEITSTHEORIEN- und POLITIK.....	12
2.1. Sicherheit – Annäherungen an eine Begriffsdefinition.....	13
2.2. Theorien: Vom Realismus zu den <i>Critical Security Studies</i>	17
2.2.1. Theorie des Politischen Realismus: traditionelle Ansätze	18
2.2.2. Liberale Ansätze und erweitertes Sicherheitsverständnis	20
2.2.3. <i>Critical Security Studies</i>	23
2.3. Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen.....	24
2.3.1. Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die neuen Bedrohungen	24
2.3.2. <i>Securitization</i>: „Versicherheitlichung“	26
2.3.2.1. Politischer Prozess: <i>speech-act</i>	29
2.3.2.2. Konzeptionierung von Sicherheit und Bedrohung	31
2.3.2.3. Von der Bedrohungsabwehr zur Risikovorsorge	33
2.4. Historischer Rückblick auf Sicherheit und Entwicklung	36
2.4.1. Entwicklungspolitik im Kontext des Kalten Krieges	38
2.4.2. Sicherheit und Entwicklung: Kausale Zusammenhänge	40
3. NEXUS VON SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG	44
3.1. Der Nachhaltigkeitskontext und die neuen entwicklungspolitischen Leitbilder.....	44
3.1.1. <i>Human Security</i>	47
3.1.2. <i>Good Governance</i> und <i>fragile states</i>	48
3.2. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen	50
3.2.1. Neue Konfliktkonstellationen: Der Staatenkrieg als Auslaufmodell	50
3.2.2. Die These von den Neuen Kriegen.....	52
3.3. Internationalisierung: Entwicklungspolitik als Sicherheitspolitik?	54

3.3.1. Schnittstellen und Wechselwirkungen von Sicherheits- und Entwicklungspolitik	57
3.3.2. Exkurs: Sicherheit im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen.....	60
4. NEXUS: Europäische Sicherheitsdiskurse und Entwicklungspolitik.....	65
4.1. Die Europäische Union im veränderten (Un-)Sicherheitskontext	66
4.1.1. Diskurs: Europäische Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik	68
4.2. Für ein sicheres Europa: Die Europäische Sicherheitsstrategie	71
4.2.1. Ohne Sicherheit keine Entwicklung: Interdependenzen und Risiken	73
4.2.2. Sicherheitskonditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit	76
4.2.3. EXKURS: Entwicklung und Sicherheit als normative Leitbilder.....	79
4.3. Das EU Konzept für Resilienz: Ein neues entwicklungspolitisches Paradigma	83
4.3.1. Europäische Erfahrungen: Hintergründe des Resilienz-Konzeptes.....	85
4.3.2. EU-Konzept für Resilienz: Bedeutung und Implementierung	89
4.4. Bewertung der Resilienz-Agenda im Kontext der Europäischen Union..	91
4.4.1. Resilienz – ein Konzept für Gegenwart und Zukunft?	91
4.4.2. Schlussgedanken: Entwicklungspolitik als Präventionsstrategie?.....	94
5. Conclusio	100
6. Literaturverzeichnis.....	105
7. Anhang	118
7.1. Abstract (Deutsch)	118
7.2. Abstract (Englisch)	119
8. Curriculum Vitae	120

1. Einleitung

1.1. Kontextualisierung und Zielsetzung

Entwicklung und Sicherheit sind auf vielfältige Weise miteinander verknüpft. Globalisierung, transnationale Verflechtungen, Staatszerfall und die steigende Anzahl innergesellschaftlicher Konflikte führen dazu, dass die Existenz von Menschen, Gesellschaften und Staaten von Unsicherheiten geprägt ist. Obwohl keine staatliche Politik dazu in der Lage ist, existenzielle Sicherheit zu gewährleisten bzw. herzustellen, gehört es doch zu den grundlegenden Aufgaben der Staaten, im Rahmen der ihnen zur Verfügung stehenden Instrumente, Unsicherheiten abzubauen und fragilen Situationen, sowie knapper werdenden Ressourcen vorzubeugen. Mit der bipolaren Wende verändern sich die globalen Konstellationen und internationalen Sicherheitsbeziehungen, wodurch neue Unsicherheitsphänomene entstehen und sich die Staaten neuen Herausforderungen annehmen müssen. Neben militärischen Bedrohungen gelangen zunehmend auch andere Konfliktursachen in den Blick, welche sich vorwiegend an den zerfallenden Strukturen der peripheren Regionen bemerkbar machen. Umweltzerstörung, Armut, religiös motivierte gewaltsame Konflikte und handlungsschwache Staaten, insbesondere in den afrikanischen Ländern, gefährden die Stabilität des internationalen Systems. Weltpolitische Umbrüche beeinflussen gesellschaftliche und politische Strukturen in dem Maße, innerhalb welchem sich Paradigmen und Realitäten verändern. Globalisierung beschleunigt diese Prozesse und verändert gesellschaftspolitische Diskurse. Die Entwicklungspolitik nimmt im Kontext der globalen Strukturveränderungen eine besondere Rolle ein, da sie sich an der Schnittstelle zwischen Außen- und Sicherheitspolitik befindet und somit seit ihrer Entstehung als ein wesentlicher (sicherheits-)politischer Faktor verstanden werden kann. Aufgrund ihres eigenen Handlungsanspruchs, weltweit die Armut zu verringern und gleichzeitig nachhaltige, widerstandsfähige Strukturen und Institutionen aufzubauen, ist sie in vielfältiger Weise in die unterschiedlichsten realpolitischen Maßnahmen eingebunden. Angesichts der jüngsten globalen Herausforderungen und sicherheitspolitischen Dynamiken steht sie vor der Aufgabe, sich im gegenwärtigen Sicherheitsdiskurs neu zu positionieren. Die Suche nach Stabilität und Sicherheit hat auch die Außenbeziehungen der Europäischen Union verändert und neue Interventionsparadigmen hervorgebracht. Durch die Erweiterung ihrer Außengrenzen an krisenanfällige Länder, stellen die zunehmenden innerstaatlichen Auseinandersetzungen in den südlichen und östlichen peripheren Regionen, sowie die

damit einhergehende Zerstörung von Infrastruktur und lebensnotwendigen Ressourcen, eine Bedrohung für die Sicherheit der Europäischen Union dar. Diese neue Gemengelage aus undurchsichtigen und unvorhersehbaren Risiken, stellt die sicherheits- und entwicklungspolitischen Akteure vor neue Handlungsanforderungen. Die Europäische Union reagiert auf die globalen Sicherheitsrisiken mit einer engeren Verzahnung ihrer außenpolitischen Instrumente, um eine kohärente Sicherheitsagenda zu etablieren. Dadurch hat sich vor allem ihr entwicklungspolitisches Engagement in fragilen Staaten nachhaltig verändert. Die jüngsten Terroranschläge in den USA und Europa haben diese Entwicklungen zusätzlich verschärft und zu einem Umdenken im Risikomanagement geführt. Im Jahr 2003 veröffentlichte die Europäische Union eine neue Sicherheitsstrategie und äußerte sich zu der neuen Unsicherheitslage und ihren geplanten Maßnahmen folgendermaßen:

Aktiver bei der Verfolgung unserer strategischen Ziele. Dies gilt für die gesamte Palette der uns zur Verfügung stehenden Instrumente der Krisenbewältigung und Konfliktverhütung, einschließlich unserer Maßnahmen im politischen, diplomatischen, militärischen und zivilen, handels- und entwicklungspolitischen Bereich. Es bedarf einer aktiveren Politik, um den neuen, ständig wechselnden Bedrohungen entgegenzuwirken. Wir müssen eine Strategie-Kultur entwickeln, die ein frühzeitiges, rasches und wenn nötig robustes Eingreifen fördert. [...] Die diplomatischen Bemühungen sowie die Entwicklungs-, die Handels- und die Umweltpolitik müssen derselben Agenda folgen. In einer Krise ist eine einheitliche Führung durch nichts zu ersetzen (Europäische Union 2003: 11; 13).

Mit der Aufforderung an eine wirksamere Kohärenz der außenpolitischen Instrumente geht die Notwendigkeit einher, entwicklungspolitische Zielsetzungen an den strategischen Sicherheitsinteressen der Union auszurichten. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diesem entwicklungspolitischen Prioritätenwandel genauer auf den Grund zu gehen und zu untersuchen, welche Rolle der Nexus von Sicherheit und Entwicklung in der strategischen Neuausrichtung der europäischen Entwicklungspolitik einnimmt.

Den Nexus von Sicherheit und Entwicklung verstehe ich als einen diskursiven Interpretationsrahmen, innerhalb welchem sich politische Normative und Motivationen, mit den als neu wahrgenommenen Unsicherheitsthemen verändern. Die „Versicherheitlichung“¹ der europäischen Entwicklungspolitik stellt den zentralen Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit dar. Die Transformation der Entwicklungspolitik, sowie die damit einhergehenden veränderten Beziehungen

¹ Versicherheitlichung (*securitization*) meint in diesem Kontext, dass die Entwicklungspolitik zunehmend in sicherheitspolitische Überlegungen eingebettet wird und es dadurch zu einem entwicklungspolitischen Prioritätenwandel gekommen ist. Der analytische Ansatz der *securitization* wird im 2. Abschnitt (2.3.2.) ausführlich erklärt.

zwischen der Europäischen Union und ihren Partnerländern, bilden das zentrale Interessens- und Untersuchungsgebiet. Die Fragestellung orientiert sich an den Ursachen, den institutionellen und praktischen Maßnahmen, sowie den Auswirkungen der Veränderungsprozesse im Kontext der zunehmenden Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik.

Fragestellung:

Inwiefern hat der Nexus von Sicherheit und Entwicklung die außenpolitischen Zielsetzungen der Europäischen Union im Kontext des neuen Sicherheitsparadigmas verändert und welche möglichen Konsequenzen sind damit für die Entwicklungspolitik verbunden?

Durch die Implementierung verschiedener Neuansätze im sicherheits- und entwicklungspolitischen Spektrum kommt es zu strukturellen Veränderungen innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik. Der Leitspruch „Ohne Sicherheit keine Entwicklung und ohne Entwicklung keine Sicherheit“, veränderte die politischen Rahmenbedingungen und führte zu neuen Perspektiven in der Ursachenanalyse. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, auch die historische Dimension der Sicherheits- und Entwicklungsdiskurse miteinzubeziehen, weil sie ein Verständnis für die gegenwärtige Neuausrichtung der Entwicklungspolitik generiert. Die folgenden Hypothesen orientieren sich daher an den Ursachen dieser Veränderungsprozesse und sind als Antworten für die in der Forschungsfrage behandelten Entwicklungen zu verstehen.

Hypothesen:

1) Die Untersuchung geht davon aus, dass mit dem Ende des Kalten Krieges neue sicherheitspolitische Ansprüche entstanden sind und diese zu Veränderungsprozessen in der Entwicklungs- sowie auch in der Sicherheitspolitik geführt haben.

2) Die politische Verknüpfung von Sicherheits- und Entwicklungsdiskursen findet heute unter anderen politischen, gesellschaftlichen und globalen Bedingungen statt. Diese haben im Kontext der gegenwärtigen Sicherheitsrisiken neue Interventionsparadigmen hervorgebracht und zu einem entwicklungspolitischen Prioritätenwandel geführt. Die Maxime „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ reduziert die

Entwicklungszusammenarbeit auf ihren präventiven Charakter und entzieht ihr Ressourcen, die der unmittelbaren Armutsbekämpfung dienen sollen.

3) Die „Versicherheitlichung“ der Entwicklungspolitik spiegelt die (Sicherheits-) Interessen der Europäischen Union wieder und geht mit einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Zwecke einher. Das gewandelte Sicherheitsparadigma hat verschiedene Ansätze zur Neupositionierung der Entwicklungspolitik hervorgebracht. Diese lassen sich nur im Kontext der Transformation des Politikfeldes Entwicklung und dem damit einhergehenden Perspektivenwechsel in der Ursachenanalyse von Bedrohungen bewerten.

1.2. Aufbau, Methodik und Ziele der Arbeit

In der Auseinandersetzung mit meinem Diplomarbeitsthema hat sich gezeigt, dass den bereits erwähnten Neuansätzen in der Entwicklungspolitik vielschichtige Prozesse aus den unterschiedlichen staatlichen, sowie gesellschaftspolitischen Sektoren zugrunde liegen und sie von daher in ihrer Gesamtheit nur schwer fassbar sind. Um also den Untersuchungsgegenstand in einen adäquaten Kontext zu bringen und nicht an der Komplexität desselben zu scheitern, werden im einführenden zweiten Abschnitt der vorliegenden Arbeit, die historischen Grundlagen des sich gewandelten Sicherheitsverständnisses- und Bedürfnisses dargelegt. Der historische Rückblick auf die letzten beiden Dekaden der Sicherheits- und Entwicklungstheorie, soll ein Verständnis für die Ursachen der bereits angedeuteten, komplexen Veränderungsprozesse generieren. Im Vordergrund stehen die ideologischen und politischen Prämissen des entwicklungspolitischen Paradigmenwandels und die mit ihm einhergehenden Normative. Diese sind für das analytische Vorhaben der Arbeit von besonderer Relevanz, da sie eine nahezu universelle politische Wirkung haben und für die Transformation der Entwicklungspolitik wesentliche Indikatoren darstellen. Der dritte Abschnitt über den Nexus von Sicherheit und Entwicklung steht für die kausalen Zusammenhänge und komplexen Dynamiken, welche seit dem Ende des Kalten Krieges neue Bedrohungsbilder hervorgebracht und die sicherheitspolitischen Interessen und Bedürfnisse maßgeblich verändert haben. Mit dem Aufkommen eines neuen Sicherheitsparadigmas haben sich auch die Analyseraster der sicherheitspolitischen Akteure gewandelt und die Ursachen von Gefahren werden nun vorwiegend in genuin entwicklungspolitischen Bereichen verortet. Die

Bedeutungsverschiebung von Begrifflichkeiten und die veränderte Wahrnehmung von Bedrohung als Risiko, sind demnach die argumentativen Aspekte dieses Abschnitts. Nachdem jene Diskursstränge herausgearbeitet wurden, welche zu der bereits vorweggenommenen sicherheitspolitischen Transformation der Entwicklungspolitik geführt haben, werden die verschiedenen Neuansätze im Kontext der europäischen Entwicklungszusammenarbeit untersucht und bewertet. Die Entwicklung der internationalen Sicherheitslage hat die Außenbeziehungen der Europäischen Union verändert und neue Interventionsparadigmen hervorgebracht. An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die „Versicherheitlichung“ der europäischen Entwicklungspolitik im Rahmen dieser Arbeit als gegeben angesehen wird und sich in diesem Kontext der analytische Fokus nicht auf die bilaterale, sondern auf die multilaterale Ebene der EU bezieht. Die Entwicklungspolitik der Europäischen Union regelt die Außenbeziehungen zu den Entwicklungsländern und ist eine geteilte Kompetenz zwischen der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten. Die Literaturanalyse bezieht sich demnach auf jene Dokumente, welche die Rahmenbedingungen der europäischen Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit vorgeben.

Den Abschluss der vorliegenden Arbeit bildet die Skizzierung des EU-Konzepts für Resilienz, welches gegenwärtig noch sehr aktuell ist und eine neue Geberstrategie der Europäischen Union darstellt. Die Resilienz-Agenda fasst die Erkenntnisse, welche sich aufgrund der Forschungsfrage im Verlauf der Arbeit hervor getan haben übersichtlich zusammen und ist für die Zukunft der Entwicklungspolitik von Bedeutung. Das Konzept integriert die verschiedenen Neuansätze und stellt damit Chancen und Risiken für die Entwicklungszusammenarbeit bereit, welche zwar bis dato noch nicht ganz konkret abgeschätzt werden können, aber den Wandel des Sicherheitsdiskurses und somit den Prioritätenwandel in der Zielsetzung von Entwicklungspolitik belegen.

Die vorliegende Arbeit versteht sich als interdisziplinär, da durch die enge Verbindung von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik zwei Wissenschaftsbereiche, die Politikwissenschaft sowie die Internationale Entwicklung ineinander greifen und daher für das Thema, sowie die Ausarbeitung meiner Arbeit von Bedeutung sind. Methodisch möchte ich die aufgestellten Hypothesen im Rahmen einer Literaturanalyse von Primärquellen, also mittels wichtiger entwicklungspolitischer Dokumente der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), der

Vereinten Nationen (VN) und der Europäischen Union (EU), sowie anhand fachwissenschaftlicher Sekundärliteratur untersuchen. In der selektiven Auswahl und analytischen Betrachtungsweise der Dokumente orientiere ich mich an den politischen Prozessen der *securitization* bzw. *riskification*, auf welche im Theorieteil dieser Arbeit eingehend Bezug genommen wird. Mithilfe eines diskursanalytischen und sozialkonstruktivistischen Zugangs soll aufgezeigt werden, dass der Nexus von Sicherheit und Entwicklung einen diskursiven Rahmen bietet, innerhalb welchem sich Bedeutungen, Zielsetzungen und Prioritäten zugunsten sicherheitspolitischer Interessen verschoben haben. Die analytische Auseinandersetzung mit den entwicklungspolitischen Primärquellen wird zeigen, dass die „Versicherheitlichung“ politischer Inhalte eine sektorenübergreifende Wirkung erzielt und zu einer Sicherheitskonditionierung in der Entwicklungszusammenarbeit geführt hat. „Versicherheitlichung“ verstehe ich wie bereits erwähnt als einen politischen Prozess, welcher sich entlang einer bestimmten sprachlichen Rhetorik vollzieht und mit dem theoretischen Ansatz der *securitization* dekonstruiert werden kann. Die rhetorische Verbindung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Inhalten, knüpft an unterschiedliche politische Diskurssetzungen an und führt zu neuen inhaltlichen Querverbindungen der beiden Politikbereiche. Dadurch eröffnen sich für die politischen Akteure neue Möglichkeiten, ihren normativen Argumentationsrahmen entlang ihrer sicherheitspolitischen Interessen auszurichten oder entsprechend zu erweitern. Die jüngsten globalen Herausforderungen haben zu einem Umdenken in der Ursachenanalyse von Bedrohungen und dem Umgang mit ihnen geführt. Der Perspektivenwechsel in der Ursachenanalyse sowie der Wandel von Begrifflichkeiten, sind für das analytische Vorgehen der vorliegenden Arbeit relevante Indikatoren, da sie neue Analyseraster hervorgebracht und Zielsetzungen im Kontext von Entwicklung verändert haben. Mit dem Ansatz der *riskification* können die zentralen Ursachen für diesen Perspektivenwechsel herausgearbeitet und zur Verifizierung der aufgestellten Hypothesen herangezogen werden.

Die Europäische Union verfolgt angesichts der neuen Bedrohungsformen ein breit angelegtes, umfassendes und kohärentes entwicklungspolitisches Sicherheitskonzept. Aus diesem Grund werden im nächsten Schritt die zentralen Termini erklärt, welche aus europäischer Sicht für eine politische Umstrukturierung des Verhältnisses von Entwicklung und Sicherheit sprechen und den normativen Argumentationsrahmen der EU begründen. In diesem Kontext bedarf es auch der Klarstellung, wie die

Europäische Union den Begriff Entwicklung definiert und welche Ziele damit verbunden sind.

1.3. Begriffserklärungen

1.3.1. Entwicklung

Entwicklung ist ein vielschichtiger Begriff der mit unterschiedlichen und kollektiven Ideologien, Wertvorstellungen und Interessen verbunden ist. Dahingehend nimmt er eine ideologische und politische Funktion ein und macht eine eindeutige bzw. unumstrittene Definition nur schwer möglich. In der entwicklungspolitischen Diskussion besteht Konsens darüber, dass Entwicklung etwas zur Beseitigung der schlimmsten Armut beitragen und den Menschen ihre Lebensgrundlage sichern soll. Neben der physischen Entwicklung umfasst dieses Verständnis auch sozioökonomische und ökologische Faktoren, welche sich auf die Bereitstellung und den gerechten Zugang zu Dienstleistungen der öffentlichen Infrastruktur beziehen (vgl. Fischer/Hödl/Parnreiter 2007: 13).

Als Strategie zur Überwindung der Armut in den als rückständig definierten postkolonialen Regionen, wurde Entwicklung an bestimmte erfolgsversprechende Wirtschaftsmodelle geknüpft und somit als ein Fortschrittsprozess von einem Stadium in das darauffolgende interpretiert. Im Zuge der zunehmenden globalen Verflechtungen galt Armut nicht nur als eine Bedrohung für die bereits in Armut lebenden Menschen, sondern wurde auch als eine Gefährdung für die Stabilität der reichen Industriestaaten verstanden (vgl. ebd.: 14f.). Der US-amerikanische Präsident Truman äußerte sich dazu in seiner Antrittsrede am 20. Jänner 1949 folgendermaßen:

More than half the people of the world are living in conditions approaching misery. Their food is inadequate. They are victims of disease. Their economic life is primitive and stagnant. Their poverty is a handicap and a threat both to them and to more prosperous areas. [...] I believe that we should make available to peace-loving peoples the benefits of our store of technical knowledge in order to help them realize their aspirations for a better life. [...] The old imperialism-exploitation for foreign profit-has no place in our plans. What we envisage is a program of development based on the concepts of democratic fair-dealing. [...] Greater production is the key to prosperity and peace. And the key to greater production is a wider and more vigorous application of modern scientific and technical knowledge (Truman 1949: o.a.).

Mit diesem kurzem Ausschnitt wird deutlich, dass der Begriff Entwicklung an eurozentrische Modernisierungsgedanken rückgebunden ist und eine wertende Unterscheidung zwischen nicht-westlichen (traditionell rückständigen) und westlichen (modernen) Gesellschaften impliziert. Dieses Begriffsverständnis spiegelt sich im gegenwärtigen Entwicklungsdiskurs nach wie vor wieder und verweist auf ein hierarchisches Verständnis von Entwicklung als einem nachholenden Prozess (vgl. Ziai 2004: 108ff.). Als Instrument zur Umsetzung der angestrebten Maßnahmen wurde die Entwicklungspolitik als ein eigenständiges Politikfeld geschaffen. In ihrer strategischen Ausrichtung wurde sie stets stark von unterschiedlichen theoretischen Strömungen und divergierenden Weltbildern beeinflusst. Von daher ist es wichtig, den Entstehungskontext und die sich wandelnden Paradigmen in die Begriffsgeschichte von Entwicklung und Entwicklungspolitik miteinzubeziehen. Darauf wird insbesondere im Abschnitt zu den Sicherheits- und Entwicklungstheorien (Abschnitt 2) Bezug genommen, sowie auf die theoretischen und praktischen Implikationen dieser Veränderungsprozesse verwiesen.

Die Europäische Union orientiert sich in ihrer Definition von Entwicklung an den *Millenium Development Goals* (MDGs), welche im Jahr 2001 von den Vereinten Nationen veröffentlicht wurden. Im „Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik“ aus dem Jahr 2006 nimmt sie dazu explizit Stellung und erklärt, wie sie im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Instrumente die MDGs umsetzen will und welches Verständnis von Entwicklung ihren Maßnahmen zugrunde liegt: Die Beseitigung der Armut im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung ist das allumfassende Ziel der europäischen Entwicklungszusammenarbeit. In Anlehnung an die acht *Millenium Development Goals*² bedeutet dies die Förderung bzw. den Aufbau stabiler staatlicher, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher sowie ökologischer Strukturen, sodass auch für die nachkommenden Generationen eine sichere und zukunftsorientierte Entwicklung gewährleistet werden kann (vgl. Europäische Kommission 2006: 2). In der Umsetzung der entwicklungspolitischen Maßnahmen legt die EU viel Wert auf eine faire Zusammenarbeit im Sinne von Eigenverantwortung und

² Zu den Milleniums-Entwicklungszielen gehören: Beseitigung der äußersten Armut und des Hungers, Gewährleistung einer Grundbildung für alle, Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Selbstbestimmung von Frauen, Senkung der Sterblichkeit von Kindern, Verbesserung der Gesundheit von Müttern, Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, Gewährleistung ökologischer Nachhaltigkeit und Einrichtung einer globalen Entwicklungspartnerschaft (Europäische Kommission 2006: 2). Auf die MDGs wird in Abschnitt 4.1. nochmals Bezug genommen.

Mitbestimmung, um Strategien und Konzepte an den Bedürfnissen ihrer Partnerländer auszurichten. Mit der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit der Europäischen Union beschäftigt sich der vierte Abschnitt „Europäische Sicherheitsdiskurse und Entwicklungspolitik“.

Klarstellung der verwendeten Termini im Kontext von Entwicklung

Im Rahmen dieser Arbeit werden unter dem Begriff Entwicklungspolitik alle Maßnahmen, Strategien und Mittel verstanden, welche die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern fördern und ihre Lebenssituation nachhaltig verbessern sollen. Die strategischen Ziele zur Erreichung von Entwicklung unterliegen bestimmten normativen Grundannahmen und politischen Interessen, die sich wiederum auf die Art der Formulierung und die Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen auswirken. Der Terminus Entwicklungszusammenarbeit subsumiert alle konkreten Hilfsmaßnahmen und Interventionen auf Projektebene, um Frieden sowie Stabilität in den betroffenen Ländern zu sichern. Mit dem Begriff der Entwicklungshilfe hingegen verstehe ich alle staatlichen oder nicht-staatlichen Leistungen, die an die Entwicklungsländer gehen und im Rahmen des DAC (*Development Assistance Committee*) unter die Anrechenbarkeit der ODA-Kriterien (*Official Development Assistance*) fallen (vgl. Kevenhörster/Vielhaber/Pfäfflin 1988: 27; 29f.). Auf diese beiden Institutionen wird im Verlauf der Arbeit nochmals Bezug genommen.

1.3.2. Fragilität

Fragilität bzw. fragile Staatlichkeit bezieht sich vorwiegend auf fehlende oder schlecht funktionierende staatliche Strukturen, welche wiederum auf unzureichend legitimierte Regierungen bzw. staatliche Autorität zurückzuführen sind. Die Auswirkungen fehlender oder handlungsschwacher Rechtsstaatlichkeit stellen eine große Herausforderung für die gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Entwicklung der krisenanfälligen Regionen dar. Mit dem Ende der Bipolarität und dem Wegfall der systembedingten sicherheitspolitischen Stabilisierung dieser Länder, sind fragile Staaten zu einem zentralen Thema in der wissenschaftlichen Debatte, sowie in der internationalen politischen Praxis geworden. Staaten sind demnach fragil, “[...] wenn staatliche Strukturen nicht über den politischen Willen und/oder die Fähigkeit verfügen, die für Armutsbekämpfung, Entwicklung und die Gewährleistung der Sicherheit und

Menschenrechte ihrer Bevölkerung notwendigen Grundfunktionen wahrzunehmen“ (OECD/DAC 2007: 2). Die politische Instabilität von Staaten macht vor diesem Hintergrund einen konstruktiven Austausch mit der Bevölkerung unmöglich und fördert soziale sowie innergesellschaftliche Konflikte. Fragilität unterliegt also vielfältigen Faktoren und kann in verschiedener Intensität auftreten, womit der Begriff auf die jeweils unterschiedlichen, länderspezifischen Situationen und deren Entwicklungsdefizite abzielt. Für die Entwicklungspolitik sind die Folgen fragiler Staatlichkeit, insbesondere unter den Gesichtspunkten Armut, Konflikt, Sicherheit und Stabilität relevante Aspekte, da sie eine destabilisierende Wirkung auf die Strukturen der betroffenen Länder ausüben, sowie die von fragilen Staaten ausgehenden Konflikte zunehmend als Risikofaktoren für die internationale Sicherheit angesehen werden (vgl. Klingebiel 2013: 3).

Die Europäische Union etablierte im Jahr 2007 eine Strategie zur „Vorgehensweise der EU in Situationen der Fragilität“ und stellt den koordinierten Einsatz ihrer verschiedenen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Instrumente in den Mittelpunkt ihrer Überlegungen. „Ein breit angelegtes entwicklungspolitisches Sicherheitskonzept“ (vgl. Europäische Kommission 2007: 9) soll neben dem Anliegen der menschlichen Sicherheit und Entwicklung, auch dem flexiblen Einsatz eines umfangreichen Instrumentariums, einschließlich militärischer Interventionen, dienen. Über flexible Mechanismen soll den entwicklungspolitischen Herausforderungen begegnet werden, was mit einer zunehmenden Verschränkung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik einhergeht. Maßnahmen auf dem Gebiet des Krisenmanagements und der Risikominderung sollen stärker als bisher mit Entwicklungsbelangen verknüpft werden³ (vgl. ebd.: 7).

1.3.3. Resilienz

Resilienz meint im Allgemeinen die Widerstandsfähigkeit und die Regenerierbarkeit von natürlichen, physischen sowie gesellschaftlichen und staatlichen Systemen. Über den Ursprung des Begriffes ist man sich in der wissenschaftlichen Debatte nicht einig und aus unterschiedlichen Perspektiven wird er in der Physik, der Medizin und der

³ Ausführliche Informationen: Europäische Kommission (2007): Überlegungen zur Vorgehensweise der EU in Situationen der Fragilität - Engagement für nachhaltige Entwicklung, Stabilität und Frieden in schwierigen Kontexten. Brüssel.

Psychologie verortet (vgl. Exner/Matzenberger/Stangl 2013: 15). Mit dem zunehmenden Bewusstsein um die Unendlichkeit unserer Erde und den immer knapper werden Ressourcen, setzt mit der neoliberalen Wende der Nachhaltigkeitsdiskurs in der Entwicklungspolitik ein. Dieser zielt darauf ab, ökologische und soziale Faktoren bzw. Fragen miteinander zu verbinden und führt zur Aufnahme des Resilienzbegriffes in die Disziplinen der Ökonomie und der Soziologie. In seiner ökologischen Dimension beruht der Begriff zunächst auf der Annahme, dass sich ein System solange im Gleichgewicht befindet bis es durch äußere Einflüsse wie bspw. Schocks, Umweltkatastrophen oder Krisen gestört wird. Resilienz bezieht sich neben der Stabilität von Systemen auch auf deren Fähigkeit, sich den externen Einflüssen anzupassen, ihnen standzuhalten oder sich rasch von ihnen zu erholen. Verfügt ein System nicht über genügend Resilienz, dann muss sich es sich dem neuen Gleichgewichtszustand anpassen, welcher entweder besser oder schlechter als der Ursprungszustand sein kann (vgl. Polsterer u.a. 2012: 10f.).

Im Kontext des entwicklungspolitischen Diskurses muss der Resilienzbezug als „[...] das Ergebnis unterschiedlicher historisch bestimmter gesellschaftlicher Strukturen und ihrer Dynamiken“ (Exner/Matzenberger/Stangl 2013: 15) verstanden werden. Resilienz fungiert als ein diskursives Konzept, innerhalb welchem interessenorientierte Interventionen neue politische sowie wissenschaftliche Fragestellungen hervorgebracht und die Diskussion um eine ökologisch sowie wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung neu entfacht haben (vgl. ebd.: 15f.). Die Europäische Union definiert Resilienz als:

[...] die Fähigkeit eines Individuums, eines Haushalts, einer Gemeinschaft, eines Landes oder einer Region, sich auf Belastungen und Schocks vorzubereiten, ihnen standzuhalten, sich ihnen anzupassen und sich rasch wieder davon zu erholen, ohne dass langfristige Entwicklungsperspektiven beeinträchtigt werden (Europäischer Rat 2013: 2).

Um die Widerstandsfähigkeit von Gesellschaften, Regionen und Individuen dahingehend zu stärken, setzt die Europäische Union auf Maßnahmen, die sich insbesondere auf den Schwerpunkt der Ernährungssicherheit in krisenanfälligen Ländern beziehen. Für diese Regionen ist die Entwicklung wirksamer Frühwarnsysteme, einhergehend mit Risikominderungsstrategien vorgesehen und für die EU von elementarer Bedeutung (vgl. ebd.: 8). Damit knüpft der Resilienzdiskurs in gewisser Weise an den Risikobegriff an und verortet, wie im Falle des Nachhaltigkeitskonzeptes, etwaige Entwicklungshemmnisse vorwiegend entlang

endogener Faktoren: im Sinne eines hierarchischen Verständnisses von Entwicklung, verweist der Begriff auf die selbstorganisierte Widerstandsfähigkeit von Gesellschaft und Staat, welche in fragilen Situationen aber erst durch strukturfördernde und konflikthemmende Interventionen von außen abgesichert werden muss (vgl. Exner/Matzenberger/Stangl 2013: 17). In seiner diskursiven Auslegung verschleiert der Begriff also die vielfältigen Folgen einer jahrelang praktizierten kapitalistischen Produktionsweise. Denn die eigentliche Problemquelle der immer knapper werdender Ressourcen sowie der damit zusammenhängenden innerstaatlichen Konflikte, resultiert letztendlich aus der mangelnden Nachhaltigkeit der Industriegesellschaft und ihrem ständigen Bestreben, Handelsbeziehungen und somit hegemoniale Interessen auszubauen.

2. SICHERHEITSTHEORIEN- und POLITIK

Die Beschäftigung mit dem Thema Sicherheit setzt eine Klärung dessen voraus, was der Begriff eigentlich bedeutet, welche unterschiedlichen Interpretationen ihn charakterisieren und was hingegen unter Unsicherheit verstanden wird. Zudem muss geklärt werden, wie sich Sicherheitsbedrohungen und Sicherheitsbedürfnisse vor dem Hintergrund jüngster globaler Herausforderungen verändert haben und welche Prozesse damit verbunden sind. Aus diesem Grund wird im Folgenden zuerst der Versuch einer Begriffsdefinition von Sicherheit bzw. Unsicherheit vorgenommen und darauf aufbauend ein Rückblick auf die theoretische sowie begriffliche Entwicklung von Sicherheit und Sicherheitsdiskursen durchgeführt. Das sich wandelnde Sicherheitsverständnis und die sich damit im Zusammenhang befindlichen Ursachen werden anhand ausgewählter Fachliteratur vorgestellt und die daraus resultierenden Effekte auf politischer und gesellschaftlicher Ebene beleuchtet.

Da in dieser Arbeit vor allem ein großes Interesse an dem sich wandelnden Begriffsverständnis von Sicherheit und den damit verbunden Implikationen besteht, wird anschließend der theoretische Ansatz der *securitization* als ein zentrales Analyseinstrument im Kontext von Sicherheit und Entwicklung präsentiert. Dieser Ansatz reflektiert, ausgehend von unterschiedlichen Diskursebenen, die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Veränderungsprozesse und ist daher für das Vorhaben der Arbeit interessant. Der Nexus von Sicherheit und Entwicklung ist kein

neues Phänomen und daher interessiert es umso mehr, wie sich das Verhältnis von Entwicklung und Sicherheit über die letzten beiden Dekaden hinweg gewandelt hat und welche konkreten Veränderungen und Auswirkungen damit verbunden sind. Vor diesem Hintergrund wird in einem nächsten Schritt der historische Zusammenhang zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik dargelegt, um jene Schnittstellen herauszuarbeiten, die auf relevante politische Umbrüche verweisen. Nach der Klärung der historischen Grundlagen und einem Blick auf die gegenwärtigen Entwicklungen, wird auf das komplexe Verhältnis zwischen Sicherheit und Entwicklung eingegangen und der Nexus auf internationaler und auf europäischer Ebene vorgestellt.

2.1. Sicherheit – Annäherungen an eine Begriffsdefinition

„Die Weltpolitik ist im Umbruch; doch die Wissenschaft von den internationalen Beziehungen hat Mühe, die Ereignisse zu erklären. Nach dem Ende der Bipolarität verändert sich das internationale System mit ungeahnter Dynamik [...]“ (Daase 1993: 39).

Sicherheit bzw. sicherheitspolitische Forschung gilt als eine Teildisziplin der Theorie der Internationalen Beziehungen. Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts blieb zwar kein Bereich dieses Theorienzweiges von den vielschichtigen Veränderungsprozessen ausgenommen, allerdings war auch keine andere Disziplin so sehr mit dem Kalten Krieg verbunden wie die der Sicherheitstheorie - *security studies* (vgl. ebd.). Die Debatte um Sicherheitskonzepte hat dadurch eine neue Intensität erfahren, was in Folge auch zu einer Neufokussierung bzw. zu einem Paradigmenwechsel innerhalb der Sicherheitsstudien führte. Derartige Entwicklungen müssen daher immer aus einem historischen Kontext heraus betrachtet werden, da weltpolitische Ereignisse und Umbrüche die internationale Staatengemeinschaft vor neue sicherheitspolitische Anforderungen und Handlungsweisen stellen, sowie sie die gegenwärtigen globalen Konstellationen nicht unwesentlich prägen.

„Some argue that the world has changed so much that a major paradigm shift in our understanding of security is also required“ (Hyde-Price 2001: 29).

Sicherheit gilt als ein viel diskutierter Kernbegriff innerhalb der Internationalen Beziehungen und dabei geht es nicht zuletzt um die Frage für wen, wovon und mit

welchen Mitteln denn überhaupt Schutz gewährt werden soll. Diese Debatte vollzieht sich entlang der sich veränderten bzw. als neu wahrgenommenen Bedrohungslagen in einer multipolaren Weltkonstellation, weshalb auch seitens der praktischen Politik „[...] neue Konzepte für neue Realitäten oder für zumindest veränderte Wahrnehmungen derselben [...]“ (Debiel/Werthes 2005: 7) gefordert werden. Diesen sicherheitspolitischen Debatten liegt die Vagheit des Begriffes zugrunde. Es gibt keine universell gültige und präzise Definition von Sicherheit; zu unterschiedlich und mehrdeutig sind die damit verbundenen Inhalte, Ziele, Konzepte, Dimensionen und Strategien, welche sich darüber hinaus auf verschiedene geographische, historische und ideologische Zusammenhänge beziehen. Jedes Sicherheitskonzept muss in einem politisch historischen Kontext verortet werden, welcher unterschiedliche Interpretationen der Internationalen Beziehungen aufweist (vgl. Haftendorn 1993: 15). Dabei geht es letztendlich nicht nur darum, was Sicherheit ist, sondern auch wie politische Inhalte und Strategien konzeptioniert und durchgesetzt werden.

Da es also keine allgemeingültige Definition von Sicherheit gibt ist es empfehlenswert, sich zunächst auf den Bereich der Internationalen Beziehungen zu beschränken, die den Staat als zentralen Akteur im Sicherheitsdiskurs sehen. In diesem Kontext umfasst der Begriff die innere sowie die äußere Sicherheit eines Staates, welcher für den Schutz seines Territoriums sowie der nationalen Bevölkerung zu sorgen hat und für die Implementierung sicherheitspolitischer Maßnahmen verantwortlich ist (vgl. Dettke 2004: 9; vgl. Magenheimer 2003: 28).

Die etymologische Herkunft des Begriffes Sicherheit geht auf das lateinische Wort „securus“ zurück, welches sich aus „se“ (ohne) und „cura“ (Sorge) zusammensetzt und im Grunde den Befindlichkeitszustand „ohne Sorge“ meint (vgl. Gärtner 2006: 6). Sicherheit bedeutet in diesem Sinne die als subjektiv wahrgenommene Abwesenheit einer Gefahr und das Wissen um einen objektiv vorhandenen Zustand des Geschütztseins, welcher sich aufgrund der Tatsache ergibt, dass Gefahren eingedämmt werden oder erst gar nicht vorhanden sind. Mit anderen Worten umfasst Sicherheit „[...] die Abwesenheit von Bedrohung oder die Fähigkeit, Bedrohung abwehren zu können [...]“ (ebd.: 6), um den Staat und seine Bürger vor kriegesischen Auseinandersetzungen und kriminellen Handlungen zu schützen. Darüber hinaus meint der Begriff die Aufrechterhaltung und Autonomie des politischen Systems,

welches es vor gewaltsamen Formen der Fremdeinwirkung zu schützen gilt (vgl. Magenheimer 2003: 29).

Innere und Äußere Sicherheit

Die innere Sicherheit umfasst im Allgemeinen die Sicherstellung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung eines Staates, was den Schutz staatlicher Institutionen und Einrichtungen miteinschließt, um die Stabilität des Systems zu gewährleisten. Im Besonderen hat sie aber auch für die freie Entfaltung jedes Individuums der nationalen Gesellschaft zu sorgen und dieses vor Übergriffen jeglicher Art – ob nun staatliche, gesellschaftliche oder individuelle – zu schützen (vgl. ebd.).

Unter dem Begriff der äußeren Sicherheit werden alle Bedrohungsszenarien subsumiert, welche eine Gesellschaft von außen in ihrer Existenz gefährden können. Primär richtet sich der Fokus auf Bedrohungen, welche auf das politische und gesellschaftliche System einwirken und seine Autonomie sowie freie Entwicklung untergraben oder sogar zerstören können – bspw. durch Druck, Drohung, Erpressung oder Boykott. Da keine Gesellschaft unverwundbar ist, unterhalten die Staaten zum Schutz ihrer äußeren Sicherheit militärische Streitkräfte, welche je nach Bedrohungswahrnehmung einen erheblichen Umfang aufweisen können. Militärisches Aufrüsten prägte vor allem die Ära des Kalten Krieges, da für die Systemführungsmächte Sicherheit auf dem Prinzip der gegenseitigen Verwundbarkeit beruhte (vgl. Dettke 2004: 10ff.). Mit dem Ende der Bipolarität ändern sich auch die Bedrohungsszenarien, welche nun vorwiegend nicht-militärischer Art sind und neue Risiken wie Umwelt- und Hungerkatastrophen, transnationale organisierte Kriminalität, Flüchtlings- und Migrationsbewegungen sowie Terrorismus gewannen an Bedeutung. Die Sicherheit einer Gesellschaft nach außen kann demnach anhand vielfältiger Umstände verloren gehen. Staaten müssen vermehrt auch auf andere Mittel als die der militärischen Gefahrenabwehr zurückgreifen. Hier nimmt die Etablierung friedlicher Außenbeziehungen, etwa durch politischen, kulturellen oder wirtschaftlichen Dialog, eine zentrale Rolle ein. Präventive Ansätze sollen Konflikten vorbeugen und darüber hinaus den Aufbau stabiler funktionsfähiger Strukturen – in bereits geschwächten Staaten – unterstützen (vgl. ebd.: 11).

Die innere sowie die äußere Dimension von Sicherheit stehen also in einem Wechselverhältnis zueinander, wodurch die Sicherheitspolitik von Staaten als eine Art Querschnittsmaterie zwischen Innen- und Außenpolitik verstanden werden kann. Es überschneiden sich jene sicherheitsrelevanten Themenbereiche, welche sich u.a. mit der Abwehr von Bedrohungen und der Wahrung der eigenen Interessen auseinandersetzen. Insbesondere die Terroranschläge von New York im September 2001 verdeutlichen diese Korrelation, da sich hier mehrere Aspekte der inneren sowie äußeren Sicherheitsgefährdung miteinander vermischen und auch die Gegenmaßnahmen beide Sicherheitsbereiche betreffen. Gleichmaßen wurden Vorkehrungen zur Erweiterung der inneren sowie der äußeren Sicherheit getroffen, welche von einem verstärkten Schutz der staatlichen Infrastruktur, über den Ausbau der militärischen Kapazitäten reichen (vgl. Gärtner 2006: 6ff.).

Hard Security und Soft Security

Mit den neuen Unsicherheitsphänomenen wird die Mehrdimensionalität des Sicherheitsbegriffes sichtbar. Mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz verringert sich die Relevanz der militärischen Sicherheit (*hard security*) und eine auf das Individuum bezogenen Sicherheitsvariante (*soft security*) entsteht. Darunter fallen alle nicht-militärischen Bereiche, sowie alle militärischen Maßnahmen, die nicht mit Zwang verbunden sind (wie bspw. *peace-keeping* und *peace-building*). Die Erfahrungen mit fragilen Situationen in Afrika, am Balkan, im Irak und in Afghanistan führen zu der Ansicht, dass das Militär neben seinen Sicherungs- und Schutzaufgaben, sich gemeinsam mit den zivilen Organisationen am Wiederaufbau beteiligen soll. Diese Sicherheitskonzepte bringen neue Begrifflichkeiten für das Feld Sicherheit hervor und haben unter der Bezeichnung „zivil-militärische Kooperation und Koordination“, Eingang in den politischen und wissenschaftlichen Jargon gefunden (vgl. ebd.: 7). Damit sind alle Maßnahmen zur Stabilisierung der Sicherheitslage und zu einem erfolgreichen Rückzug des Militärs verbunden, „[...] das zuvor in einer Friedensoperation die Voraussetzungen dafür geschaffen [hat]“ (ebd.: 8).

Mit der vertikalen Ausdehnung des Sicherheitsbegriffes steigt die Komplexität der damit verbundenen Unsicherheitsthemen, mit welchen sich Theorie und Praxis in der Erarbeitung von Sicherheitskonzepten konfrontiert sehen. Je nachdem um welche Bedrohungen es sich handelt und wer davor geschützt werden soll, unterscheiden sich

die Konzepte in ihrer ideologischen und politischen Ausrichtung. Prinzipiell wird entlang einer inneren und äußeren, einer nationalen und internationalen, einer objektiven und subjektiven sowie einer Form von Sicherheit im engen oder weiteren Sinne unterschieden (vgl. Magenheimer 2003: 29). Den unterschiedlichen Konzepten liegen die vielschichtigen Veränderungsprozesse rund um die Themen Sicherheit, Stabilität, Konflikt und Krieg zugrunde. Dabei haben sich Inhalte und Strategien im Laufe der Zeit stark gewandelt, so dass neue Bereiche und Sektoren in den Diskurs um Sicherheit aufgenommen wurden. Die folgende Auseinandersetzung mit der historischen Rekonstruktion des Sicherheitsbegriffes- bzw. Verständnisses wird zeigen, dass Entwicklung und Wandel des Sicherheitsparadigmas unterschiedlichen theoretischen Strömungen und realpolitischen Ereignissen zuzuordnen sind. Dies betrifft gleichermaßen den „[...] Wechsel der Konzepte von „nationaler Sicherheit“ über „internationale Sicherheit“ hin zu „globaler Sicherheit“ [...]“ (Hafendorn 1993: 16), welche in enger Verbindung mit den Veränderungen im internationalen System gesehen werden müssen.

2.2. Theorien: Vom Realismus zu den *Critical Security Studies*

„Jedes Sicherheitsparadigma beruft sich auf spezifische Werte, Bedrohungen und Fähigkeiten, um die wahrgenommenen Herausforderungen zu bewältigen“
(Hafendorn 1993: 17).

Die sicherheitspolitische Forschung untersucht als eines ihrer Hauptanliegen die Sicherheitslage der Staaten im internationalen System und thematisiert neue Gefahren und Risiken, denen sie gegenüber stehen. Die verschiedenen theoretischen Betrachtungsweisen von Sicherheit sowie die dimensionale Erweiterung des Sicherheitsbegriffes sind die zentralen Themen dieses Abschnitts. Ausgehend von einem engen Sicherheitsverständnis, mit welchem zur Zeit des Kalten Krieges vorwiegend militärische Bedrohungen in Beziehung gesetzt wurden, möchte ich den Prozess der begrifflichen und politischen Erweiterung entlang einer Rekonstruktion der sich veränderten weltpolitischen Rahmenbedingungen, als auch der als neu wahrgenommene Bedrohungslagen aufzeigen, um ihn letztendlich „[...] als Effekt *und* Ursache politischen Wandels verständlich zu machen“ (Daase 2010b: 2).

2.2.1. Theorie des Politischen Realismus: traditionelle Ansätze

Das traditionelle Sicherheitsdenken prägt die Phase des Kalten Krieges und ist sehr stark vom realistischen Paradigma der 1950er Jahre geprägt. Diesem Denken liegen die Erfahrungen und Konsequenzen aus dem Scheitern idealistischer Projekte, wie bspw. dem Völkerbund zugrunde. Der Völkerbund entstand unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges und sollte als ein System der kollektiven Sicherheit das nunmehr vollständig austarierte Gleichgewicht der Kräfte ersetzen (vgl. Daase 2010b: 4f; vgl. Haftendorn 1993: 20.). Im Sinne einer „Gemeinschaft aller Kräfte“ würden sich die Staaten im System der Anarchie vorwiegend an kollektiven Sicherheitsinteressen orientieren, da jede Gefahr auch eine Bedrohung ihrer eigenen nationalen Sicherheit darstelle und somit gemeinsames Handeln erforderlich wäre. Dieser Gedanke setzt eine Übereinstimmung der Interessen zwischen den Staaten voraus, welche sich in der Realität aber vornehmlich an ihren nationalen Eigeninteressen und machtpolitischen Ansprüchen orientieren. Im 20. Jahrhundert standen dem Konzept der kollektiven Sicherheit hochgradige politische und ideologische Spannungen, das Fehlen einer internationalen Stabilität sowie das Aufkommen totalitärer Regime gegenüber, wodurch der Völkerbund zunehmend an Bedeutung verlor, letztendlich scheiterte und sich mit Beginn des Kalten Krieges zwei rivalisierende Großmächte herausbildeten. Der Ost-West-Konflikt war die entscheidende Determinante sicherheits- und verteidigungspolitischer Planung, gefolgt von einer Ideologie- und Systemkonkurrenz, welche die permanente Möglichkeit einer nuklearen oder militärischen Intervention demonstrierte (vgl. Dettke 2004: 16f.; vgl. Haftendorn 1993: 20).

Die realistische Theorie hebt die Bedeutung von struktureller Anarchie und politischem Machtstreben im System der Internationalen Beziehungen hervor, wobei sie stark zwischen der innerstaatlichen und internationalen Ebene unterscheidet. Auf der innerstaatlichen Ebene, welche durch die Grenzen des souveränen Staates bestimmt ist, ist es demnach möglich, rechtsstaatliche Instrumente, Demokratie und wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Fortschritt voranzutreiben, während auf der internationalen Ebene durch das Fehlen einer zentralen Autorität Anarchie herrscht (vgl. Hyde-Price 2001: 30). Damit nehmen staatszentrierte Sicherheitskonzepte in Theorie und Praxis des realistischen Ansatzes eine führende Rolle ein, wobei der Staat als zentraler Akteur von Sicherheit und als zentrale Einheit einer Region, alle ihm zur Verfügung stehenden Schutzmechanismen einsetzen muss, um die nationale

Sicherheit seines Territoriums zu gewährleisten (vgl. Buzan/Waever/Wilde 1998: 11; vgl. Hyde-Price 2001: 30). Die damit zusammenhängende Sicherheitspolitik ließe sich nach Dieter Lutz wie folgt definieren:

Verhindert werden sollen Aktivitäten, die von außen unter Androhung oder Anwendung insbesondere militärischer Gewalt die Entschlussfähigkeit der Regierung, die Entscheidungsfreiheit des Parlaments, die eigenständige Entwicklung der Gesellschaft oder die Existenz des Staates und der ihm angehörigen Menschen gefährden. Gewahrt bleiben soll die politische Unabhängigkeit, die territoriale Integrität, die Lebensfähigkeit des Landes sowie die Existenz und Existenzentfaltung seiner Bürger (Lutz Dieter zit. nach Waldmann 2004: 102).

Der Sicherheitsdiskurs der 1950er und 1960er Jahre wird also zunächst von militärischen Bedrohungen dominiert, die eine Gesellschaft von außen in ihrer Existenz gefährden können, wodurch sich sämtliche sicherheitspolitischen Maßnahmen an dem Konzept der nationalen Sicherheit orientieren. Das damit zusammenhängende Sicherheitsverständnis der konkurrierenden Systemführungsmächte beruhte auf dem Prinzip der gegenseitigen Verwundbarkeit, wobei der Kerngedanke dieser Vorstellung auf das sogenannte „Sicherheitsdilemma“⁴ zurückgeht und eine Schlüsselfunktion innerhalb der traditionellen Sicherheitstheorien einnimmt: militärisches und nukleares Aufrüsten wurde aufgrund einer fehlenden Weltregierung, sowie fehlender übergreifender internationaler Institutionen als unabdingbar gesehen, da die jeweilige Sicherheitserhöhung die Sicherheit anderer Staaten reduzieren würde (vgl. ebd.).

Im anarchischen System galt militärische und politische Macht als einziger Garant für Sicherheit und diese konnte wiederum am effektivsten durch eine *Balance of Power* gewährleistet werden, wodurch die Sicherheitspolitik des Kalten Krieges durch die Gründung kollektiver Verteidigungsbündnisse (wie der NATO und des Warschauer Pakts) determiniert war und den Charakter der Internationalen Beziehungen nachhaltig verändert hat. Sicherheit muss daher in einem weiten Kontext eingebettet werden, der das Handeln von Staaten ebenso den Zwängen der Systemstrukturen zuordnet, als auch darin ihre machtpolitischen Ansprüche reflektiert (vgl. Buzan/Waever/Wilde 1998: 10f.; vgl. Haftendorn 1993: 22).

Classical security complex theory posits the existence of regional subsystems as objects of security analysis and offers an analytical framework for dealing with those systems. Also, like most other traditionalist work in this area, the theory has focused primarily on the state as the key unit and on the political and military sectors. This

⁴ Das gegenseitige Wettrüsten der NATO und des Warschauer Pakts sollte zu einer Steigerung der Sicherheit führen, erhöhte aber aufgrund der gegenseitigen Bedrohungswahrnehmung die politische Instabilität und führte zu einem verstärkten Unsicherheitsgefühl zwischen den beiden Blöcken (vgl. Waldmann 2004: 102).

framework was designed to highlight the relative autonomy of regional security relations and to set those relations within the context of the unit (state) and system levels (Buzan/Waever/Wilde 1998: 11).

2.2.2. Liberale Ansätze und erweitertes Sicherheitsverständnis

Mit der zunehmenden Interdependenz der weltwirtschaftlichen Systeme, insbesondere vor dem Hintergrund der Währungs- und Ölkrisen der 1970er Jahre, setzte sich allmählich das Bewusstsein durch, dass die Sicherheit von Staaten auch durch nicht-militärische Entwicklungen bedroht werden kann. Die Beeinträchtigung des freien Handels durch wirtschaftlichen Protektionismus, die Verknappung natürlicher Ressourcen sowie anderer strategisch wichtiger Mineralien, führte nach und nach zu einer Abkehr des Politischen Realismus und signalisierte einen Perspektivenwechsel innerhalb der sicherheitspolitischen Praxis (vgl. Daase 2010b: 6).

Liberale Ansätze betonen das Potenzial internationaler Zusammenarbeit, die insbesondere durch Multilateralismus und Integration gestärkt und vorangetrieben werden soll. Damit rückt auch die gestiegene Relevanz nicht-militärischer Dimensionen wie der ökonomische und gesellschaftliche Sektor in den Fokus der Internationalen Beziehungen, sowie im Zuge der Globalisierung von einer gesteigerten Kooperationsbereitschaft der Akteure ausgegangen wird. Nicht militärische Macht, sondern die wirtschaftliche Sicherheit und der Wohlstand von Gesellschaften gelten von nun an als ein zentrales Ziel amerikanischer und europäischer Außenpolitik, womit auch der zivilgesellschaftliche Bereich an Einfluss und Bedeutung gewinnt (vgl. Daase 2010b: 6; vgl. Hyde-Price 2001: 30).

Gesellschaftliche Sicherheit (social security), wie liberale Theoretiker seit den frühen 1970er Jahren sie im Anschluss an Locke konzipiert haben, zielt demnach auf eine Situation, in der ein Kollektiv von Bürgerinnen und Bürgern in Frieden und Freiheit leben und [sich] Produktivität und Wohlstand entwickeln kann (Daase 2010a: 10).

Die wechselseitige Abhängigkeit der Staaten aufgrund der gemeinsamen globalen (Umwelt-)Gefahren, ermöglicht offensichtlich eine internationale Zusammenarbeit und eröffnet politische Impulse zur Ausgestaltung kooperativer internationaler Institutionen (vgl. Beck 1997: 13; Vogler 1998: 305). Die Ausdehnung der Sicherheitsagenda wirkt sich somit unmittelbar auf jene Politikbereiche aus, innerhalb welcher die vermeintlichen Gefahren identifiziert werden. Durch die Erweiterung des Sicherheitsbegriffes um ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Faktoren,

erlangen auch die Konzepte regionaler sowie internationaler Sicherheit einen zentralen Stellenwert innerhalb der sicherheitspolitischen Debatte. Es wurde erkannt, dass die nationale Sicherheit von Staaten nicht unabhängig von der Sicherheit anderer Staaten oder Regionen gesehen werden kann, was insbesondere für den europäischen Integrationsprozess und somit für europäische Sicherheitsstudien von enormer Relevanz ist (vgl. Hyde-Price 2001: 31). Im Sinne eines multilateralen und liberal-rationalistischen Politikverständnisses, soll internationale Sicherheitspolitik künftig auf Basis zwischenstaatlicher Institutionen und Kooperationen abgestimmt werden. Der liberale Institutionalismus basiert auf der Grundannahme, dass sich die sicherheitspolitischen Akteure entlang rationaler Interessensabwägungen zwischen ihren Handlungsoptionen entscheiden. Dadurch sollte selbst unter den Bedingungen einer strukturellen Anarchie eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit, auf Basis gemeinsamer Normen und Regeln möglich sein (vgl. ebd.: 31f.). Durch die Bildung und Wirkung von Institutionen könnte das Verhalten von Staaten verändert werden.

Am liberal-institutionellen Ansatz kritisiert Haftendorn, dass er die kooperativen „[...] Verhaltensmuster in den internationalen Beziehungen primär mit der Verteilung militärischer und ökonomischer Ressourcen zwischen den Staaten erklärt [...]“ (Haftendorn 1993: 26) und sich damit nicht radikal genug von den realistischen Ansätzen des internationalen Systems distanziert. Ein weiterer brisanter Kritikpunkt vollzieht sich entlang der Stabilitätsorientierung⁵ internationaler Sicherheitspolitik, welche für viele Akteure keine Überwindung des Ost-West-Konfliktes und somit auch keine spezifischen Bemühungen hinsichtlich einer Beendigung der gegenseitigen nuklearen Abschreckungsstrategie zu verfolgen schien. Alternativ dazu und aufgrund des von der Palme-Kommission⁶ im Jahr 1982 veröffentlichten Bericht „Common Security“, wurde das Konzept der globalen Sicherheit in den sicherheitspolitischen Diskurs eingeführt. Der Bericht verlangte nicht nur eine Überwindung der gegenseitigen Abschreckung durch Rüstungskontrolle und Abrüstung, sondern plädierte darüber hinaus auf eine Transformation des internationalen Systems im Sinne eines Regimes der gemeinsamen Sicherheit (vgl. Daase 2010b: 14). „Globale

⁵ In den letzten beiden Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts griff keine Supermacht die andere an, um ihre eigene Existenz zu sichern. Diese Entspannungspolitik führte nur bedingt zur Einhaltung der Rüstungskontrollvereinbarungen und änderte sich erst wieder Ende der 1980er Jahre (vgl. Haftendorn 1993).

⁶ Die Palme-Kommission wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen, Olof Palme eingerichtet. Ausführliche Informationen: Palme, Olof (1982): Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit "Common Security". Berlin: Severin und Siedler.

Sicherheit soll zu einem Zustand globalen Friedens führen [...], in dem jede Nation und jedes Individuum Frieden, Gerechtigkeit und Glück erfahren kann [...]“ (Haftendorn 1993: 33). Eine Transformation des internationalen Systems hin zu einer globalen Weltgesellschaft, welche auf gemeinsamen Normen, Regeln und Verhaltensmustern aufbaut, erscheint aufgrund der divergierenden kulturellen und politischen Systeme sowie der unterschiedlichen Sicherheitsbelange und hegemonialen Absichten der Länder, als eine utopische Idee (vgl. ebd.).

Mit dem Wandel des Sicherheitsparadigmas rücken staatszentrierte Sicherheitskonzepte in den Hintergrund und gesellschaftspolitische sowie sozioökonomische Bedingungen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Die Ausdehnung der Gefahrendimension hängt unmittelbar mit den komplexen Veränderungen im internationalen System zusammen und führt zu einer inhaltlichen Integration anderer, zuvor nicht sicherheitsrelevanter Politikfelder⁷. Die ehemals getrennten Bereiche der inneren und äußeren Sicherheit verschmelzen zunehmend, sowie sie im Zuge multilateraler Sicherheitsstrategien einer verstärkten Internationalisierung unterliegen. Damit gelangen auch vermehrt nicht-staatliche Akteure und neue Formen der Kooperation⁸ in den Fokus internationaler Sicherheitspolitik. Ein rein national ausgerichtetes Sicherheitsverständnis wird den neuen globalen Dynamiken nicht gerecht; Sicherheit muss multilateral und multidimensional gedacht werden. Dies impliziert auch die Frage nach den sich veränderten Bedrohungslagen, welche jeweils unterschiedlich wahrgenommen und interpretiert werden. Damit beschäftigen sich insbesondere die kritischen Sicherheitsstudien, welche als dritte Teildisziplin der Internationalen Beziehungen entstanden sind.

⁷ Das Ende der Bipolarität führt zu strukturellen Veränderungen in den internationalen Sicherheitsbeziehungen. Neben den militärischen Bedrohungen, die nicht einzig von Staaten ausgehen, gelangen auch andere Konfliktursachen in den Blick: Armut, Umweltzerstörung, gewaltsame Konflikte. In diesem Kontext nimmt insbesondere die Entwicklungspolitik eine zentrale Rolle ein, da sie als eine Schnittstelle zwischen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden wird.

⁸ Sicherheitspartnerschaften wie z.B.: Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen (VN), die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), transnationale Konzerne (bspw.: riesige Ölfirmen), Nicht-Regierungs-Organisationen wie Amnesty International; international agierende kriminelle Netzwerke.

2.2.3. Critical Security Studies

Mit dem Ende der Bipolarität schwinden die wechselseitigen Bedrohungen der Militärbündnisse des Warschauer Pakts und der NATO. Entgegen der Dominanz militärischer Sicherheitskonzepte, sowie entlang der Kritik an den statischen Theorien der Internationalen Beziehungen, treten vermehrt Forderungen hinsichtlich evolutionärer Politikmodelle (für Theorie und Praxis) hervor. Aus der Schnittmenge pragmatischer und wissenschaftstheoretischer Kritiken, insbesondere aber im Zusammenhang mit der post-marxistischen kritischen Theorie, entstehen Mitte der 1980er Jahre die *Critical Security Studies* als ein dritter einflussreicher Ansatz in den Internationalen Beziehungen (vgl. Hagmann 2010: 172; vgl. Hyde-Price 2001: 31). Die kritischen Sicherheitsstudien differenzieren sich von den klassischen politikwissenschaftlichen Ansätzen und umfassen im Sinne eines methodologischen Kollektivismus, verschiedene Elemente der ihnen zugrunde liegenden Denkschulen des Feminismus sowie der Waliser-, Pariser und Kopenhagener Schule (vgl. Hagmann 2010: 173f.).

Sozialkonstruktivistische Zugänge hinterfragen und rekonstruieren die jeweilige Sicherheitspolitik auf nationaler, regionaler oder internationaler Ebene. Dabei nimmt die (De-)Konstruktion von Bedrohungen entlang empirischer Beobachtungen eine zentrale Analysemethode ein: indem sich Diskurse mit den jeweiligen Paradigmen verändern, ändern sich auch Interpretationen, Orientierungen und Wahrnehmungen; sowie Unsicherheitsthemen nur sehr selten von globaler Natur sind (vgl. Hagmann 2010: 173f.). Kritische Zugänge heben den konstruktiven Charakter der Sicherheitsbeziehungen hervor und betrachten die Grundbegriffe der Internationalen Beziehungen, wie bspw. Sicherheit, Bedrohung, Risiko, als nicht objektiv gegeben, sowie Handlungen und Strategien der Akteure als interessensteuert und identitätsstiftend charakterisiert werden. Damit brechen die kritischen Sicherheitsstudien mit rationalistischen oder utilitaristischen Konzepten von Sicherheit, lehnen die Anarchie als bestimmende Eigenschaft der Internationalen Beziehungen ab und heben die Bedeutung nicht-staatlicher Akteure und gesellschaftlicher Gruppen als Referenzobjekte von Sicherheit hervor. Sicherheit wird so in einem erweiterten Kontext betrachtet, der die sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Dimensionen miteinschließt (vgl. Hyde-Price 2001: 31).

Die vorgestellten theoretischen Strömungen überschneiden sich teilweise, sind aber dennoch von divergierenden Orientierungen und Zugängen geprägt. Im Sinne einer heuristischen Herangehensweise sollte der historische Rückbezug ein Verständnis über die wesentlichen Begriffe und Themen innerhalb des sicherheitspolitischen Diskurses vermitteln (vgl. Hyde-Price 2001: 32). Dieser dreht sich seit dem Ende des Kalten Krieges, sowie seit der Herausbildung internationaler Sicherheitsbeziehungen, vorwiegend um die Erweiterung der verschiedenen Dimensionen (Sach-, Referenz-, Raum- und Gefahrendimension), welche dem Sicherheitsbegriff zugeordnet werden und sich auf der vertikalen als auch auf der horizontalen Ebene staatlicher Sicherheitspolitik vollzogen haben.

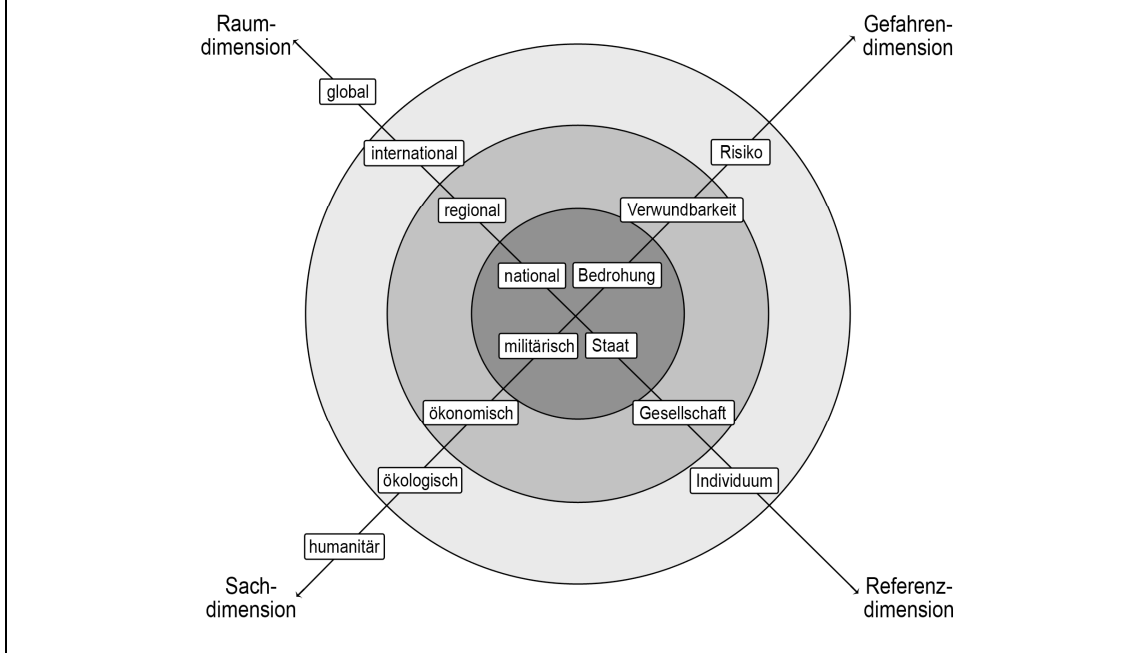
2.3. Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen

2.3.1. Der erweiterte Sicherheitsbegriff und die neuen Bedrohungen

Generell liegen dem sicherheitspolitischen Diskurs zwei Kernfragen zugrunde, nämlich für wen Sicherheit gewährleistet werden soll und woher die Bedrohung kommt, vor welcher es zu schützen gilt. Die Diskussion dreht sich aber in weiterer Folge nicht nur um die Referenz- und Raumdimension von Sicherheit, sondern vollzieht sich entlang der begrifflichen Vieldimensionalität: Die Sachdimension beschäftigt sich mit der Frage, in welchen Politikbereichen die Gefahren wahrgenommen werden und welche Art von Sicherheit politische Maßnahmen gewährleisten sollen. Das zu schützende Referenzobjekt, also die Überlegung, wessen Sicherheit es zu bewahren gilt, ist Teil der Referenzdimension. Hier lässt sich vor allem ein vertikal erweitertes Sicherheitsverständnis ausmachen, welches eine Verschiebung von Staat über die Gesellschaft hin zum Individuum aufweist. Die Debatte um Sicherheitskonzepte umfasst folglich auch das geographische Gebiet, also die Raumdimension, welche zunächst von der territorial-staatlichen Perspektive ausgeht und ihren Fokus auf die regionale und internationale, sowie schließlich auf die globale Sicherheitsebene ausdehnt. Jede der bislang genannten Dimensionen beinhaltet schlussendlich auch die Frage, auf welche Gefahr die Sicherheitspolitik reagieren soll, womit auch die Gefahrendimension einen zentralen Aspekt in der Strategieerarbeitung sicherheitspolitischer Konzepte einnimmt und eine horizontale Erweiterung der Bedrohungslagen mit sich bringt (vgl. Daase 2010b: 2). Die Erweiterung der Gefahrendimension lässt sich unmittelbar auf die Unübersichtlichkeit gegenwärtiger

Risikofaktoren zurückführen. Gefahren und Konflikte sind aufgrund ihrer Asymmetrie heute viel abstrakter, komplexer und daher unberechenbarer geworden. Ihre Auswirkungen und Ursachen sind nicht leicht erkennbar und für die Sicherheitspolitik stellt sich die Frage, wie sie das Problem konzeptionieren soll: „Ist es eine konkrete Bedrohung, die eigene Verwundbarkeit oder sind es diffuse Risiken, die als Herausforderung für die Sicherheitspolitik angesehen werden?“ (ebd.). Die Bedrohungsabwehr wird kontinuierlich von der Risikovorsorge bzw. dem Risikomanagement abgelöst und es entsteht eine neue Sicherheitsarchitektur. Im traditionellen staatszentrierten Sicherheitsdenken ließen sich die beiden Fragen, Sicherheit für wen und wovor, einfach beantworten, da Sicherheit mit der Abwesenheit einer militärischen Bedrohung gleichgesetzt wird und sich vornehmlich auf den militärischen Sektor konzentriert. Abseits traditioneller Sicherheitsvorstellungen und im Umgang mit neuen, zumeist nicht-militärischen Gefahren, sieht sich die internationale Staatengemeinschaft vor neue Herausforderungen gestellt (vgl. Buzan/Waeber/Wilde 1998: 1). Die steigende Anzahl innerstaatlicher Konflikte, ethnische Kriege, Migrationsbewegungen sowie Umweltzerstörung und Verteilungskämpfe, um nur einige wenige anzuführen, erfordern ein Umdenken in der Betrachtung komplexer Zusammenhänge und in der Erarbeitung neuer Lösungsstrategien. Die Terroranschläge in New York und Madrid haben diese Entwicklungen zusätzlich verschärft, indem sich das Interesse der Staatengemeinschaft seither zunehmend auf Anschläge und Kriegsführung seitens nicht-staatlicher Akteure, sowie auf innerstaatliche und transnationale Konfliktherde verschoben hat (vgl. Heise 2008: 10; vgl. Meier-Walser 2011: 7f.).

Abbildung 1: Dimensionen des erweiterten Sicherheitsbegriffs



(Quelle: Daase, Christopher 2010b: 3)

Die Integration neuer Unsicherheitsthemen verlangt nach neuen Erklärungsansätzen in der sicherheitspolitischen Forschung und Praxis. In diesem Kontext nimmt der theoretische Zugang der Kopenhagener Schule (*Copenhagen School*) um Barry Buzan und Ole Weaver eine prominente Stellung ein, da er sich vorwiegend mit der Generierung von Bedrohungen und deren politischen Auswirkungen beschäftigt. Für die Analyse des Zusammenhangs von Sprache und Politik bietet er einen geeigneten methodologischen Zugang und ist daher für das Anliegen dieser Arbeit von besonderer Relevanz. Denn „[...] der Streit um den Sicherheitsbegriff und seine allmähliche Erweiterung ist [...] ein gutes Beispiel dafür, wie man mit Worten handelt und wie mit Sprache Politik betrieben wird“ (Daase 2010b: 1).

2.3.2. *Securitization*: „Versicherheitlichung“

Komplexe Dynamiken und sektorale Überschneidungen

Aufgrund der erweiterten Sicherheitsagenda und dem Aufkommen neuer Aspekte von Sicherheit, kommt es zur inhaltlichen Ausweitung und zur Integration neuer Politikfelder in das sicherheitspolitische Spektrum. Mit der extensiven Erweiterung des Sicherheitsbegriffes verliert dieser an analytischer Schärfe, was sich allerdings für die

sicherheitspolitischen Akteure als äußerst innovativ herausstellt, sodass der Begriff darüber hinaus der politischen Ambiguität und Opportunität ausgeliefert wird. Indem zunehmend nicht-militärische Bedrohungsformen als Sicherheitsrisiken interpretiert und repräsentiert werden, wird der Instrumentalisierung staatlicher Sektoren im Namen der Sicherheit Vorschub geleistet. Was ein verändertes Sicherheitsverständnis letztendlich ausmacht, zeigt sich in der Neuausrichtung außen- und sicherheitspolitischer Instrumente sowie der damit verbundenen Konzepte und Handlungsfelder (vgl. Maihold 2005: 43; vgl. Robinson 2005: 9). Die Entwicklungspolitik nimmt hier insofern eine zentrale Stellung ein, als sich Sicherheit nicht allein durch militärische Strategien herstellen lässt: Um den Ursachen von Konflikten präventiv zu begegnen, muss sich der sicherheitspolitische Fokus auch auf die gesellschaftlichen und sozioökonomischen Verhältnisse konzentrieren, aus welchen diese überhaupt erst hervorgehen. So werden nach und nach klassische entwicklungspolitische Themen wie Armut, Demokratisierung, Menschenrechte, Verteilungsgerechtigkeit und *good governance* zu zentralen Sicherheitsfragen umgedeutet und in den Sicherheitsdiskurs aufgenommen. Angesichts der Vielfalt neuer Bedrohungsformen und deren kausaler Zusammenhänge hat sich die Tendenz durchgeschlagen, „[...] den erweiterten Sicherheitsbegriff auf beinahe jedes Feld öffentlichen Handelns anzuwenden“ (Maihold 2005: 43). Der damit verbundene Prozess wird als *securitization* (Versicherheitlichung) bezeichnet und soll im Folgenden genauer erörtert werden.

Securitization: Versicherheitlichung

Der Sicherheitsdiskurs hat sich spätestens seit den 1990er Jahren grundlegend verändert und zu einem strukturellen Wandel innerhalb der Sicherheitspolitik sowie der ihr zugewiesenen Politikfelder geführt (vgl. Gärtner 2006: 6). Der Begriff *securitization* versucht den bereits erwähnten Veränderungsprozessen gerecht zu werden und meint im Sinne eines multisektoralen Politikverständnisses, die Durchdringung aller staatlichen Sektoren mit Sicherheit. Die Theorie der Versicherheitlichung erweist sich in diesem Kontext als ein geeignetes analytisches Tool, um den zunehmenden Gebrauch von Sicherheit in der politischen Sprache kritisch zu hinterfragen und zu rekonstruieren; sowie die Neuartigkeit des Sicherheitsdiskurses und seiner Auswirkungen offenzulegen.

Buzan (u.a.) stellen dafür ein *security-framework* bereit, indem sie den traditionell engen militärfokussierten Bezugsrahmen von Sicherheit um sektorenspezifische Gefahren erweitern und damit auch gleichermaßen der Vielzahl heterogener Akteure besondere Aufmerksamkeit schenken. Indem sie untersuchen, wie diese Akteure die Welt interpretieren und in Folge konstruieren, beachten sie auch den kulturellen sowie soziopolitischen Kontext, innerhalb welchem Sicherheit erst ihre Bedeutung erhält. Sie distanzieren sich von reduktionistischen Ansätzen die einzig den Staat oder das Individuum zum zentralen Referenzobjekt erheben und erweitern diese um andere Einheiten wie bspw. Nationen, Gesellschaften oder Ökonomien, welche auch Gegenstand von Sicherheit sind. Damit betonen sie die Notwendigkeit von einem staatszentrierten zu einem multisektoralen Ansatz überzugehen (vgl. Heise 2008: 35ff.). Dieser versucht ein Verständnis für die Zusammenhänge der verschiedenen Sektoren und Ebenen innerhalb eines Systems bzw. eines Sicherheitskomplexes zu generieren. Sicherheitspolitische Aspekte den jeweiligen Sektoren zuzuweisen ermöglicht es, ein (Sicherheits-)Problem in kleinere Teilprobleme zu zerlegen, ihre signifikanten Merkmale und Interdependenzen zu identifizieren, um sie dann letztendlich wieder zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Mit der Definition von Sektoren wird zudem schnell ersichtlich, wo es zu einer Versicherheitlichung der politischen Inhalte kommt. Etwa dann, wenn diese über das Thema Sicherheit hinausgeht und mit anderen, nicht-sicherheitspolitischen Sektoren und/oder Akteuren in Verbindung gebracht wird (vgl. Buzan/Waever/Wilde 1998: 7f.):

Thus, the economist looks at human systems in terms that highlight wealth and development and justify restrictive assumptions, such as the motivation of behavior by the desire to maximize utility. [...] The environmentalist looks at the systems in terms of the ecological underpinnings of civilization and the need to achieve sustainable development. In the societal sector, the analyst looks at the systems in terms of patterns of identity and the desire to maintain cultural independence. Each is looking at the whole but is seeing only one dimension of its reality. The analytical method of sectors thus starts with disaggregation but must end with reassembly (ebd.: 8).

Aufgrund der Komplexität des Gegenstandes ist es wie bereits erwähnt nicht immer klar, wessen Sicherheit es zu schützen gilt und welche Maßnahmen dafür getroffen werden. Aus diesem Grund kann das *security-framework* als ein analytisches Werkzeug verwendet werden, um die Akteure der Versicherheitlichung sowie die Referenzobjekte⁹ von Sicherheit zu identifizieren und darüber hinaus aufzuzeigen, wie sich der Prozess der Versicherheitlichung anhand von Sprache (*speech-act*)

⁹ Im Rahmen dieser Arbeit fungiert die Europäische Union als Akteur und Referenzobjekt zugleich.

konstituiert. Sicherheit wird dabei als politisch konstruiert verstanden was bedeutet, dass Bedrohungen keiner objektiven Realität unterliegen, sondern vielmehr durch institutionelle Interessen und politische Diskurssetzungen determiniert sind (vgl. Daase 1993: 41). Es bedarf also einer entsprechenden Konzeptualisierung von Sicherheit: „The need is to construct a conceptualization of security that means something much more specific than just any threat or problem“ (Buzan/Waever/Wilde 1998: 5). Bedrohungen müssen dabei inszeniert werden „[...] as existential threats to a referent object by a securitizing actor who thereby generates endorsement of emergency measures beyond rules that would otherwise bind“ (ebd).

2.3.2.1. Politischer Prozess: *speech-act*

Die Konzeptionierung von Begriffen wie Sicherheit, Bedrohung oder Risiko, unterliegt einer besonderen rhetorischen Struktur, dem sogenannten *speech-act* und bezeichnet zunächst den Prozess, durch welchen bestimmte Themen in einen Sicherheitskontext gebracht und als eine (existenzielle) Bedrohung dargestellt werden. Die behauptete Dringlichkeit der Intervention soll dabei außerordentliche Vorgehensweisen abseits etablierter politischer Regelungen legitimieren. *Securitization* kann als eine extreme Version der Politisierung bestimmter Sachverhalte verstanden werden. Das Entscheidende dabei ist, dass politisierte Themen Teil der öffentlichen Politik sind und dadurch Regierungsentscheidungen sowie entsprechende Ressourcenaufbringung abverlangen. Versicherheitlichte Sachverhalte werden als eine Gefährdung der öffentlichen Interessen dargestellt, auf welche mit außerordentlichen Maßnahmen und sofern notwendig, auch einer erhöhten Mittelaufbringung zu reagieren ist. Mit anderen Worten ermöglicht eine erfolgreiche Versicherheitlichung die Regelübertretung verbindlicher Exekutiventscheide, was unter normalen Umständen nicht möglich wäre und wodurch sich die sicherheitspolitischen Maßnahmen außerhalb des Bereichs der normalen Politik bewegen. Jedoch verlangen nicht alle außerordentlichen Maßnahmen eine entsprechende Legitimierung, denn es ist unumstritten, dass es in vielen Ländern der Welt zur Verletzung elementarer Menschenrechte oder zur Verweigerung demokratischer Prinzipien kommt; niemand muss davon überzeugt werden, dass ein unmittelbarer Handlungsbedarf besteht (vgl. ebd.: 23f.).

Damit die neuen Unsicherheitsthemen überhaupt als solche anerkannt und die sicherheitspolitischen Maßnahmen toleriert werden, bedarf es einer proaktiven

Diskurssetzung einflussreicher Akteure. *Securitization* muss daher als ein intersubjektiver Prozess verstanden werden, welcher mit Hilfe sozio-linguistischer und sozial-konstruktivistischer Ansätze nachvollziehbar wird. Die kritische Hinterfragung von Ist-Zuständen nimmt einen essentiellen analytischen Part ein, um bereits bestehende Fälle einer *securitization* zu identifizieren und zu dekonstruieren (vgl. ebd.: 30; Hagmann 2010: 173; 177; vgl. Popovic 2007: 15).

„A successful securitization thus has three components (or steps): existenzial threats, emergency action, and effects on interunit relations by breaking free of rules“
(Buzan/Waever/Wilde 1998: 26).

Der rhetorische Prozess (*securitizing-move*) kann mittels eines diskursiven Zugangs, welcher die politischen Konstellationen der involvierten Akteure reflektiert, analysiert werden: Ausgehend von bestimmten rhetorischen und diskursiven Sprachhandlungen (*speech-act*) wird untersucht, wie ein Thema als eine existenzielle Bedrohung für bestimmte Referenzobjekte dargestellt und der breiten Öffentlichkeit präsentiert wird. Der Staat wird dabei nicht zwingend als zentraler Akteur gesehen, denn Prozesse der *politicization* oder *securitization* können genauso von internationalen Organisationen und Institutionen, nichtstaatlichen Akteuren, NGOs und einflussreichen sowie anerkannten Persönlichkeiten ausgeführt werden. Die konstruierten Bedrohungen sind zumeist nicht objektiv, sondern mit den jeweiligen Interessen der unterschiedlichen Akteure verbunden. Machtvolle Diskurssetzungen (*labeling*), welche durch Sprache aus bestimmten öffentlichen oder politischen Positionen eröffnet werden, nehmen im Sicherheitsdiskurs eine zentrale Rolle ein (vgl. ebd.: 24ff.): „[...] indem zum Beispiel der Präsident der Vereinigten Staaten den Einsturz der New Yorker Twin Towers aufgreift, um religiösen Fundamentalismus als fundamentale Bedrohung der «freien Welt» zu postulieren [...]“ (Hagmann 2010: 176), wird die Bekämpfung des globalen Terrorismus, sowie die damit verbundenen außerordentlichen Maßnahmen, als die oberste Priorität der Sicherheits- und Außenpolitik inszeniert.

2.3.2.2. Konzeptionierung von Sicherheit und Bedrohung

Das zentrale Charakteristikum der Versicherheitlichung ist ihre besondere rhetorische Struktur, also die Hervorhebung und die Verbindung eines Problems/einer Gefahr mit sicherheitspolitischen Aspekten. Die Dringlichkeit der Bedrohung suggeriert die Priorität ihrer Handhabung und legitimiert sie zugleich. Aufgrund der Unübersichtlichkeit von Gefahren, die im Zuge der Modernisierungs- und Globalisierungsprozesse immer komplexer werden und weder zeitlich, räumlich noch sozial eingrenzbar sind, kommt es zur Entstehung einer globalen Gefahrengemeinschaft¹⁰. Die vermeintlichen Gefahren und Risiken sind aber immer inszeniert und ihre Objektivität begünstigt darüber hinaus die Herausbildung institutionalisierter Gegenmaßnahmen (vgl. Beck 1997: 13; vgl. Six 2007: 7). Da diese im Namen der Sicherheit ihre Anwendung finden ist es relativ unwichtig, „[...] wie sicher bzw. unsicher die Wirklichkeit tatsächlich ist, in der wir leben [...]“ (Six 2007: 8). Ausschlaggebend ist die politische Antizipation, die Vorwegnahme potenzieller Risiken für die menschliche Sicherheit, durch welche Bedrohungen überhaupt erst real wahrnehmbar werden und wodurch die Akteure zu vorbeugenden Maßnahmen geradezu verpflichtet sind (vgl. ebd.: 7f.). Versicherheitlichung vollzieht sich somit auf der konzeptionellen Ebene – der Konstruktion von Bedrohungsthemen, sowie auf der prozessualen Ebene – dem *speech-act* und führt zu jenen politischen Effekten, welche eine Instrumentalisierung der staatlichen Sektoren für sicherheitspolitische Absichten ermöglichen:

If no signs of such acceptance exist, we can talk only of a securitizing move, not of an object actually being securitized. [...] Securitization is not fulfilled only by breaking rules (which can take many forms) nor solely by existential threats (which can lead to nothing) but by cases of existential threats that legitimize the breaking of rules (Buzan/Waever/Wilde 1998: 25).

Der *speech-act* dient als ein Analysewerkzeug anhand welchem untersucht werden kann, wie versicherheitlichte Inhalte eine sektorenübergreifende Wirkung erzielen, welche Auswirkungen die diskursiven Gefahrenkonstruktionen auf politische Entscheidungen und deren räumliche Strukturen haben und welche Akteure im Sinne eines intersubjektiven Prozesses involviert sind. Mit anderen Worten wird untersucht, welche Reaktionen sich aus dem Sprechakt Sicherheit ergeben und welchem Sicherheitsverständnis dieser rhetorische Prozess zugrunde liegt: „[...] the task is not to

¹⁰ In der Herausbildung übergreifender Staatenbündnisse sieht Beck die „Möglichkeit einer Weltbürgergesellschaft“ (nach Kant), die sich aus der wahrgenommenen Not gegenüber den globalen Gefahren konstituiert.

assess some objective threats [...]; rather, it is to understand the processes of constructing a shared understanding of what is to be considered and collectively responded to as a threat (ebd.: 26).

Da die sicherheitspolitischen *outcomes* von der jeweiligen Vergesellschaftung der politischen Akteure, also ihrer soziokulturell bedingten Wahrnehmung abhängig sind, wird nicht nach der Bedeutung von Sicherheit in der Realität bzw. nach den realen Fakten der Sicherheitsbedrohung gefragt; vielmehr geht es darum, welches Thema wie als eine Bedrohung dargestellt wird (*speech-act*) und welche Maßnahmen darauf folgen. Dementsprechend geht es um politische Diskurssetzungen und institutionelle Interessen, welche die Bedrohungswahrnehmungen determinieren (vgl. Daase 1993: 41f.; vgl. Popovic 2007: 15). „Security means survival in the face of existential threats, but what constitutes an existential threat is not the same across different sectors“ (Buzan/Waever/Wilde 1998: 27).

Securitization orientiert sich an einer soziopolitischen Logik, welcher eine „Politik der existenziellen Bedrohung“ zugrunde liegt. Um nun aber herauszufinden, was die Gefahr als solche tatsächlich konstituiert, ist es nach Christopher Daase sinnvoll zu untersuchen, „[...] wie das Konzept „Sicherheit“ sich als konstitutives Element des politischen Diskurses entwickelt hat“ (Daase 1993: 44). Damit wird der theoretische Fokus auf jene Entwicklungen und Kausalitäten erweitert, anhand welcher sich die veränderten Sicherheitsvorstellungen und der Wandel von Sicherheitspolitik erklären lassen; insofern wird also auch der Veränderbarkeit von Sicherheitsdiskursen Rechnung getragen (vgl. ebd.: 48f.).

Im Kontext eines engen Sicherheitsverständnisses basiert die Identifizierung einer Bedrohung zumeist auf der Annahme, den feindlichen Akteur, seine Absichten und Potenziale einschätzen zu können. Dieses (Un-) Sicherheitsverständnis ist aber in Anbetracht der wachsenden globalen gesellschaftlichen und ökonomischen Interdependenzen nicht mehr länger tragbar. Aufgrund der Unübersichtlichkeit von Gefahren und ihren globalen Auswirkungen, verändert sich das sicherheitspolitische Denken in Richtung einer vorsorgenden Sicherheitspolitik, die möglichen Risiken präventiv begegnen soll. Der Erweiterung des Sicherheitsbegriffes liegen demnach nicht nur die neuen Bedrohungslagen zugrunde, sondern vielmehr zeigt sich hier eine gewandelte Sicherheitskultur, welche sich von der Verteidigung bestimmter Gefahren

hin zu einer Risikovorsorge gegenüber möglichen Gefahren gewandelt hat (vgl. Daase 2010a: 14).

2.3.2.3. Von der Bedrohungsabwehr zur Risikovorsorge

Dass sich der gegenwärtige Sicherheitsdiskurs vermehrt mit Themen zur Zukunftsgestaltung auseinandersetzt, hat auch viel mit dem Wandel von Begrifflichkeiten und politischen Leitbildern zu tun. Im Kontext von Sicherheit und Entwicklung sind es vor allem die entwicklungspolitischen Schlüsselbegriffe wie Nachhaltigkeit, Fragilität oder Resilienz, die Annahmen über zukünftige Situationen, Handlungen und Folgen initiieren und den Übergang zu einem sicherheitsfokussierten Vorsorgedenken begründen. Damit rückt auch zunehmend das Thema Umwelt und somit die natürlichen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion (vgl. Rothkegel 2012: 89ff.). Ulrich Beck spricht in diesem Kontext von einer Weltrisikogesellschaft, die sich einer „zivilisatorisch fabrizierten“ unsicheren Welt gegenübersteht und sich nun mit der Frage beschäftigen muss, wie sie diesen selbstverschuldeten Unsicherheiten begegnen soll (vgl. Beck 1997: 13; 33). Die These der Weltrisikogesellschaft geht dabei von einem „[...] erzwungenen Grad globaler Vergesellschaftung durch zivilisatorisch erzeugte Gefahren“ (ebd.: 20) aus, welcher einschlägige Erfahrungen¹¹ zugrunde liegen. In dieser Selbstreflexivität wird die Gesellschaft selbst zum Problem und da globale Gefahren globale Gemeinschaften herausbilden, setzt dieses Selbstverständnis einen nicht unerheblichen Machimpuls für *transnationale «Diskurs-Koalitionen»* frei, die die Agenda und Themen der globalen Umweltfragen im öffentlichen Raum bestimmen¹². Aufgrund des Wissens um die vielfältigen und oftmals unkalkulierbaren Auswirkungen von Risiken, welche im Zeitalter der zweiten Moderne¹³ die globale Weltgemeinschaft bedrohen, erscheint die Frage des Risikomanagements und der damit verbundenen präventiven Instrumente als wesentlich (vgl. ebd.: S.19; 22).

¹¹ Beck spricht hier von den gemeinsamen Wissensbeständen einer Gesellschaft, die aus bestimmten katastrophalen Ereignissen oder Naturphänomenen hervorgehen. Dieses Wissen ist aber keineswegs wertfrei, sondern konstruiert und medialisiert.

¹² Die Objektivität der globalen Gefahren begünstigt die Durchsetzung einer Politik des sogenannten *sustainable development* und signalisiert ein neues Sicherheitsparadigma.

¹³ Der Begriff meint technologische Weiterentwicklungen im Bereich der digitalen Medien, Informationskanäle und Infrastruktur, Waffen etc., welche in sich wiederum selbst ein Faktor für Risiken sein können (vgl. Ulrich Beck 1997: 19ff.).

Im Kontext eines sich wandelnden Sicherheitsbedürfnisses hat Olaf Corry den theoretischen Ansatz der *securitization* um den Begriff der *riskification* erweitert. Wie bereits erwähnt, haben die neu wahrgenommenen Bedrohungen zu einem Umdenken im sicherheitspolitischen Diskurs geführt, so dass sich Strategien und praktische Maßnahmen in Richtung einer vorsorgenden Sicherheitspolitik entwickelt haben. Corry entwirft mit dem Begriff der *riskification* einen konzeptionellen analytischen Bezugsrahmen, welcher auf derselben Logik des *speech-act* aufbaut, aber den Übergang vom Verteidigungs- zum Präventionsparadigma reflektiert. Die Kopenhagener Schule definiert Sicherheit entlang einer soziopolitischen Logik und setzt den Begriff mit der Abwehr oder der Abwesenheit einer Bedrohung gleich. *Securitization* bezieht sich vorwiegend auf jene sprachliche Rhetorik, die dem traditionellen sicherheitspolitischen Verteidigungsgedanken zugrunde liegt. Mit dem Wechsel der Terminologie soll also auf das sich veränderte Sicherheitsbedürfnis hingewiesen und ein Bewusstsein für den sicherheitspolitischen Diskurswandel geschaffen werden. „With a theory of riskification, it can be acknowledged that security discourse can change and be diverse without ceding entirely to contextualism that simply says: ‘security is whatever actors make of it’ [...]“ (Corry 2011: 237f.).

Der Austausch von Begrifflichkeiten ist insofern bedeutsam, als dass sich Risiken auf Gefahren beziehen, die noch gar keine sind, aber die Möglichkeit haben, welche zu werden: „[...] a risk is a scenario necessarily located in the future which is connected to a policy proposal offering a way of preventing that risk from materialising into real harm“ (ebd.: 244). In der Konzentration auf zukünftige Szenarien kann sich die Sicherheitspolitik entweder den Ursachen, oder den zu erwartenden Effekten solcher Gefährdungen annehmen. Speziell geht es dabei um jene vorbeugenden oder vorsorgenden Maßnahmen, welche im Vorfeld auf die Verhinderung eines gewissen Schadens abzielen oder dessen Auswirkungen im Nachhinein zu minimieren versuchen. Das wesentliche qualitative Unterscheidungsmerkmal zwischen „Risiko- und Bedrohungspolitik“ manifestiert sich entlang der Hinterfragung kausaler Zusammenhänge, d.h. Risikovorsorge (*risk-security*) konzentriert sich auf die Ursachen und Auswirkungen zukünftiger potenzieller Bedrohungen und stellt Überlegungen an, wie diesen präventiv begegnet werden kann. Durch das sogenannte *risk-profiling* werden die zentralen Charakteristika der Bedrohung identifiziert und zur handlungsanleitenden Struktur, ohne dass dabei auf die binäre Unterscheidung zwischen „Freund und Feind“ eingegangen wird (vgl. ebd.: 244; 246f.). Der Terminus

Risiko entpersonalisiert die Gefahr und ersetzt Abschreckungs- und Verteidigungsstrategien durch stabilitätsorientierte Konzepte: „We prepare for them, try to change and govern them. [...] Deterrence is even less congruous with risk-security because deterrence assumes a threatening Other who can be deterred“ (ebd.: 247). Risikovorsorge- bzw. Management ist dahingehend kein neues Phänomen, neu ist aber die sicherheitspolitische Fokussierung auf jene Bedingungen, welche zukünftige Schäden auslösen (können) – wie beispielsweise die gegenwärtige Diskussion um den Begriff der Resilienz zeigt:

If an issue moves from securitization to riskification, the focus of political plans shifts away from direct causes of harm (threats) towards the conditions that make a future harm possible (risks), for example by [...] increasing the resilience of vital services in the face of potential damage caused by climate change (ebd.: 247f.).

Indem Reflexionen über die Ursachen und der damit zusammenhängenden Mechanismen angestellt werden, verschiebt sich der sicherheitspolitische Fokus auf die ökologischen und gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge der Weltrisikogesellschaft. Der Ansatz der *riskification* konzentriert sich also maßgeblich auf die gesetzten Maßnahmen im Umgang und der Bewältigung von Risiken und eröffnet eine Möglichkeit, versicherheitlichte Inhalte aus einer anderen Perspektive neu zu interpretieren, sowie deren politische Effekte zu analysieren. Während sich *securitization* auf die Verteidigung eines bestimmten Referenzobjektes bezieht, werden mit dem Begriff *riskification* jene politischen Diskurssetzungen analysiert, die zur Rechtfertigung einer pro-aktiven, vorbeugenden und eingreifenden Sicherheitspolitik herangezogen werden. Das veränderte Sicherheitsbedürfnis orientiert sich an langfristig angelegten Programmen, die sich nicht nur in der Stärkung von *Governance*-Strukturen und der Aufforderung einer erhöhten Kooperation der internationalen Akteure und Institutionen niederschlagen. Vielmehr zielt Risikovorsorge auf eine permanente Veränderung bzw. Abschwächung der diagnostizierten Risikofaktoren ab und legitimiert dabei eine präventive Interventionspolitik, die unter den neuen Maßstäben von Sicherheit geradezu notwendig erscheint (vgl. ebd.: 256; vgl. Daase 2010a: 15f.). Versicherheitlichungsprozesse sollten also vermehrt aus der Perspektive einer vorbeugenden Risikopolitik verstanden werden.

Die Erweiterung des Sicherheitsverständnisses auf die Reduzierung internationaler Risiken erfordert eine Politik, die aktiver und offensiver ist als eine Politik, die auf Sicherheitsbedrohungen antwortet und eine, die über die Reduzierung eigener Verwundbarkeit hinausgeht und die Ursachen der Gefahr angreift (Daase 2010a: 15).

Der historische Einbezug der Sicherheitstheorie lässt die Schnittstellen von Sicherheit und Entwicklung bereits erahnen. Mit der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffes und dem Aufkommen eines neuen Sicherheitsparadigmas, kommen diese immer deutlicher zum Vorschein. Mit dem Ende des Kalten Krieges verändern sich nicht nur Ansätze in der Sicherheitstheorie- und Politik, auch im entwicklungspolitischen Bereich wird auf die jüngsten Herausforderungen reagiert. Vor diesem Hintergrund soll ein kurzer Rückblick auf Entwicklung und Sicherheit in Theorie und Praxis vorgenommen werden, um darauf aufbauend die vielseitigen Wechselwirkungen der beiden Politikbereiche verständlich zu machen.

2.4. Historischer Rückblick auf Sicherheit und Entwicklung

Entwicklung braucht Sicherheit – Sicherheit braucht Entwicklung

Sicherheit und Entwicklung sind auf eine sehr naheliegende Art und Weise miteinander verknüpft: ohne ein Mindestmaß an Sicherheit kann Entwicklung nicht stattfinden; Entwicklung selbst ist ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung und zum Erhalt von (menschlicher) Sicherheit in einem umfassenden Sinn (Six 2007a: 2).

Innerhalb der entwicklungspolitischen Debatte beziehen sich diese beiden Begriffe also scheinbar logisch, wenn nicht sogar notwendigerweise aufeinander. Zielsetzungen im Kontext von Entwicklung brauchen ein gewisses Maß an Sicherheit/Stabilität um entsprechende Fortschritte zu erzielen. Staatliche Souveränität und nationale Grenzen nehmen eine zentrale Rolle im Sicherheitsdiskurs ein und wirken sich unmittelbar auf die zwischenstaatlichen Beziehungen aus (vgl. Dettke 2004: 9). Da weltpolitische Umbrüche einen sehr großen Einfluss auf bereits etablierte Konzepte und Strategien innerhalb verschiedener Politikbereiche ausüben, sieht sich die internationale Gemeinschaft seit der Auflösung der Bipolarität mit zahlreichen alten sowie neuen friedens- und sicherheitspolitischen Problemstellungen konfrontiert. Die Debatte um Sicherheitskonzepte erlebte ab den 1990er Jahren eine Hochkonjunktur und ging mit einer zunehmenden Versicherheitlichung diverser politischer Inhalte einher, was auch in der europäischen Diskussion zu einer Veränderung der entwicklungspolitischen Aufgabenstellungen geführt hat (vgl. Khittel/Pospisil 2006: 27).

Der zentrale Fokus dieser Arbeit liegt auf dem Bereich der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit, welche sich während der post-kolonialen Periode des Kalten Krieges als eigenständiges Politikfeld etabliert hat. Im Zuge der Transformationsprozesse

werden historische Brüche und Kontinuitäten in der Ausrichtung sowie dem ideologischen Gehalt von Entwicklungspolitik sichtbar (vgl. Menzel 2005: 43). Fungierte die Entwicklungszusammenarbeit schon während der bipolaren Phase als Instrument im Sinne übergeordneter sicherheitspolitischer Erwägungen, so hätte spätestens mit dem Wegfall der Bipolarität eine Möglichkeit bestanden, „[...] Entwicklungszusammenarbeit um ihrer selbst Willen [...]“ (ebd.: 44) zu betreiben. Die 1990iger Jahre zeigten aber genau das Gegenteil und die Entwicklungszusammenarbeit wurde und wird nun neuerlich für sicherheitspolitische und hegemoniale Interessen instrumentalisiert.

Gleichzeitig erfuhr auch der Begriff der Sicherheit, wie bereits erwähnt, eine neue Dimension und unterlag im Kontext neuer Unsicherheitsthemen einer Erweiterung um vielzählige Faktoren, die sich als wesentlich für die gegenwärtige Ausgestaltung der Entwicklungspolitik charakterisieren lassen. Die zunehmende Verschränkung von Sicherheit und Entwicklung veränderte den Charakter der beiden Politikbereiche, wobei insbesondere der Entwicklungspolitik ein Scheitern aufgrund der Komplexität ihres Gegenstandes unterstellt wird und wodurch die Suche nach neuen Begründungszusammenhängen als naheliegend erscheint (vgl. Boeckh 1993: 125; vgl. Seitz 2005: 128). Ganz gleich wo das Hauptaugenmerk der Kritik hinsichtlich der vielen Widersprüchlichkeiten und Ungleichgewichte innerhalb der letzten 60 Jahre internationaler Entwicklungszusammenarbeit liegt, eines scheint klar zu sein: Entwicklung war immer schon ein interventionistisches Projekt, welches von klaren Grundannahmen geprägt und mit unterschiedlichen Interessen verbunden war: „[...] je nachdem ob eher der Süden oder eher der Norden, [...] ob eher die Eliten bzw. Staatsklassen oder die Armen des Südens die Nutznießer [...]“ (Menzel 1993: 131) von Entwicklung sein sollten, differenzierten sich die jeweiligen Strategien innerhalb der letzten Jahrzehnte.

Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden ein vertiefender Blick auf die Veränderungen im Diskurs um Sicherheit und Entwicklung vorgenommen. Konkret sollen damit jene Prozesse aufgezeigt werden, welche die zunehmende Fusion der beiden Bereiche, sowie die neue Qualität der Diskussion um sicherheits- und entwicklungspolitische Konzepte, sichtbar machen.

2.4.1. Entwicklungspolitik im Kontext des Kalten Krieges

Die Entwicklungstheorien entstanden in den 1950er Jahren mit der Absicht, eine Transformation der als rückständig betrachteten postkolonialen Staaten vorzubereiten, um diese in Folge in die Weltwirtschaft zu integrieren. Gemeinhin wird die *Truman-Doktrin* aus dem Jahr 1947 als Anfang der Entwicklungshilfe im klassischen Sinn verstanden, auf deren Grundlage sich die Entwicklungspolitik während der postkolonialen Phase des Kalten Krieges als ein eigenständiges Politikfeld zu etablieren begann. Die ersten beiden Entwicklungsdekaden der 1950er und 1960er Jahre verfolgten modernisierungs- sowie dependenztheoretische Ansätze und lassen sich unter dem von Ulrich Menzel treffend zusammengefassten Motto „Wachstum zuerst, Umverteilung und Demokratisierung später“ gut zusammenfassen (vgl. Menzel 1993: 133; 137). Innerhalb dieser beiden großen Strömungen gab es viele sozioökonomische Ansätze zur nachholenden Entwicklung, welche von kapitalistisch-liberal, marxistisch, konservativ bis hin zu Reform- und Globalisierungsansätzen reichen. Gemein ist ihnen jedoch die Vorstellung, dass sich der Weg der Entwicklung für alle Völker dieser Erde universell gleich gestalten würde. Aus historischer Perspektive ist es demnach wesentlich zu sehen, dass nicht das Ziel von Entwicklung (die Beseitigung der Armut) im Zentrum des Diskurses stand, sondern primär die Frage nach dem Entwicklungsweg von Theorie und Praxis gleichermaßen diskutiert wurde (vgl. Pospisil 2009: 95).

Wesentlich von ihrem Entstehungskontext geprägt wurde die Entwicklungspolitik seitens unterschiedlicher Akteure und in unterschiedlicher Weise schon immer sicherheitspolitischen Aspekten untergeordnet (vgl. Khittel/Pospisil 2006: 27). Eine Überlagerung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Interessen findet sich bereits während der Zeit des Ost-West-Konflikts, innerhalb welchem die Entwicklungszusammenarbeit als eine Art geopolitische Strategie fungierte und stark von den jeweiligen ideologischen Prämissen, politischen Ereignissen und Strömungen gelenkt wurde. Schon damals spielten übergeordnete sicherheitspolitische Erwägungen eine zentrale Rolle, die je nach Systemzugehörigkeit unterschiedliche Zielsetzungen verfolgten und die Entwicklungszusammenarbeit für ihre jeweiligen Zwecke funktionalisierten (vgl. Menzel 2005: 43). Die damit verbundene Sicherheitspolitik basierte auf dem *Containment*-Modell und konzentrierte sich neben der territorialen Grenzsicherung auch auf die Verteidigung und Aneignung strategisch

wichtiger Räume. Diese dem Modell zugrundeliegende „Politik der Eindämmung“ muss als ein sicherheitspolitischer Aspekt der damaligen Ideologie- und Systemkonkurrenz beider Großmächte verstanden werden, deren sicherheits- und verteidigungspolitische Konzeptionen vorrangig auf eine Schwächung der feindlichen Expansionspolitik ausgerichtet waren (vgl. Dettke 2004: 16f.). Die USA setzte dabei im Sinne des sogenannten *Marschall-Plan*¹⁴ auf einen Wiederaufbau der geschwächten westeuropäischen Länder, um dort dem sowjetischen Einfluss entgegenzuwirken. Darüber hinaus war damit auch die politische Absicht einer strategischen Wirtschaftshilfe für die Länder des Südens verbunden, welche sich als Gegenleistung im Kampf gegen den Kommunismus beteiligen und auf die Seite des kapitalistischen Westens schlagen sollten. Gleichzeitig verfolgte auch die Sowjetunion eine Propagierung ihres antiimperialistischen Modells, was sich als eine effektive entwicklungspolitische Strategie innerhalb der Systemkonkurrenz einsetzen ließ und insbesondere bei den führenden Akteuren der vielen nationalen Befreiungsbewegungen Zuspruch fand (vgl. Menzel 2005: 43; vgl. Waldmann 2004: 102; vgl. Dettke 2004: 16f.).

Der Marschall-Plan kann als das erste entwicklungspolitische Programm der USA verstanden werden, innerhalb welchem eine konkrete Verbindung zum sicherheitspolitischen Bereich hergestellt wurde. Obwohl diese explizite Annäherung von europäischer Seite erst viel später umgesetzt wird, kann ohne Zweifel davon ausgegangen werden, dass vor allem die ehemaligen Kolonialmächte Entwicklungspolitik ebenso als eine räumlich-politische Strategie einsetzten: Damit war die Verfolgung ihrer ökonomischen Interessen verbunden, sowie sie darüber hinaus als ein sicherheitspolitisches Instrument zur räumlichen Segregation der zivilisierten und unzivilisierten Gebiete fungierte (vgl. Khittel/Pospisil 2006: 27; vgl. Six 2007a: 5). Der europäische Kolonialismus sowie die auf der Systemebene behaftete Strategie des globalen *Containment*, haben maßgeblich zu den strukturellen Ungleichheiten weltweit beigetragen. Viele Entwicklungsländer befinden sich auch heute hinsichtlich ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schwäche in einem Dilemma, was nicht zuletzt Staatszerfall, Korruption und soziale Konflikte heraufbefördert und wo nur wenig

¹⁴ Entwicklungspolitik- bzw. Zusammenarbeit unterlag den geostrategischen Interessen der konkurrierenden Weltmächte (*Containment*). Sie wurden von beiden Seiten funktionalisiert, um Macht- und Einflussphären auszudehnen. Insbesondere aber von den USA im Rahmen des *Marshall Plans*, um der Ausbreitung des Kommunismus entgegenzuwirken (vgl. Menzel 2005).

Spielraum für eine nachholende Entwicklung bleibt (vgl. Englert/Grau/Komlosy 2006: 25).

„Entwicklungspolitik war immer eine politische Angelegenheit im doppelten Sinne“ (Menzel 2005: 43). Strategische und politische Eigeninteressen, welche die Vergabe von Hilfe instrumentalisieren, stellen eine historische Kontinuität im entwicklungspolitischen Diskurs dar und lassen auch die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu keiner neuartigen Erscheinung werden. Die historische Dimension der Außenpolitik reicher Industriestaaten zeigt, dass sich die Motive der Geber weniger auf ethisch-moralische Beweggründe zurückfahren lassen, als vielmehr die Intensivierung militärischer und wirtschaftlicher Beziehungen im Vordergrund ihrer Aktivitäten stehen (vgl.: ebd.). In diesem Kontext sind auch die Einmischungen des Nordens in die politischen und wirtschaftlichen Belange des Südens bzw. des Ostens kein neues Phänomen, neu ist allerdings ihre humanitäre Begründung, die im direkten Zusammenhang mit der Ausdehnung der sicherheits- und entwicklungspolitischen Dimensionen gesehen werden muss. Das Resultat dieser Veränderungen ist eine Versicherheitlichung der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit, welche sich nicht nur aus der Diagnose umfassender Sicherheitsbedrohungen für die Gesellschaften des Südens ergibt, sondern vom Norden zunehmend als Infragestellung der eigenen inneren und äußeren Sicherheit interpretiert wird (vgl. Six 2007a: 6).

2.4.2. Sicherheit und Entwicklung: Kausale Zusammenhänge

Um die Veränderungen in den Ansätzen der Entwicklungspolitik- und Theorie sowie das Wechselverhältnis zwischen Sicherheit und Entwicklung in einen greifbaren historischen Zusammenhang zu setzen, müssen die unterschiedlichen weltpolitischen Phasen, unter welchen sich derartige Veränderungsprozesse vollzogen haben bzw. vollziehen, reflektiert werden. Die Ära der Bipolarität ist dabei von besonderer Bedeutung, da sie die Entwicklungszusammenarbeit schon frühzeitig in den Überschneidungsbereich von Sicherheits- und Entwicklungspolitik transportiert. Grund dafür waren nicht nur die ideologischen Spannungen und Rivalitäten der beiden Großmächte, sondern auch die Ausdehnung und Sicherung von Einflussphären (vgl. Six 2007a: 5). In diesem Zusammenhang stellte sich die Inklusion des Südens in den Kampf um die ideologische Vorherrschaft zwischen Ost und West für viele Länder als

ein Segen und Fluch zugleich heraus: Einerseits bestärkte die Konfrontation den politischen Einfluss der peripheren Regionen hinlänglich ihrer Emanzipationsbestrebungen; diese werden aber andererseits im Zuge der neoliberalen Wende schon bald von den neuen weltwirtschaftlichen Interdependenzen und politischen Interventionen des Nordens untergraben (vgl. Brock 2009: 48).

Die veränderten Machtkonstellationen in den internationalen Beziehungen haben die Entwicklungspolitik im hohen Maße geprägt und in Folge ihre Ziele und Strukturen verändert. Das Ende des Kalten Krieges und das Aufkommen neuer Bedrohungsbilder war eine grundlegende Voraussetzung dafür, dass neue Bereiche und verstärkt politische Aspekte in das Spektrum der Entwicklungspolitik integriert wurden (vgl. Pospisil 2009: 102). Die schrittweise Anbindung der Entwicklungshilfe an die politischen Forderungen der Geberländer, steht im engen Zusammenhang mit dem nach der Bipolarität entstandenen Machtvakuum, aufgrund welchem sich die früheren Großmächte nicht mehr länger dazu verpflichtet sahen, auf die Forderungen der Entwicklungsländer Rücksicht zu nehmen. Dies implizierte, dass die peripheren Regionen nunmehr keine sicherheitspolitische Unterstützung erhielten und darüber hinaus die Vergabe politischer Renten an die staatlichen Eliten des Südens eingestellt wurden. Das Ende des geopolitischen *Containment* destabilisierte den weit verbreiteten Klientelismus, was zu einem Ausbruch struktureller Gewalt seitens der herrschenden Gruppen und zu einem vermehrten Aufkommen militärischer Interventionen in diesen Regionen geführt hat¹⁵ (vgl. Brock 2009: 54).

Die frühen 1990er Jahre bringen eine qualitative Veränderung im Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Entwicklung mit sich. Die Geberseite reagiert auf die globalen Auswirkungen der steigenden innerstaatlichen Konflikte, indem sie neue Anforderungen und Zielsetzungen an die entwicklungspolitische Zusammenarbeit stellt. Entwicklung und Sicherheit unterliegen nach dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr der eng begrenzten Logik bipolarer Rivalität, sondern werden mit dem Aufkommen neuer Sicherheitsrisiken in einen neuen Begründungszusammenhang

¹⁵ Die Instabilität der öffentlichen, politischen und wirtschaftlichen Sektoren dieser Regionen hat sich mit dem Ende der Blockkonfrontation vielfach zugespitzt. Insbesondere zeigen sich heute im Sub-Sahara-Afrika sowie in den östlichen Regionen die Auswirkungen unvollendeter Staatsbildungsprozesse, was vielfach mit dem Wegfall des geopolitischen Einflusses und der sicherheitspolitischen Unterstützung seitens der Großmächte in Zusammenhang gebracht wird. Auch in Teilen Europas kam es zu heftigen und gewaltsamen Auseinandersetzungen (Balkankriege).

gestellt. Die klassische Vorstellung des zwischenstaatlichen Krieges als der einzig ernstzunehmenden Gefahr, lässt sich mit der einsetzenden Dynamik neuer Bedrohungsphänomene nicht mehr vereinbaren (vgl. Werthes 2011: 279). Die Konzeptionierung dieser Gefahren findet in Folge nicht mehr in ihrem genuin sicherheitspolitischen Kontext statt, sondern wird zunehmend aus der Perspektive der Konfliktforschung thematisiert. Damit verschiebt sich der analytische Fokus auf die Bekämpfung von Ursachen, den Auswirkungen und dem Umgang, sowie der Bewältigung möglicher Risiken. Unsicherheit an den Peripherien wird zum zentralen Thema und damit einhergehend verändern sich auch die rhetorischen Muster der sicherheits- und entwicklungspolitischen Akteure (vgl. Pospisil 2007: 23). Insbesondere die Entwicklungspolitik kann sich aufgrund ihrer historischen Erfahrungen und Ereignisse der Problematik bewaffneter Konflikte nicht mehr entziehen, weshalb sie für die Entwicklung eines stabilen Friedens mitverantwortlich gemacht (vgl. Pospisil 2009: 111f.) und um die Aufgabenfelder der Konfliktprävention und der Friedensentwicklung bereichert wird¹⁶. „Mit dem Ansatzpunkt, dass Entwicklung nicht nur Voraussetzung für Frieden sei, sondern unter den Bedingungen eines bewaffneten Konflikts gar nicht stattfinden könne, wurde begonnen, in unmittelbaren sicherheitspolitischen Kernbereichen tätig zu werden“ (Khittel/Pospisil 2006: 29).

Die bislang ausgeführten Veränderungsprozesse im Zusammenhang von Entwicklung und Sicherheit sollten einen Eindruck dessen vermitteln, unter welchen ideologischen Strömungen und machtpolitischen Konstellationen die Entwicklungs- und Sicherheitstheorien entstanden sind und sich gleichermaßen weiterentwickelt haben. Mit dem Ende der Bipolarität ergeben sich neue Formen der sicherheitspolitischen Ansprüche und Interessen, was den Wechsel theoretischer Konzepte und Begriffe erklärt und in einer neuen Wahrnehmung der vermeintlichen Bedrohungslagen mündet. Dabei nimmt die Konstruktion von Wirklichkeit und ihre unterschiedliche Interpretation stets eine zentrale Rolle ein, was insbesondere der Begriffswandel von Sicherheit aber auch das sich wandelnde Verständnis von Entwicklung deutlich macht. Ohne einen Rückbezug auf die politischen, ökonomischen und sozialen Entwicklungen sowie deren manifeste Herrschaftsverhältnisse, kann der „Aufstieg und Fall“ von

¹⁶ Die blutigen Erfahrungen aus Ruanda im Jahr 1994 werden zu einem „Schlüsselerlebnis“ in der Entwicklungszusammenarbeit und heben die Bedeutung der Konfliktprävention hervor. Für Europa sind es die grausamen Kriege am Balkan, insbesondere der Bosnien Krieg in den frühen 1990er Jahren, welche die Entwicklungspolitik an sicherheitspolitische Sektoren anbinden (vgl. Pospisil 2009).

Theorien nicht verstanden werden. Theorie und Praxis stehen in einem ständigen Wechselverhältnis zueinander (vgl. Jäger/Novy 2007: 160). Der historische Rückblick verdeutlicht zudem das jene Gruppen, die Definitionsmacht inne haben dazu im Stande sind, ihre hegemonialen Absichten durchzusetzen und zu verteidigen. Im Kontext des Sicherheitsdiskurses ist die Diskussion um die Bedeutung des Sicherheitsbegriffes von hoher politischer Relevanz: „Wer die Deutungshoheit über den Begriff ‚Sicherheit‘ erlangt, bestimmt, welche Themen Priorität erhalten und welche Strategien als angemessen angesehen werden“ (Daase 2010b: 1). In diesem Sinne bestätigt sich auch die These, dass der Nexus von Sicherheit und Entwicklung kein neues Phänomen darstellt, weder auf internationaler noch auf EU-Ebene. Strategische Eigeninteressen haben die Vergabe von Entwicklungshilfe über die wechselnden Dekaden stets begleitet und ihren Ausdruck in Strukturanpassungsprogrammen oder anderweitigen, stark politisierten Entwicklungsstrategien- und Konzepten gefunden. Allerdings zeigen sich auf institutioneller Ebene, und dies insbesondere aufgrund der Terroranschläge von New York 2001 und Madrid 2004, qualitative Veränderungen im entwicklungspolitischen Diskurs. Durch die Integration sicherheitspolitischer Aufgabenfelder in das Spektrum der Entwicklungszusammenarbeit, verschiebt sich der entwicklungspolitische Fokus zunehmend auf die Sicherheitsinteressen des Nordens. „Die Versicherheitlichung von Entwicklungsfragen und der Entwicklungspolitik, also die politische Durchsetzung eines stark erweiterten Sicherheitsbegriffes, ist nur eine, entwicklungspolitisch aber höchst relevante Konsequenz dieser Vorgänge“ (Six 2007: 6). Die Entwicklungszusammenarbeit sieht sich einem veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen (Sicherheits-)Umfeld gegenüber und daher werden von politischer Seite zunehmend die Risiken für die südliche und nördliche Sicherheit miteinander verknüpft. Dies passiert insbesondere aufgrund der Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse, welche für den Norden ernstzunehmende Sicherheitsrisiken mit sich bringen und daher Sicherheit zu einem politischen Interessensgebiet werden lassen (vgl. Seitz 2005: 128; vgl. Six 2007: 6). Als Kontext für diesen Paradigmenwechsel in der Gebergemeinschaft kann der Nexus von Sicherheit und Entwicklung herangezogen werden, welcher mit Beginn der 1990er Jahre eine qualitative Veränderung erfahren hat.

3. NEXUS VON SICHERHEIT UND ENTWICKLUNG

Die wesentlichen Veränderungsprozesse im Kontext sicherheits- und entwicklungspolitischer Paradigmenwechsel haben sich, wie dargelegt, entlang entscheidender weltpolitischer Umbrüche und globaler Neukonstellationen vollzogen. Der Diskurs um Sicherheit und Entwicklung hat sich mit den neuen globalen Konstellationen und Interdependenzen verändert. Grund dafür ist die neue Wahrnehmung bzw. Konzeptionierung der Gefahr an den unsicheren Peripherien (vgl. Pospisil 2007: 23), welche zu einem stärkeren internationalen Engagement in von Krisen betroffenen Staaten (*fragile states*) geführt hat¹⁷. Damit einhergehend verändert sich auch das Verhalten der Akteure, ihre Prinzipien und Strategien. Unsicherheit bzw. Armut und Konflikt in einer Weltregion werden zunehmend als Ursache für die Instabilität in anderen Teilen der Welt interpretiert. Gleichmaßen verändern sich auch die Analyseraster, sowie der politische Diskurs mit neuen entwicklungspolitischen Leitbildern aufgeladen wird. Die veränderten normativen Bezugsrahmen sind maßgeblich dafür, dass der Nexus von Sicherheit und Entwicklung zu einer zunehmenden Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik führt. Diese hat sich folglich an Sicherheitsinteressen der Geberstaaten auszurichten und verändert die entwicklungspolitische Praxis. Welche konkreten Interdependenzen und politischen Effekte damit verbunden sind, ist Gegenstand des vorliegenden Abschnitts.

3.1. Der Nachhaltigkeitskontext und die neuen entwicklungspolitischen Leitbilder

Mit dem Wegfall der Bipolarität und der schwindenden Gefahr eines nuklearen Krieges verschiebt sich der sicherheitspolitischer Fokus auf jene Unsicherheitsthemen, welche die Stabilität des neu etablierten weltwirtschaftlichen Systems gefährden. Der neoliberale Diskurs der 1980er Jahre löste die Entwicklungspolitik zwar aus den

¹⁷ Im internationalen entwicklungspolitischen Bereich kommt es zu einer vermehrten Diskussion über die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit in Konflikt- bzw. Krisensituationen. Die damit einhergehenden Maßnahmen implizieren eine inhaltliche Neuausrichtung der Zielsetzungen von Entwicklungspolitik. Die Europäische Kommission und der Entwicklungshilfesausschuss der OECD (Development Assistance Committee/DAC) führen in den 1990er Jahren den Begriff der „strukturellen Stabilität“ ein, wodurch eine dauerhafte Überwindung instabiler gesellschaftspolitischer sowie staatlicher Strukturen angestrebt wird. Ausführliche Informationen unter: OECD/DAC (1997): DAC Guidelines on Conflict, Peace and Development Co-Operation, Paris.

Zwängen einer ideologisch bestimmten Systemkonkurrenz heraus, lässt aber gleichzeitig kein spezifisches Entwicklungsziel mehr erkennen: Von den Entwicklungsländern werden fortan ökonomische Anpassungsleistungen für eine erfolgreiche Weltmarktintegration gefordert und die Vergabe von Entwicklungshilfe wird nach und nach an die Bedingungen stabiler staatlicher und demokratischer Strukturen gebunden (vgl. Fischer/Hödl/Parnreiter 2007: 39). „Vor diesem Hintergrund sind im Feld der Entwicklungstheorie vor allem Konzepte anzutreffen, die eine soziale und politische Reformorientierung mit den dominanten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu vereinbaren suchen“ (ebd.: 39f.). Das neoliberale Wirtschaftsmodell erzeugt im Zuge der Globalisierungsprozesse neue Bedrohungsbilder, deren sicherheitspolitische Begründung sich vorwiegend an den als rückständig definierten politischen und sozioökonomischen Strukturen der peripheren Regionen vollzieht. In der Konzeptionierung dieser Gefahren nimmt die Qualität von Staatlichkeit bzw. guter Regierungsführung einen zentralen Aspekt ein, was mit einer Institutionalisierung sicherheitsorientierter Konzepte für die praktische Entwicklungszusammenarbeit einhergeht.

Good Governance und *sustainable development* avancieren mit Beginn der 1990er Jahre zu den neuen internationalen entwicklungspolitischen Leitbildern und sollen jenen Gefahren entgegen wirken, die nun aufgrund der ökologischen Konsequenzen jahrelanger Ressourcenausbeutung und autoritärer Herrschaftsregime, in den peripheren Regionen immer sichtbarer werden. Die neue Terminologie orientiert sich an den „[...] sicherheitspolitischen Herausforderungen im entwicklungspolitischen Bereich [...] [und signalisiert] einen Bruch mit den bisherigen Herangehensweisen“ (Khittel/Pospisil 2006: 28). Entwicklung muss sich fortan zukunftsorientiert gestalten und präventive Strategien für mögliche Risiken bereitstellen. Dies verdeutlicht insbesondere das Konzept der Nachhaltigkeit, welches verstärkt an entwicklungspolitischer Relevanz gewinnt und eine qualitative Veränderung der bisherigen Zielbestimmung von Entwicklung signalisiert. Der Begriff¹⁸ kommt zunächst aus dem Umweltbereich und meint einen nachhaltigen Umgang mit natürlichen Ressourcen zu deren Reproduzierbarkeit, wodurch etwaige sozioökonomische Entwicklungshemmnisse nun ihren Ursprung in endogenen Faktoren finden (vgl.

¹⁸ Nachhaltigkeit suggeriert eine Gerechtigkeitsagenda für zukünftige Generationen und weist den peripheren Regionen neue Verantwortlichkeiten zu. Entwicklung gestaltet sich nicht mehr zielspezifisch sondern problemorientiert und ist daher für die zunehmende Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik bezeichnend (vgl. Pospisil 2009).

Pospisil 2009: 96). Im Sinne langfristiger Entwicklungsperspektiven wird nachhaltige Entwicklung zum normativen Schlüsselbegriff der internationalen Gebergemeinschaft. Diese setzt sich folglich in der Implementierung ihrer Programme und hinsichtlich der Vergabe von Entwicklungshilfe verstärkt mit Fragen der ökologischen Sicherheit auseinander. Den wichtigsten Impuls für die Integration umweltbedingter Entwicklungshindernisse stellt der Brundtland-Bericht¹⁹ von 1987 dar. Die Brundtland-Kommission definiert „nachhaltige Entwicklung“ als einen:

[...] Veränderungsprozeß, in dessen Verlauf die Nutzung der Ressourcen, die Art der Investitionen, die Richtung der technologischen Entwicklung und der institutionelle Wandel aufeinander abgestimmt sind und das gegenwärtige und zukünftige Potenzial für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und Bestrebungen erhöhen (Brundtland zit. nach Vogler 1998: 299).

Die Nachhaltigkeitsdebatte verändert die zwischenstaatlichen Beziehungen der Industrie- und Entwicklungsländer, da der Diskurs um ein *sustainable development* in ein globales Umweltproblem eingebettet wird und sowohl den Norden als auch den Süden gleichermaßen betrifft. Die aus der ökologischen Zerstörung abgeleiteten Risiken beziehen sich vorwiegend auf die peripheren Regionen und beschreiben im Kontext der entstandenen Ressourcenengpässe eine Zunahme von Verteilungskonflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen. Aus diesem Grund sind „[...] umfangreiche nationale sowie internationale Bemühungen notwendig [...], um die wirtschaftlichen Aktivitäten und die Umweltzerstörung zu regeln“ (Vogler 1998: 299). Die Wahrscheinlichkeit, dass umweltbedingte Krisen zu einem erhöhten Konfliktpotential führen ist sehr hoch und stellt die Sicherheitspolitik vor Handlungsanforderungen, welchen sie nur „[...] zu einem geringen Teil mit den klassischen militärischen Instrumenten [...]“ (Waldmann 2004: 119) begegnen kann. Als ein politischer Effekt der Nachhaltigkeitsdebatte kommt es zur Verbindung entwicklungs- und umweltpolitischer Konzepte, welche im Sinne kooperativer Strategien die globale Versorgungssicherheit gewährleisten und darüber hinaus den Ursachen von Konflikten gerecht werden sollen (vgl. ebd.). Das Thema Nachhaltigkeit führt zur Versicherheitlichung des ökologischen Sektors und wirkt sich unmittelbar auf andere Politikfelder aus: Das neue Sicherheitsparadigma orientiert sich an dem Konzept der *comprehensive security* (umfassende oder vernetzte Sicherheit) und erweitert den Sicherheitsbegriff um ökologische, ökonomische und soziale Sektoren. Damit verschiebt sich auch der Fokus des Referenzobjekts von Sicherheit, dehnt sich

¹⁹ Ausführliche Informationen: Brundtland, Gro Harlem (1987): World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Vereinte Nationen.

vom Staat auf das Individuum aus und wirkt in den Überschneidungsbereich von Sicherheit und Entwicklung hinein.

3.1.1. *Human Security*

Das Konzept der *Human Security* der UNDP (1994) verdeutlicht diesen Prozess und führt zu einem endgültigen Perspektivenwechsel der Entwicklungspolitik. Menschliche Sicherheit wird unmittelbar mit der Abwesenheit von Bedrohung und Armut in Bezug gesetzt und von daher werden Maßnahmen als notwendig erachtet, die sich nicht nur anhand ziviler Instrumente umsetzen lassen. Die Stabilisierung staatlicher Strukturen rückt ins unmittelbare Zentrum entwicklungspolitischer Zielsetzungen, da insbesondere die ungleichen Verteilungsverhältnisse staatlicher Ökonomien einen nicht unwesentlichen Impuls für Konfliktsituationen darstellen (vgl. Brock 2009: 48f; 53). Wesentliche Belange der menschlichen Sicherheit wie der Schutz vor Krankheit und Hunger sowie die Durchsetzung der Menschenrechte, sollen zu zentralen Bedingungen der Entwicklungszusammenarbeit werden. Der Fokus verschiebt sich vom Staat auf das einzelne Individuum und reflektiert die Ursachen und die Neuartigkeit der Gefahren entlang eines multidimensionalen Bedrohungsspektrums (vgl. Debiel/Werthes 2013: 320ff.).

An das Nachhaltigkeitskonzept angelehnt ist *Human Security* ein sehr weit gefasster Begriff und meint neben der Befriedigung sozioökonomischer Grundbedürfnisse (*freedom from want*), auch den Schutz einer unmittelbaren Bedrohung der physischen und psychischen Integrität (*freedom from fear*) (vgl. Debiel/Werthes 2005: 9). Indem es die Ursachen von Bedrohungen in den Blick nimmt, werden auf der konzeptionellen Ebene präventive Sicherheitskonzepte mit entwicklungspolitischen Maßnahmen verbunden und entlang zivil-militärischer Kooperationen operationalisiert. Der Perspektivenwechsel in der Ursachenanalyse fordert das traditionelle Souveränitätsverständnis heraus und dient der Legitimation externer Interventionen, vor dem Hintergrund fragiler Staatlichkeit (vgl. Debiel/Werthes 2013: 322f.). *Human Security* orientiert sich an dem erweiterten Sicherheitsbegriff und erfordert eine breite, flexible Sicherheitsagenda: „Eine breite Agenda von Bedrohungen mit direkten und indirekten, offensichtlichen und weniger offensichtlichen transnationalen Auswirkungen wurde nun auch vor dem Hintergrund entwicklungspolitischer Herausforderungen sicherheitspolitisch thematisiert“ (ebd.: 321).

Aufgrund seiner politischen Wirkungsmächtigkeit wird *Human Security* zum normativen Bezugsrahmen entwicklungspolitischer Zielsetzungen und von den großen Geberinstitutionen als politisches Leitmotiv übernommen. Nach Debiel und Werthes ist diese Entwicklung mit zwei Faktoren verbunden: Einerseits reflektiert das Konzept die vielfältigen Veränderungen, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges an den Schnittstellen von Sicherheit und Entwicklung hervor getan und zu einer verstärkten Verbindung der beiden Politikfelder geführt haben. Andererseits ist die Mehrdeutigkeit des Konzepts seine politische Stärke, insbesondere vor dem Hintergrund zivil-militärischer Interventionen. Die Vieldimensionalität möglicher Risiken ermöglicht es, mit dem Konzept an unterschiedliche politische Diskurssetzungen anzuknüpfen, sie dahingehend zu beeinflussen und die Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen zu instrumentalisieren. Die Instrumentalisierung menschlicher Sicherheit führte zur Versicherheitlichung entwicklungspolitischer Inhalte, welche sich nicht nur in einschlägigen Dokumenten widerspiegelt, sondern auch eine Zweckentfremdung bzw. Umleitung der Entwicklungshilfe für sicherheitspolitische Sektoren mit sich bringt (vgl. ebd.: 325; 329). Auf diese Umstrukturierungen wird im weiteren Verlauf der vorliegenden Arbeit noch detaillierter eingegangen.

In der entwicklungspolitischen Praxis bedeuten diese Veränderungen zunächst eine Verschiebung der klassischen Aufgabenfelder in Richtung Sicherheitspolitik, wodurch sich wiederum die sicherheitspolitischen Aufgaben der Entwicklungspolitik annähern (vgl. Six 2007: 6f): „Die sicherheitspolitische Legitimation der Entwicklungspolitik und die humanitäre Legitimation der Sicherheitspolitik gehen Hand in Hand [...]“ (Seitz 2005: 132) und vergrößern die Schnittmengen beider Bereiche.

3.1.2. *Good Governance* und *fragile states*

Der *Governance*-Begriff bindet die Entwicklungszusammenarbeit endgültig an die Bedingungen und Vorgaben der Geber und führt zu einer Sicherheitskonditionierung der Entwicklungshilfe (vgl. Pospisil 2009: 101f.). Gute Regierungsführung, funktionsfähige Institutionen und stabile demokratische Strukturen, werden als Voraussetzung für Entwicklungserfolge gesehen. Mit dem Aufkommen einer globalen Weltwirtschaft erlangt die Funktionsfähigkeit von Staaten eine besondere Bedeutung, wodurch Staatsversagen und Staatszerfall in den sogenannten schwachen Staaten (*weak or failed states*) zur Ursache umfassender Sicherheitsdefizite erhoben werden.

Das darf aber nicht über die damit verbundenen Eigeninteressen des Nordens hinwegtäuschen, welcher vor allem wirtschaftliche Interessen an einer stabilen Sicherheitslage hat, um Handelsbeziehungen und Investitionen kontinuierlich auszubauen (vgl. Six 2007: 6). „Die Folge ist eine neue Ausrichtung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Gebern und den Entwicklungsländern“ (ebd.), was mit einer Anbindung entwicklungspolitischer Instrumente an sicherheitspolitische Konzepte einhergeht. Die Internationalisierung der Entwicklungspolitik spiegelt sich mittlerweile in zahlreichen offiziellen Stellungnahmen und Dokumenten führender Geberinstitutionen wieder. Duffield bezeichnet diese Entwicklungen als Konditionen der Partnerschaft: „That is, they have to meet defined standards of behaviour and normative expectations“ (Duffield 2001: 7), um eine Kooperation und entsprechende Unterstützung erwarten zu können. Die verbindlichen Vorgaben zur Zusammenarbeit orientieren sich aber zumeist an den internationalen Standards neoliberaler Wirtschaftspolitik und stellen für die meisten Entwicklungsländer nur schwer erfüllbare Kriterien dar. Die Inklusion des Südens ist also von der Bereitschaft ihrer nördlichen Partner abhängig und muss jedenfalls entlang der neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen reflektiert werden: Primär geht es nämlich nicht mehr um die Bekämpfung der Unterentwicklung als solche, sondern um den vorbeugenden Umgang mit ihren Ursachen und den damit zusammenhängenden Gefahren und Risiken für die westlichen Nationen (vgl. ebd.: 8; 16).

In jedem Fall wird anhand dieser Prozesse deutlich, dass das Thema Sicherheit die traditionellen Ansatzpunkte von Entwicklungszusammenarbeit im konkreten und Entwicklungspolitik im Allgemeinen gehörig verändert hat. In Schlagworten gefasst könnte gesagt werden, dass nach „Modernisierung“, dem entscheidenden entwicklungspolitischen Begriff bis Mitte der 1980er, und „Nachhaltigkeit“, der das Feld spätestens seit dem Brundtland-Report 1987 dominierte, nun „Sicherheit“ zum führenden Motto aufzusteigen scheint (Khittel/Pospisil 2006: 33).

Nachhaltigkeit wird in der historischen Perspektive zur Vorbedingung von Sicherheit und führt zu einer Neuausrichtung entwicklungspolitischer Konzepte (vgl. Pospisil 2007: 18). Die erfolgreiche Integration des Nachhaltigkeitskonzeptes in den Sicherheitsdiskurs konstituiert sich anhand der Ursachen neuer Bedrohungsformen und kann insofern als ein politischer Effekt des erweiterten Sicherheitsbegriffes verstanden werden. Die dargelegten Veränderungsprozesse im Kontext von Sicherheits- und Entwicklungspolitik brachten neue Schlüsselbegriffe und Leitbilder hervor, aufgrund welcher sich Akteursprinzipien- und Strategien verändert haben. Die Etablierung neuer Konzepte spiegelt die veränderten Bedrohungswahrnehmungen und

Sicherheitsbedürfnisse der Geberstaaten wieder und bindet die Vergabe von Entwicklungshilfe an neue Konditionen. Die verschiedenen Ansätze führen zu einer Neupositionierung der Entwicklungspolitik im Bereich des Sicherheitsparadigmas (vgl.: Maihold 2005: 30). Wenn es also im Folgenden um eine Verortung des Nexus von Sicherheit und Entwicklung auf internationaler sowie auf europäischer Ebene geht, müssen die zentralen (entwicklungs-)politischen Leitkonzepte, sowie die ihnen zugrundeliegenden Annahmen und Strategien, herausgearbeitet werden. Der Fokus verschärft sich dabei auf jene Unsicherheitsfaktoren, anhand welcher sich die gegenwärtigen entwicklungs- und sicherheitspolitischen Instrumente konstituieren und in Folge neue Interventionsparadigmen hervorbringen.

3.2. Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen

3.2.1. Neue Konfliktkonstellationen: Der Staatenkrieg als Auslaufmodell

Die klassische sicherheitspolitische Konstellation „Staat gegen Staat“ hat sich mit dem Ende des Kalten Krieges weitgehend aufgelöst. Das dualistische Weltbild während der Blockkonfrontation überlagerte regionale Probleme, indem es zu „[...] einer Disziplinierung der Konfliktparteien und somit zur Stabilisierung des Weltsystems führte“ (Hirschmann 2004: 77f.). Mit dem Zusammenbruch der Systemkonkurrenz wird diese Disziplinierungsmacht durch eine Multipolarität abgelöst und hebt den Nationalstaat aus seiner führenden Rolle. Der sicherheitspolitische Fokus erweitert sich im Kontext der neuen Bedrohungen, Machtkonstellationen und Interdependenzen, auf der horizontalen Ebene staatlicher Sicherheitspolitik und bringt eine Vielzahl nicht-staatlicher Akteure sowie gesellschaftliche und ethnische Gruppen in die Diskussion um neue Sicherheitskonzepte mit ein. Diese Entwicklungen werfen erstens einen neuen Blick auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und eröffnen zweitens Raum für die Akzentuierung neuer Konfliktkonstellationen (vgl. ebd.). Der Umbruch des internationalen Systems bringt ein neues Sicherheitsparadigma und damit auch ein neues Sicherheitsbedürfnis hervor. Solche Veränderungsprozesse sind nach großen weltpolitischen Ereignissen bezeichnend und können nur anhand ihrer historischen Rekonstruktion, eine Erklärung für gegenwärtige Ideologien und Leitbilder vermitteln. Wie Clemens Six folgerichtig konstatiert, sind damit auch immer bestimmte *trade-offs* verbunden, da der Wandel von Sicherheitsvorstellungen sich auf alle staatlichen und

gesellschaftlichen Sektoren eines Systems auswirkt: „Einem Mehr an öffentlicher Sicherheit vor Terrorismus oder anderen Formen politisch motivierter Gewalt steht ein Weniger an sozialer und wirtschaftlicher Sicherheit gegenüber“ (Six 2007b: 5). Das veränderte Sicherheitsparadigma nach dem Kalten Krieg und die aufkommende Idee einer umfassenden vernetzten Sicherheit (*comprehensive security*) zeigt, wie sich (Sicherheits-)Diskurse im Zuge veränderter Wahrnehmungen und politischer Neupositionierungen verändern und neue Leitbilder an Einfluss gewinnen. In diesem Sinne ist es notwendig, nicht nur nach den Vorstellungen und Interpretationen von Sicherheit zu fragen, sondern auch nach den als real wahrgenommenen Verunsicherungen, Gefahren und Risiken, die gegenwärtig entsprechende Aufmerksamkeit bekommen und auf welche die Sicherheitsdiskurse reagieren (vgl. ebd.).

Die Unübersichtlichkeit über die als neu wahrgenommenen Bedrohungen und Risiken hat im öffentlichen Diskurs zu einer Konjunktur von Sicherheits- bzw. Unsicherheitsthemen geführt. Der Sicherheitsbegriff unterliegt mehr denn je einer immensen politischen Aufmerksamkeit und birgt darüber hinaus Uneinigkeit hinsichtlich der Fragen, wessen Sicherheit es zu schützen gilt, von wem die besagten Risikofaktoren ausgehen und wie mit diesen präventiv umgegangen werden soll (vgl. ebd.: 5; 8). Die jüngsten Terroranschläge in Europa und den USA, sowie die vielfältigen Konsequenzen aufgrund der zunehmenden Globalisierungs- und Transnationalisierungsprozesse, haben das traditionell eng fokussierte Sicherheitsverständnis aufgeweicht und in Politik und Wissenschaft zu einer grundlegenden, qualitativen Veränderung der Analyseraster geführt. Schwache Staatlichkeit, zerfallende Staaten und schlechte Regierungsführung stellen heute aus nördlicher Wahrnehmung eine Bedrohung für die nationale sowie die globale Sicherheit und die Stabilität des weltwirtschaftlichen Systems dar. So unterschiedlich deren Ursachen und Erscheinungsformen auch sein mögen, so unbestritten ist die Annahme, dass die daraus resultierenden Risiken nicht nur für den Süden, sondern für das gesamte internationale System schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen. In der Auseinandersetzung mit den Ursachen schwacher Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung erscheint vor allem der Süden als eine Konfliktzone, dessen Instabilität mit sicherheitspolitischen Maßnahmen begegnet werden muss. Grund dafür sind die zunehmenden innerstaatlichen Auseinandersetzungen nach dem Ende der Bipolarität, die sich vorwiegend, und dies insbesondere aufgrund der ungleichen

Verteilung und dem Zugang zu Ressourcen, auf der südlichen bzw. östlichen Hemisphäre abspielen. Diese Entwicklungen sprechen auch gegen die Erwartungen einer Friedensdividende²⁰ nach dem Ost-West-Konflikt und sind bezeichnend für die weltweite Zunahme von Ungleichheit innerhalb und zwischen den Gesellschaften. Die Vieldimensionalität dieser innerstaatlichen- bzw. innergesellschaftlichen Konflikte führt zu neuen Krisenkonstellationen und diese überfordern die staatlichen Strukturen der Länder, da sie an diese nicht angepasst sind (vgl. Hirschmann 2004: 80f., vgl. Six 2007b: 10).

3.2.2. Die These von den Neuen Kriegen

Das Kriegsbild hat sich verändert und mit ihm hat ein tief greifender Formwandel gewaltsamer Konflikte stattgefunden. Im wissenschaftlichen Spektrum der Internationalen Beziehungen begründet sich dieser Formwandel anhand der neuen Gestalt organisierter Kriminalität, welche „[...] sich wahlweise in Begriffen wie „Kriege der dritten Art“ (Holsti), „Privatkriege“ (Hobsbawm), „post-nationalstaatliche Konflikte“ (Duffield), „postnationale Kriege“ (Beck) oder etwa „neo-hobbessche Kriege“ (Trotha) niederschlägt“ (Wagner 2008: 9). Eine einheitliche Bezeichnung dieser vermeintlich neuen Phänomene entwirft Mary Kaldor Ende der 1990er Jahre mit ihrer These von den „Neuen Kriegen“; wobei das Attribut neu auf eine Abgrenzung zu den klassischen Konfliktformen zwischenstaatlicher Kriege hinweisen soll. Das wesentlich neue an den Neuen Kriegen sind ihre Protagonisten und ihre asymmetrische Struktur: Der Staat als Monopolist des Krieges hat abgedankt und ist durch nichtstaatliche und „[...] privatwirtschaftlich organisierte Kriegsunternehmer ersetzt worden“ (ebd.: 10). Neben der Privatisierung des Krieges und dem damit einhergehenden Finanzierungswandel, haben sich nach Münkler auch die Motive und Ursachen gewaltsamer Konflikte verändert. Die Neuen Kriege charakterisieren sich durch eine „[...] schwer durchschaubare Gemengelage aus persönlichen Machtstreben, ideologischen Überzeugungen, ethnisch-kulturellen Gegensätzen, sowie Habgier und Korruption [...]“ (Münkler 2007: 16). Diese explosive Mischung unterschiedlicher Ursachen und Akteure führt zu der bereits angesprochenen Unübersichtlichkeit über die Bedrohungen und

²⁰ Über die Senkung der Rüstungsausgaben sollte eine Umkehr der Ressourcen für rein entwicklungspolitische Zwecke erreicht werden. Der Trend verlief aber gegenteilig und der durchschnittliche Anteil der offiziellen Entwicklungshilfe (ODA) erlangte in den frühen 1990er Jahren einen historischen Tiefstand (vgl. Gärnter 2006:5; vgl. Seit 2005: 129).

stellt die sicherheitspolitischen Akteure vor neue Herausforderungen, insbesondere was die Herstellung eines stabilen Friedens anbelangt. Auffallend sei zudem die geographische Verteilung der Neuen Kriege, die nämlich hauptsächlich dort stattfinden, wo keine stabile Staatsbildung nach dem Ende der großen Reiche stattgefunden hat und wo heute Klientelismus, Schattenwirtschaft und korrupte Eliten die ohnehin schon desolaten Zustände meist noch verschärfen²¹. Es mag etwas kontrovers erscheinen, dass gerade der Westen unter diesen Umständen keine tragfähigen Zukunftsperspektiven für die betroffenen Gesellschaften prognostiziert. So ambitioniert die internationale Staatengemeinschaft ihre außenpolitischen Ziele im Diskurs um Frieden, Sicherheit und Stabilität auch positioniert, die unzähligen gescheiterten Staatsbildungsprozesse an den südlichen, östlichen und nördlichen Peripherien bezeugen deren Scheitern (vgl. ebd. 16f., 135).

Es handelt sich also um „reine Staatszerfallskriege“ deren Auswirkungen eine Bedrohung für die Nachbarländer sowie die internationale Gemeinschaft per se darstellen. Indem sich die Strukturen dieser gewaltsamen Konflikte in international agierende kriminelle Netzwerke eingefügt haben, kann deren Verbreitung nur schwer entgegengehalten werden. In einer dynamisch wachsenden und globalisierten Weltgemeinschaft kann das Auseinanderbrechen staatlicher Strukturen fatale Folgen für die weltpolitische und weltwirtschaftliche Ordnung haben (vgl. ebd.: 226f.). Neben den globalen Sicherheitsrisiken stellen innerstaatliche Konflikte aber auch eine immense Gefährdung der betroffenen Gemeinschaften dar: Indem sie eine zunehmende Präkarisierung der lebensweltlichen Grundlagen verursachen, sind sie umgekehrt auch die Quelle verschiedener sozialer Konflikte. Die politische Instabilität ökologischer, ökonomischer und sozialer Sektoren, birgt ein großes Konfliktpotenzial in sich und setzt verschiedene Dynamiken frei, die sich unter anderem in Phänomenen des internationalen Terrorismus, Pandemien, organisierten Verbrechen, Flüchtlings- und Migrationsströmen sowie in der Diskussion um den globalen Klimawandel widerspiegeln. Diese Phänomene sind durchaus nicht neu, bekommen jedoch aufgrund der veränderten politischen Rhetorik und Perzeption eine völlig andere Gewichtung (vgl. Werthes 2011: 279f.). Schwache bzw. fragile Staatlichkeit, die Verletzung der Menschenrechte sowie die neuen Formen transnationaler und globaler Bedrohungen und Risiken konstruieren einen „Alarmismus“, der die westlichen Staaten

²¹ Detaillierte Informationen finden sich u.a. bei: Münkler, Herfried (2007): Die Neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

geradezu dazu auffordert, von außen zu intervenieren: „Denn aus den Grundannahmen der Neuen Kriege wird ein moralisch-sicherheitspolitischer Imperativ abgeleitet, möglichst viele Mittel auf die Stabilisierung und die gleichzeitige Umstrukturierung der Gesellschaftssysteme (Nation Building bzw. State Building) gescheiterter Staaten zu konzentrieren“ (Wagner 2008: 9). Indem sich der Westen als großzügig erweist und die dritte Welt aus ihren selbstverschuldeten Konflikten zu befreien versucht, ergibt sich für ihn die Möglichkeit, staatliche Souveränität hinsichtlich der Verletzung der Rechte des Individuums einzuschränken. Natürlich wird dabei vehement zum Ausdruck gebracht, dass hier weder Macht noch geopolitische Eigeninteressen eine tragende Rolle spielen; vielmehr geht es um die Durchsetzung normativer Regelungen und die schrittweise Etablierung demokratischer Strukturen und Stabilität. Der „moralisch-sicherheitspolitische Imperativ“ legitimiert den neuen westlichen Interventionismus, der heute mehr denn je in der Lage ist, auch überall dort einzugreifen, wo er eine Gefährdung der eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen und Einflussphären sieht (vgl. 10ff.).

3.3. Internationalisierung: Entwicklungspolitik als Sicherheitspolitik?

Mit dem Beginn der neuen internationalen Ordnung wird die Komplexität der Globalisierungsprozesse, durch das Zusammenwachsen und die gleichzeitige Entgrenzung ökonomischer und politischer Zusammenhänge, sichtbar. Die Komplexität des weltwirtschaftlichen Systems macht es immer schwieriger, kausale Zusammenhänge und normative Prinzipien zu erkennen, zu etablieren und dementsprechend zu handeln. Diese Veränderungsprozesse implizieren häufig Strukturreformen, aufgrund der vermehrten Präsenz globaler Unsicherheitsthemen im öffentlichen Diskurs. Eine Konsequenz dieser Veränderungen geht häufig mit dem Abbau politischer und wirtschaftlicher Einflussnahme bzw. Eingriffsmöglichkeiten für die betroffenen Staaten einher. Die Transformation des Nationalstaates, welche aufgrund subjektiver Sicherheitswahrnehmungen der internationalen politischen Akteure immer offensichtlicher wird, wirkt sich unmittelbar auf die betroffene Bevölkerung aus und schwächt oder verändert die bisherige Ordnung (vgl. Six 2007b: 11). Der Sicherheitsdiskurs vollzieht sich also nicht nur auf der Makroebene der Internationalen Beziehungen, sondern zeigt aufgrund der Verflochtenheit staatlicher und politischer Sektoren, auch auf der regionalen und lokalen Ebene seine Wirkung. Das wachsende Bedürfnis der Staaten, ihre außenpolitischen Instrumente im neuen

Sicherheitskontext gezielter zu koordinieren und aufeinander abzustimmen, sieht sich einer Vielzahl verschiedener Akteure, sowie deren Interessens- und Einflusssphären gegenüber und macht eine Konsensfindung schwer möglich (vgl. Hirschmann 2004: 78). In diesem Zusammenhang sieht Hirschmann die Handlungsfähigkeit des Staates zunehmend in Frage gestellt:

Politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen stellen nationalstaatliche Handlungsfähigkeit in Frage; es entstehen neue Akteure neben den Nationalstaaten sowie grenzüberschreitende Ströme und Abhängigkeiten, die das Prinzip nationalstaatlicher Souveränität unterlaufen (ebd.).

Damit einher geht die Präkarisierung sozialer Verhältnisse, die wiederum auf die Tendenz zur De-Nationalisierung der Staatsapparate sowie der Internationalisierung von *Policy*-Regimen zurückzuführen ist. Diese Prozesse sind im außereuropäischen Raum viel stärker ausgeprägt und stellen nur eine, politisch und gesellschaftlich gesehen aber höchst gravierende Folge der neuen Sicherheitsdiskurse dar (vgl. Heigl 2009: 53). Ausländische Akteure und Institutionen nehmen auf supranationaler Ebene massiven Einfluss auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik der betroffenen Länder – wie dies beispielsweise die Strukturanpassungsprogramme der Weltbank, internationale Finanzinvestitionen oder die zunehmende Konditionierung in den Partnerschaftsabkommen der großen Geberinstitutionen belegen²². Innerhalb des staatlich-umkämpften Terrains manifestieren sich verschiedene Diskurse, welche die staatliche Souveränität und die politische Struktur hin zu einer Transformation im Rahmen von internationalen *Governance*-Strukturen verändern bzw. regulieren wollen.

²² Seit den jüngsten Terroranschlägen in den USA und Europa wird die Vergabe von Entwicklungshilfe vermehrt von der Bereitschaft der Empfängerländer abhängig gemacht, in Sicherheitsfragen- bzw. Interessen zu kooperieren (Sicherheitskonditionalität). In der EU macht sich dieser Trend insbesondere anhand ihrer Außenpolitik zu den AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) bemerkbar. Vor dem Hintergrund strategischer Sicherheitsinteressen der EU, droht sie im Falle unzureichender Kooperationsbereitschaft mit der Aussetzung der Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Robinson 2005: 29; vgl. Wagner 2008: 25f.).

<i>Tab. 1: Ebenen der Internationalisierung</i>		
<i>Ebene</i>	<i>Ausprägung</i>	<i>Organisationen</i>
<i>Politische Internationalisierung</i>	Kooperation u. Integration zwischen Nationalstaaten	VN, EU, NATO, OSZE, OECD, Europarat etc.
<i>Wirtschaftliche Internationalisierung</i>	Globalisierung, interregionaler Handel von Waren und Dienstleistungen, internationale Finanzmärkte	<i>zwischen Staaten:</i> WTO, IWF, Weltbank <i>privatwirtschaftlich:</i> World Economic Forum
<i>Gesellschaftliche Internationalisierung</i>	Grenzüberschreitende Einflussgruppen zu gesellschaftlichen Sach- und Streitfragen	Amnesty Intern., Greenpeace, WWF, Hilfsorganisationen <i>negativ:</i> Al-Qaida, Organisierte Kriminalität

(Quelle: Hirschmann, Kai 2004: 78)

Die grafische Darstellung der unterschiedlichen Internationalisierungsebenen verdeutlicht anschaulich, wie sehr politische Strukturen und Akteure aufgrund der vielfältigen globalen Dynamiken heute miteinander verzweigt sind. Diese Prozesshaftigkeit hat nach Hirschmann zur „[...] Internationalisierung staatlicher Politik durch Kooperation und Integration, [...] [sowie zur] wirtschaftliche[n] Internationalisierung durch die Globalisierung“ (ebd.: 78) geführt, womit auch eine dritte, bislang wenig beachtete „gesellschaftliche Internationalisierung“ stattgefunden hat (vgl.: ebd.). Diesen Tendenzen liegt die Unübersichtlichkeit über die Gefahren und der Akteure zugrunde. Sicherheitsmaßnahmen, egal ob im wirtschaftlichen, politischen oder gesellschaftlichen Sektor sind heute für die Staaten wichtiger denn je, da sie sich einer Vielzahl möglicher Risiken gegenüber sehen. Die Ursachenanalyse hat sich auf das Phänomen fragiler Staatlichkeit verschoben und dieses erfordert im westlichen Sicherheitsbedürfnis primäre Aufmerksamkeit und Gegenmaßnahmen. Aufgrund der qualitativen Veränderung der neuen Diskurse um Sicherheit, Entwicklung und Stabilität, konzentrieren sich diese nicht mehr nur auf die kollektive öffentliche Sicherheit, sondern haben sich neben der horizontalen auch auf die vertikale Ebene staatlicher Sicherheitspolitik ausgedehnt. Zunehmend wird darüber debattiert, wie das Wohlbefinden und die Bedürfnisse des Individuums nach sozialer, wirtschaftlicher und physischer Absicherung gewährleistet werden können und welche Instrumente oder Strategien dafür eingesetzt bzw. entwickelt werden sollen (vgl. Six 2007b: 10). Die Hinwendung zur menschlichen Sicherheit reflektiert die staatliche Verantwortung gegenüber dem Schutz seines Territoriums und der Bevölkerung. Allerdings muss

festgehalten werden, dass sich Strategien immer auf der Grundlage bestimmter Interessen formulieren und in und durch Diskurse artikuliert werden. Aufgrund der Vielzahl verschiedener Akteure und Strategien, welche jeweils um ihre Interessen und Absichten konkurrieren, kommt es nicht nur zu inhaltlichen Qualitätsmängeln, sondern auch zu einer Überregulierung staatlicher Strukturen und damit zur Verringerung der Handlungsspielräume in Bezug auf die staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sektoren (vgl. Heigl 2009: 48f.). Die politische Herausforderung von Internationalisierungsmaßnahmen liegt darin, diese in kooperativen internationalen Politikansätzen umzusetzen, welche sich an der Schnittstelle von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik konstituieren (vgl. Bayer 2011: 151).

3.3.1. Schnittstellen und Wechselwirkungen von Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Der aktuelle Trend zur Internationalisierung bezieht sich wie dargestellt nicht nur auf die politische Ebene, sondern durchdringt aufgrund der wechselseitigen Interdependenzen auch alle anderen staatlichen Sektoren. Hier findet sich eine weitere Ursache für die Hochkonjunktur sicherheitsorientierter Konzepte und Strategien: Die Brisanz neuer Risiken, die vornehmlich mit den globalen Folgen politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Transformationen in Zusammenhang gebracht werden und damit auch das Verhältnis zwischen Nord und Süd maßgeblich beeinflussen (vgl. Six 2007b: 10). Die Geberstaaten reagieren auf diese neuen Herausforderungen, indem sie ihren eigenen Sicherheitsbelangen eine immer größer werdende Gewichtung in der Ausrichtung ihrer außenpolitischen Instrumente einräumen. Die Entwicklungspolitik nimmt hier insofern eine zentrale Rolle ein, als dass sie neben der Sicherheitspolitik die unmittelbaren partnerschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern regelt. „Damit treffen in der Entwicklungspolitik nördliche und südliche Sicherheitsperspektiven aufeinander und durchdringen einander zunehmend“ (ebd.: 11). Die undurchschaubare Gemengelage und die explosive Mischung von Ursachen und Akteuren verzerrt dabei oft den Blick auf das Wesentliche und in vielen Fällen stellt sich heraus, dass es nicht primär um Entwicklung und Sicherheit im Sinne der Interessen der peripheren Gesellschaften geht, sondern diese über nördliche Sicherheitsinteressen definiert werden. Ein wesentlicher Kontext dafür ist der umfassende Sicherheitsbegriff bzw. das umfassende Sicherheitsverständnis und die Neukonzeptionierung der Gefahr als Risiko. Im

Zentrum des Interesses stehen vorbeugende Präventionsstrategien, die über den Einsatz und die Koordination außenpolitischer Instrumente entwickelt werden und wodurch wie bereits erwähnt, die natürlichen und gesellschaftlichen Funktionszusammenhänge neue Analyseraster erzeugen (vgl. ebd.; vgl. Corry 2011: 256; vgl. Pospisil 2007: 27).

Die Thematik der fragilen Staatlichkeit erlangt aufgrund der weltweiten Zunahme innerstaatlicher Konflikte oberste Priorität auf den Sicherheitsagenden der westlichen Nationen. Die These der Neuen Kriege belegt diese Dynamik und geht davon aus, dass schwache staatliche Strukturen den Staat in seiner Hauptverantwortung zur Herstellung der inneren und äußeren Sicherheit einschränken und dieser daher auf Stabilitätsimport angewiesen ist (vgl. Möller 2013: 1f.; vgl. Wagner 2008: 19). Die Entwicklungspolitik wird in diesem Kontext zunehmend als ein Instrument zur Herstellung innerer Sicherheit konzipiert und auf ihren Beitrag als Präventionsstrategie reduziert: „Für einen an den Menschenrechten orientierten Entwicklungsbegriff ist dieser Zugang selbst dann, wenn damit tatsächlich innere Sicherheitsbelange im Süden und nicht nördliche Sicherheitsinteressen angesprochen werden, ungenügend“ (Six 2007b: 11f.).

In der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffes ergeben sich vor allem für die Geberstaaten neue Möglichkeiten, Entwicklungspolitik sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen: Das erweiterte Sicherheitsverständnis verbindet die Folgen struktureller Armut und Ungleichheit mit neuen Bedrohungsformen, welche unter dem Begriff der Neuen Kriege Einzug in den entwicklungspolitischen Diskurs gefunden haben und wodurch der Instrumentalisierung der Entwicklungspolitik weiterhin Vorschub geleistet wird. Die kausale Verlinkung von Sicherheit und Entwicklung hob die Relevanz des militärischen Sektors für die Entwicklungszusammenarbeit hervor und mündete in einer Institutionalisierung zivil-militärischer Maßnahmen, die den neuen Unsicherheitsthemen auf globaler Ebene gerecht werden sollen. Die Stabilisierung schwacher Staaten wird durch das Konzept einer umfassenden Sicherheit²³ zur Kernaufgabe der Entwicklungspolitik (vgl. Menzel 2005: 55f.).

²³ Das Konzept der umfassenden Sicherheit (*comprehensive security*) integriert wirtschaftliche, sicherheits- und entwicklungspolitische Komponenten in die Ursachenanalyse der neuen globalen Sicherheitsrisiken. Ausführliche Informationen: Boutros-Ghali, Boutros (1992): *An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping*, New York: United Nations.

Die Formel „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ verdeutlicht die schwindende Distanz zwischen Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Traditionell wurden diese beiden Politikfelder getrennt voneinander behandelt, da die Sicherheitspolitik vorwiegend mit militärischen Mitteln die Integrität des staatlichen Territoriums zu schützen versucht und sich somit hauptsächlich auf äußere Bedrohungen konzentriert. Die Entwicklungspolitik hingegen weist einen grundsätzlich zivilen Charakter auf und will durch globale Strukturpolitik und entwicklungsfördernde Konzepte, die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig verbessern. Mit der Globalisierung von Sicherheitsrisiken und der damit verbundenen Unübersichtlichkeit über die Bedrohungen, hat sich ihr Verhältnis zueinander verändert. Die komplexen Risikoszenarien haben zu einem Umdenken im sicherheitspolitischen Spektrum geführt und den Fokus von der Bekämpfung bzw. von der Abwehr der Gefahr in Richtung vorbeugendes Risikomanagement verschoben. An dieser Stelle wird ersichtlich, dass es der internationalen Politik weniger um die Integration der beiden Politikfelder, als vielmehr um ihre Schnittstellen geht (vgl. Runge 2005: o.a.). Konkret werden dafür entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitische Instrumente herangezogen und miteinander verknüpft, um den vermeintlichen Bedrohungen und Risiken wirksam zu begegnen. In der Reflexion dieser Entwicklungen erscheint Sicherheit nicht nur als eine Vorbedingung von Entwicklung, sondern als ihr strategisches Ziel. Die unvorhersehbaren diffusen Risiken können verschiedene Ausmaße annehmen und erfordern von daher den Einsatz flexibler präventionsorientierter Instrumente.

Die Sicherheitsrhetorik dient in diesen Fällen als Vorwand, um hegemoniale Interessen durchzusetzen und die Mittel für diesen Zweck zu legitimieren. Gerade jene Interessenslagen des Nordens, wie der Ressourcenzugang, die Sicherung geostrategischer Einflussphären oder wirtschaftliche Privilegien, die in der gegenwärtigen Neuordnung des internationalen Kräftespiels durch den Aufstieg neuer Regionalmächte wie China, Indien oder Brasilien wieder an Bedeutung gewinnen, spielen dabei eine herausragende Rolle und fungieren als Kontext der Sicherheitsdiskurse, der die dabei relevanten Motive mit definiert (Six 2007b: 12f.).

Globalisierung, das zunehmende Zusammenwachsen des Weltmarktes sowie die brisant anwachsende Mobilität von Kapital und Gesellschaft, verändern die Internationalen Beziehungen und bringen neue Macht- und Interessensansprüche hervor. Die asymmetrischen Konflikte und Risiken sind abstrakter und unvorhersehbarer geworden, ihre Auswirkungen oft nicht korrekt einschätzbar. Das bedeutet vielschichtige Veränderungen in den relevanten *Policy*-Bereichen, um den unterschiedlichen Intensitäten, welche von regionalen Konflikten, Staatszerfallsprozessen sowie Verteilungskämpfen ausgehen können, mit präventiven

Maßnahmen zu begegnen. Die neuen Gefahren erfordern nicht nur ein neues (Sicherheits-)Denken sondern auch die Bereitschaft, die komplexen Dynamiken in der Entwicklung neuer Lösungsansätze und Handlungsstrategien zu berücksichtigen (vgl. Schmidt 2011: o.a.).

3.3.2. Exkurs: Sicherheit im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen

„Security is not a given. [It is] essentially contested“

(Brock 2009: 49)

Auch im Kontext der Nord-Süd-Beziehungen führt die akademische Auseinandersetzung der 1980er Jahre zu einer vermehrten Kritik an den Ansätzen der klassischen Sicherheitsstudien, welche die Sicherheitspolitik von Staaten, im Sinne eines negativen Friedens (Abwesenheit von Krieg), zum zentralen Vehikel gesellschaftlicher sowie politischer Stabilisierungsmaßnahmen werden ließ. Die Diskussion wird gleichermaßen von Vertretern der kritischen Sicherheitsstudien als auch des entwicklungstheoretischen *Post-Development*-Ansatzes geführt und bezieht sich im Kontext des erweiterten Sicherheitsbegriffes, vornehmlich auf die globalen sowie innergesellschaftlichen Disparitäten der peripheren Regionen, die mitunter das größte Konfliktpotenzial hervorbringen. Im kritischen entwicklungspolitischen Diskurs geht es vor allem um eine Verbesserung der Entwicklungshilfe- und Zusammenarbeit, die sich in ihrer Ausrichtung an den Erfordernissen und Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Zielregionen konzentrieren soll, um dahingehend ihre Wirksamkeit²⁴ zu steigern (vgl. ebd.: 36). Beide Ansätze grenzen sich bewusst vom staatszentrierten Sicherheitsdenken des Kalten Krieges und den damit verbundenen klassischen strategischen Sicherheitsstudien ab, da sich diese maßgeblich mit verteidigungspolitischen Problemstellungen und somit mit Fragen militärischer Macht auseinandersetzen: Die weitläufigen Interdependenzen staatlicher Sektoren, sowie die zunehmende Komplexität der neuen globalen Konstellationen, werden nicht in ihre Analysen integriert (vgl. ebd.: 49f.).

²⁴ Im Zuge der *Paris Declaration on Aid Effectiveness* (März 2005) wurden fünf zentrale Leitprinzipien für eine wirksamere Entwicklungszusammenarbeit beschlossen: *Ownership, Alignment, Harmonisation, Managing for Development Results, Mutual Accountability*; Für eine detaillierte Ausführung zu den Zielsetzungen der Paris Declaration siehe u.a.: Faust, Jörg/ Neubert, Susanne (2010): *Wirksamere Entwicklungspolitik. Befunde, Reformen, Instrumente*. Baden-Baden: Nomos.

„In the course of the 1980s, this critical attitude towards security began to fade. Parts of civil society together with enlightened politicians (Olof Palme, Willy Brandt) began to indulge in modifying the meaning of security [...]“ (ebd.: 50).

Die wichtigsten Impulse zur einer Neuorientierung im sicherheitspolitischem Spektrum kommen zunächst von Akteuren aus dem zivilgesellschaftlichen Bereich (NGOs, Graswurzelbewegungen, etc.). In der Ausdehnung des Sicherheitsbegriffes wird eine Möglichkeit gesehen, die Entmilitarisierung staatlicher Konfliktlösungsstrategien voranzutreiben, um einen positiven Frieden (die Abwesenheit von struktureller Gewalt) für die betroffenen Gesellschaften zu erreichen (vgl.: ebd.). Aufgrund des neuen Sicherheitsparadigmas und einer zunehmend vernetzten Sicherheitsarchitektur, kann sich die sicherheitspolitische Inszenierung bestimmter Politikfelder relativ einfach gestalten: Indem gezielt entwicklungspolitische Inhalte in einen Sicherheitszusammenhang gebracht werden, soll ihnen eine verstärkte sicherheitspolitische Aufmerksamkeit zukommen, die sich wiederum (positiv) auf Strategieentwicklung und Programme auswirkt. Der politische Prozess der *securitization* bedient sich dabei der Bedeutungsverschiebung von Sicherheitsgefahren, die neben militärischen nun auch ökologische, ökonomische und humanitäre Aspekte unter den Sicherheitsbegriff subsumieren. Aufgrund der sektorenübergreifenden Effekte, wird die Verbindung von Sicherheit und Entwicklung auch bald von wichtigen staatlichen Institutionen und Entwicklungshilfeagenturen übernommen; der politische Effekt zeigt sich letztendlich in der Institutionalisierung sicherheitspolitischer Maßnahmen (vgl. ebd.: 50; 53).

The idea was to take over the notion of security or at least to challenge the monopoly of the traditional security establishment in defining the meaning of security. [...] By re-defining one's own aspirations in terms of security one can hope to increase the political weight of these aspirations (ebd.: 50).

Die Versicherheitlichung entwicklungspolitischer Inhalte geht also nicht nur von den nördlichen Akteuren aus, sondern zeigt sich auch für die Länder und Akteure des Südens als eine strategische Möglichkeit, ihren eigenen Interessen wieder mehr Gehör zu verschaffen und diese in einen neuen Bedeutungszusammenhang zu stellen. Dabei wird insbesondere in dem Konzept der Nachhaltigkeit eine notwendige Umkehr der entwicklungspolitischen Praxis im Süden gesehen. Dies insbesondere auf der Projektebene, indem zivilgesellschaftliche und ökologische Aspekte wieder in den Vordergrund der Diskussion gerückt werden (vgl. Ziai 2004: 163). Das Konzept der *Human Security* greift diese Aspekte auf und führt zu einem auf globale Faktoren

ausgerichteten, umfassenden Sicherheitsbegriff: der Schutz des Individuums erfährt besondere Aufmerksamkeit, womit nicht nur staatliche und wirtschaftliche Aspekte von Sicherheit in der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen sind. *Human Security* verbindet zentrale Belange „[...] der menschlichen Existenz wie der Schutz vor Hunger, Krankheit, Unterdrückung und die ganzheitliche Durchsetzung der Menschenrechte [...]“ (Six 2007a: 6) mit Ansätzen zu Konfliktlösungsstrategien. Im Kontext des staatlichen Souveränitätsprinzips stellt sich hier allerdings die Frage, inwiefern ein solches Konzept als legitime Basis für die humanitären Interventionen des Nordens herangezogen werden kann. Menschliche Sicherheit ist ein sehr weiter Ansatz, der aufgrund seiner unpräzisen Definition unterschiedlichste Sicherheitsrisiken und Ursachen inkludiert. Darauf soll nicht der Generalverdacht folgen, dass menschliche Sicherheit zu gewährleisten nur als Mittel zum Zweck für globale Hegemonie- und Sicherheitsinteressen eingesetzt wird, allerdings verschieben sich so die klassischen Aufgabenbereiche der Entwicklungspolitik hin zur Sicherheitspolitik und vice versa (vgl. ebd.: 6f.).

Fragilität und Fehlentwicklung als Sicherheitsproblem

Der Versicherheitlichung der Nord-Süd-Beziehungen liegen nach Lothar Brock drei zentrale Faktoren zugrunde, welche allesamt mit den Nachwirkungen des Kalten Krieges zusammenhängen und die Entwicklungspolitik um die Aufgabenfelder der Konfliktprävention sowie der Friedenentwicklung bereichern. Zunächst geht es um die Neubewertung der *Entwicklungszusammenarbeit als Konfliktlösungsstrategie*. Dies liegt insbesondere daran, dass die Entwicklungszusammenarbeit in Krisenregionen immer häufiger mit Gewalt konfrontiert und von Gewalt betroffen ist. Das Versagen der staatlichen Sicherheitsapparate hat zu einer grundlegenden Neubestimmung des Verhältnisses von Entwicklung und Frieden geführt. Friede wird zur Vorbedingung von Entwicklung und die Entwicklungszusammenarbeit verstärkt in Programme zur Konfliktprävention und Friedenskonsolidierung eingebunden (vgl. Brock 2009: 53). Damit einher geht der nächste Faktor einer *schwachen oder fehlenden Rechtsstaatlichkeit* in den Entwicklungsländern. Stabilitätsorientierte Programme dominieren den entwicklungspolitischen Diskurs, da sich die Auswirkungen struktureller Gewalt sowie deren Gegeninterventionen, unmittelbar auf die Zivilgesellschaft niederschlagen und darüber hinaus innerstaatliche Konflikte befördern. Das Phänomen der Neuen Kriege lässt den Aufbau und die Förderung von

Good Governance zu zentralen entwicklungspolitischen Aufgabenbereichen werden, begründet anhand der Tatsache, dass die Entwicklungszusammenarbeit aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen und ihrem länderspezifischen Wissen dazu in der Lage sei, entsprechende (vorbeugende) Maßnahmen zur Verhinderung von Konflikten zu implementieren (vgl. ebd.: 53f.). Dabei werden Armut sowie die ungleiche Verteilung von Macht und (lebensnotwendigen) Ressourcen als wesentliche Unsicherheitsfaktoren ausgemacht und als die häufigste Ursache für das Phänomen der Neuen Kriege herangezogen. In der Begegnung mit den vermeintlich neuen Sicherheitsrisiken schwacher Staaten, verortet der Norden letztendlich auch Phänomene des *transnationalen Terrorismus*, für welchen Armut, soziale Konflikte und Fragilität einen idealen Begründungszusammenhang bieten. Durch die Anbindung der Entwicklungszusammenarbeit an sicherheitspolitische Sektoren, sollen die Lebensbedingungen vor Ort gesichert und nachhaltig verändert werden, um organisierten transnationalen kriminellen Netzwerken, aber auch unkontrollierten Migrationsbewegungen präventiv entgegenzuarbeiten. Denn letztendlich sieht der Norden in den neu wahrgenommenen Bedrohungsbildern seine kommerziellen und strategischen Interessen gefährdet, was er aber aufgrund seiner politischen sowie ökonomischen Überlegenheit auszuklammern vermag.

Bilanz der Versicherheitlichung

So to what extent does the securitization of North – South relations empower the South in dealing with the North and with its own domestic obstacles to a better life for all? Does securitization offer a new language for addressing developmental issues [...]? (Brock 2009: 52).

Die dimensionale Erweiterung des Sicherheitsbegriffes vermochte eine Neuausrichtung der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von partizipativer Projektplanung zu bewirken, was wiederum zu neuen Leitbildern im entwicklungspolitischen Diskurs geführt und die Agenda um neue Schlagwörter wie *Empowerment* oder *Ownership* bereichert hat. Andererseits hob jedoch die kausale Verlinkung von Sicherheit und Entwicklung die Relevanz des militärischen Sektors für die Entwicklungszusammenarbeit hervor und mündete in einer Institutionalisierung zivil-militärischer Maßnahmen, die den neuen Sicherheitsrisiken gerecht werden sollen (Wagner 2008: 24). Konträr zur Versicherheitlichung nicht-militärischer Sektoren wuchs die Bedeutung von Militär und Verteidigung im entwicklungspolitischen Bereich: Das erweiterte Sicherheitsverständnis verbindet die Folgen struktureller Armut und

Ungleichheit mit neuen Bedrohungsformen, die zunehmend die globale Sicherheit in Frage stellen und daher den Einbezug militärischer Maßnahmen legitimieren. Zivile Konfliktbearbeitung und Entwicklungszusammenarbeit hören damit auf, als eigenständige und voneinander unabhängige Konzepte zu existieren (vgl. ebd.: 22).

Die Re-Orientierung im Sicherheitsdiskurs bindet die Entwicklungszusammenarbeit an neue, zumeist sicherheitspolitische Bedingungen und verändert die Analyseraster in der Ursachenforschung von Konflikten. Zunehmend greift die Debatte über Unsicherheitsthemen mögliche Ansätze zu deren Verhinderung auf und führt im Zuge der Versicherheitlichung zu einer politischen Aufwertung ziviler Anliegen. Die damit einhergehende Differenzierung der Referenzobjekte und der Perspektivenwandel von Sicherheit beinhalten vor allem für den Süden das größte Potenzial, eine inhaltliche Veränderung der entwicklungspolitischen Praxis zu erreichen; als ein positiver Effekt der (sektorenspezifischen) Versicherheitlichung, könnte dies ein Mehr an *Empowerment* für Regierungen und Zivilgesellschaft bedeuten. Allerdings kann die Verschiebung von der kollektiven nationalen Sicherheit hin zur menschlichen Sicherheit diesen Veränderungen insofern entgegenwirken, als aufgrund der Vagheit des Begriffes die konzeptionelle Tragfähigkeit dieses Ansatzes²⁵ vielfach in Frage gestellt wird. Auf der anderen Seite signalisieren die neuen analytischen Zugänge und die zunehmende Fokussierung auf die vielfältigen Ursachen von Konflikten/Risiken das dringende Bedürfnis, den „[...] gewandelten gesellschaftlichen Wertvorstellungen auch politischen Ausdruck zu verleihen“ (Daase 2010a: 11); ob damit eine qualitative Veränderung der Nord-Süd-Beziehungen einhergeht, bleibt letztendlich von der Bereitschaft der politischen Akteure abhängig (vgl. ebd.).

²⁵ Siehe auch: 3.1.1.

4. NEXUS: Europäische Sicherheitsdiskurse und Entwicklungspolitik

Der Nexus von Sicherheit und Entwicklung hat die politischen Schwerpunktsetzungen in den Außenbeziehungen der Geberstaaten nachhaltig verändert und nimmt eine wesentliche Rolle in der Ausgestaltung der Entwicklungspolitik ein. Die Formel „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ suggeriert zudem, dass Entwicklung nur im Rahmen von Sicherheit für die peripheren Regionen bzw. Gesellschaften stattfinden kann. Dahingehend haben sich Strategien, Leitbilder und Handlungsansätze zugunsten sicherheitsorientierter Interessen verändert und signalisieren eine Neuausrichtung des Wechselverhältnisses von Entwicklung und Sicherheit. Damit einher geht die grundsätzliche Frage, wessen Sicherheit wie erreicht und wovor geschützt werden muss. Wesentlicher Bezugspunkt ist dabei der sich wandelnde Sicherheitsdiskurs, innerhalb welchem sich Ansichten und Rhetorik zu den als neu wahrgenommenen Sicherheitsrisiken gleichermaßen verändert haben.

Indem das Wechselverhältnis von Sicherheit und Entwicklung in den vorhergehenden Abschnitten, anhand einschlägiger Verweise auf zentrale Neuausrichtungen in den Primärquellen wichtiger Geberinstitutionen und fachwissenschaftlicher Literatur eingehend behandelt wurde, soll die Debatte nun auf EU-Ebene beleuchtet werden. Als zunehmender *global-player* kommt ihr eine nicht unbedeutende Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit zu. Dabei ist sie maßgeblich an der Ausarbeitung und der Etablierung neuer entwicklungspolitischer Konzepte und Leitbilder beteiligt, sowie sie diese auch in ihren außenpolitischen Zielsetzungen formuliert. Konkret soll es im Folgenden darum gehen, wie die Union auf die jüngsten sicherheitspolitischen Herausforderungen reagiert, welche Leitbilder der zunehmenden Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik zugrunde liegen und wie sich diese Veränderungen und Neuansätze, vor dem Hintergrund eines neuen Sicherheitsparadigmas, beurteilen lassen. Anhand der analytischen Auseinandersetzung mit dem *Nexus von Sicherheit und Entwicklung in den Außenbeziehungen der Europäischen Union* soll aufgezeigt werden, dass bestimmte versicherheitslichte Inhalte eine sektorenübergreifende Wirkung erzielt und zu einer Neupositionierung der europäischen Entwicklungspolitik im sicherheitspolitischen Feld geführt haben (vgl. Maihold 2005: 30).

Was ein verändertes Sicherheitsverständnis letztendlich ausmacht, zeigt sich in der konzeptionellen Neuausrichtung außen- und sicherheitspolitischer Instrumente, sowie der damit verbundenen Handlungsfelder und Ideologien (vgl. Robinson 2005: 9). Vor diesem Hintergrund werden aus europäischer Perspektive²⁶ die zentralen Motive zur Umorientierung im sicherheitspolitischen Diskurs aufgezeigt und die Neudefinition des Verhältnisses von Sicherheit und Entwicklung anhand entsprechender Konzepte dargelegt. Damit wird die Absicht verfolgt, kritisch auf die Auswirkungen der zunehmenden Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik hinzuweisen, sowie die bereits angesprochene Neupositionierung im sicherheitspolitischen Spektrum zu bewerten.

Schließlich wird das sich gewandelte Sicherheitsverständnis auf das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit reflektiert und der entwicklungspolitische Paradigmenwechsel vor dem Hintergrund eines veränderten Sicherheitsbedürfnisses charakterisiert. Indem die EU die Reduzierung der Armut als ihr allumfassendes Entwicklungsziel definiert, liegt das Augenmerk dieses Abschnittes auch darauf, inwiefern dieses Ziel im Kontext der neuen Bedingungen von Sicherheit noch als prioritär ausgemacht werden kann.

4.1. Die Europäische Union im veränderten (Un-)Sicherheitskontext

Seit dem Millenniumswechsel und insbesondere aufgrund der jüngsten Terroranschläge von New York, Madrid und London, erlangte das Thema Sicherheit wieder oberste Priorität innerhalb der Außenbeziehungen der Europäischen Union. Die Aktualität des Themas Sicherheit und Entwicklung, sowie die zunehmende Fusion der beiden Bereiche erklärt die EU folgendermaßen:

Unsicherheit und gewaltsame Konflikte gehören zu den größten Hindernissen für die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele²⁷. Sicherheit und Entwicklung sind wichtige und einander ergänzende Aspekte der Beziehungen der EU zu Drittländern. In

²⁶ Die EU ist der entscheidende Kontext und das zentrale Untersuchungsfeld, innerhalb welchem sich die zunehmende Verschränkung von Entwicklung und Sicherheit in ihrer Außenpolitik ereignet (vgl. Six 2007b: 61). Die Hinterfragung ihrer eigenen Interessen und Ansprüche im Sicherheitsdiskurs um Entwicklung, stellt somit für das Anliegen der Arbeit einen wesentlichen Aspekt dar.

²⁷ Die *Millenium Development Goals* (MDGs) sind die zentralen internationalen Zielsetzungen der Entwicklungspolitik, basierend auf der im Jahr 2001 verabschiedeten Milleniumserklärung der Vereinten Nationen (Milleniumsgipfel der VN). Ausführliche Informationen: United Nations (2005): *In larger freedom: towards development, security and human rights for all: Report of the Secretary-General*.

ihrem jeweiligen Rahmen tragen sie dazu bei, ein sicheres Umfeld zu schaffen und den Teufelskreis von Armut, Krieg, Schädigung der Umwelt und versagenden Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik zu durchbrechen (Europäisches Parlament/Rat/Kommission 2006: 7, Punkt 37).

In der gemeinsamen Erklärung der Union „Der Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik“²⁸ wird ersichtlich, wie wichtig das Thema Sicherheit für die gesamteuropäische Entwicklungszusammenarbeit ist und das sich die Annäherung von Sicherheit und Entwicklung kontinuierlich fortschreibt. Der Konsens bildet die strategische Grundlage der europäischen Entwicklungspolitik, einschließlich aller EU-Organen sowie der Mitgliedsstaaten (vgl. Six 2007a: 13) und formuliert zukünftige Zielsetzungen im Rahmen einer „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ (vgl. Europäisches Parlament/Rat/Kommission 2006: 6). Nachdem sie sich in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld wiederfindet, präsentiert die EU mit dem „Konsens zur Entwicklungspolitik“ einige neue Grundsätze und Richtlinien, um die Wirksamkeit²⁹ der Entwicklungszusammenarbeit durch Harmonisierung der außenpolitischen Instrumente, zwischen den Mitgliedsstaaten und der Europäischen Kommission, zu verbessern. Als oberstes Ziel führt der Konsens nach wie vor die Reduzierung der Armut, im Sinne der Einhaltung der *Millenium Development Goals* an und verweist gleichzeitig auf die neuen Herausforderungen und Hindernisse bezüglich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit fragilen Staaten. „Fragile Staaten als zu lösendes Problem“ impliziert für die EU, dass Entwicklung als Beitrag zu den neuen globalen Herausforderungen einen wesentlichen Part einnimmt (vgl. ebd.: 2; 4). Konfliktprävention und die Bekämpfung von Fragilität werden hier erstmals zu den gemeinsamen zentralen Prinzipien europäischer Entwicklungspolitik erklärt, einhergehend mit dem Grundsatz der Schwerpunktverlagerung: Hier handelt es sich um die „[...] „*Aktionsbereiche der Gemeinschaft* [...] von denen einige als Bereiche mit komparativen Vorteilen³⁰ der Gemeinschaft betrachtet werden“ (ebd.: 11). Im Vergleich zur „Erklärung zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft“ aus dem Jahr 2000, finden sich unter den gemeinsamen Aktionsbereichen zwar Maßnahmen zur „Förderung des guten Regierens“ und der „Konfliktverhütung“, allerdings nehmen

²⁸ Europäisches Parlament/Rat/Kommission (2006): „Der Europäische Konsens“.

²⁹ Die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik wird anhand der erfolgten Maßnahmen zur Umsetzung der MDGs evaluiert.

³⁰ Im Sinne eines sektorenübergreifenden Ansatzes sieht die EU ihre komparativen Vorteile in den Bereichen wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Umwelt, Nahrungssicherheit, verantwortungsvolle Regierungsführung sowie in der Landwirtschaft und Infrastruktur.

präventive Strategien im Kontext fragiler Staaten keine zentrale Rolle ein³¹. Das Konsens-Dokument ist in dieser Hinsicht ein gutes Beispiel dafür, wie aufgrund neuer Unsicherheitsphänomene eine strategische Notwendigkeit zur engeren Verzahnung von Entwicklungs- und Sicherheitspolitik abgeleitet und in ein sicherheitspolitisches Gesamtpaket eingebunden wird. Insofern kann der Konsens als das Resultat einer entwicklungspolitischen Versicherheitlichung gesehen werden, welche im Widerspruch zur globalen Rhetorik der Europäischen Union steht und sich im Kontext fragiler Staatlichkeit auf den Mitteleinsatz (zivil-)militärischer Instrumente beruft (vgl. Wagner 2008: 22f.). Wenn sich die Entwicklungspolitik zukünftig mit dem Aufbau stabiler staatlicher Strukturen zu beschäftigen hat, dann unterliegt sie im Rahmen des Sicherheitsdiskurses einer Instrumentalisierung nördlicher Geberinteressen und verliert ihr eigentliches entwicklungspolitisches Ziel der Armutsreduzierung aus den Augen. Dabei kann insofern davon ausgegangen werden, dass die versicherheitlichte Rhetorik die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit auf Dauer verändern und die Entwicklungspolitik letztendlich zum außenpolitischen Instrument europäischer Interessen und Machtansprüche wird (vgl. Popovic 2007: 24). „The problem is that in, the name of stability and security, aid can rapidly end up being driven by the security interests of the donor rather than by the development interests of the recipient“ (RoA 2006: 272)³².

4.1.1. Diskurs: Europäische Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik

Um zu hinterfragen, was die Sicherheitsinteressen der Europäischen Union charakterisiert und anhand welcher Risikofaktoren sie sich begründen ist es notwendig, auch einen Blick auf die Rolle bzw. die Selbstpositionierung der EU als zunehmend globaler, sicherheitspolitischer Akteur zu werfen. Ein Schwerpunkt dieses Kapitels stellt also die Rolle der Union als Akteur auf der Bühne der Weltpolitik dar, sowie die Frage nach den politischen Leitbildern, welche gleichermaßen ihre Handlungsspielräume abstecken und Interventionsstrategien legitimieren (vgl. Rinke 2004: 245; 262). Dabei muss reflektiert werden, dass es „[...] nicht mehr nur um die Sicherheit in der EU, sondern vor allem um Sicherheit für, mit und durch die EU [geht]“ (ebd.: 246), welche

³¹ Erklärung des Rates und der Kommission vom 20. November 2000 zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft.

³² Reality of Aid Report, 2006.

sich von einem Kriegsbogen weltpolitischer Unruhezone umgeben sieht³³. Die politische und gesellschaftliche Instabilität ihrer unmittelbaren Nachbarländer sowie die auf globaler Ebene zunehmende Ressourcenknappheit, die damit einhergehende Umweltzerstörung und der mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum steigende Migrationsdruck in den peripheren Gebieten, sind aus sicherheitspolitischer Sicht relevante Risikofaktoren für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union (vgl. ebd.). Daraus folgt, dass Sicherheit in erster Linie als die eigene, europäische Sicherheit verstanden wird und die EU eine konsensorientierte Entwicklungspolitik als ein strategisches Mittel einsetzt, um entwicklungs- und sicherheitspolitische Paradigmen zu ihren Gunsten durchzusetzen (vgl. Six 2007b: 66).

Im Kontext einer forcierten außenpolitischen Kohärenz, welche durch eine intensive und koordinierte Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten gewährleistet werden soll, will die Europäische Union ihre Außen- und Sicherheitspolitik stärken, um ihre Rolle als ernstzunehmender Akteur im internationalen System unter Beweis zu stellen³⁴. Neben den aktuellen (Un-)Sicherheitsthemen (wie Terrorismus, fragile Staatlichkeit, Umwelt, Migration etc.) spielen auch hegemoniale Eigeninteressen eine wesentliche Rolle. Clemens Six definiert im Kontext der gegenwärtigen Sicherheitsdiskurse zwei miteinander verwobene Aspekte: Einerseits positioniert sich die Europäische Union als ein multilateraler Akteur welcher sich dazu verpflichtet sieht, die Vereinten Nationen im Kampf gegen Bedrohungen des Friedens und der Sicherheit tatkräftig zu unterstützen³⁵. Mit diesen Bestrebungen erhebt sie den Anspruch, sogenannte humanitäre Interventionen zum Schutz und der Bewahrung der Menschenrechte durchzuführen und diese Art der Intervention durch eine Neukonstitution der beiden Politikbereiche Sicherheit und Entwicklung zu legitimieren. Auf der anderen Seite geht es ihr wie bereits erwähnt um hegemoniale Anliegen, die sich insbesondere auf den Ausbau von Einflussphären und Machtendenzen in den Internationalen Beziehungen konzentrieren. In diesem Zusammenhang muss die dominante Stellung der USA

³³ Dieser Kriegsbogen konstituiert sich nach Rinke entlang der Balkan-Länder, dem Kaukasus, dem Nahen und Mittleren Osten sowie der nordafrikanischen Mittelmeergebiete. Aus europäischer Sicht stellen hier insbesondere die vielfältigen politischen, gesellschaftlichen, sozialen und religiösen Spannungen/Konflikte dieser Länder, aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe an die Außengrenzen der Union, eine ernstzunehmende Bedrohung dar (vgl. Rinke 2004: 246).

³⁴ Die Union tritt als selbstständiger Akteur in den Internationalen Beziehungen auf, hat aber keine vergemeinschaftete Außenpolitik; eine gemeinsame Zieldefinition und die Abstimmung strategischer Interessen sind mühsam und erschweren die Integration (vgl. Frank 2009: 24).

³⁵ Vgl. Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. S.: 11.

reflektiert werden, deren Außenpolitik sich im Gegensatz zur Europäischen Union durch einen konsequenten Unilateralismus auszeichnet und ihre Selbstwahrnehmung als eine globale Führungsmacht widerspiegelt. Der provokanten US-amerikanischen Methode des *pre-emption*, die im Kontext von möglichen Sicherheitsrisiken auf ein unmittelbares militärisches Eingreifen abzielt, stellt die Europäische Union multilaterale präventive Konzepte gegenüber³⁶. Diese sind aus ihrer Sicht besser dazu geeignet, den strukturellen Ursachen von Unsicherheit, Unterentwicklung und den damit verbunden Risikofaktoren vorbeugend entgegenzuwirken und darüber hinaus ihre eigenen Sicherheitsinteressen langfristig zu sichern (vgl. Six 2007a: 12). Um also ihre eigenen Spielregeln für den wirtschaftlichen Austausch und die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu etablieren, hat die Europäische Union bereits die notwendigen „[...] politisch-strategischen als auch institutionellen Voraussetzungen für eine Verschränkung von Sicherheits- und Kontrollansprüchen auf der einen Seite und entwicklungspolitischen Normativen auf der anderen geschaffen“ (ebd.: 2). Dahingehend wurde im Jahr 2003 die „Europäische Sicherheitsstrategie“ (ESS) verabschiedet und mit ihr eine qualitative Veränderung in der Kombination außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente. In diesem Kontext ist allerdings hervorzuheben, dass weder Konfliktprävention, Friedenssicherung oder die Stärkung schwacher Staaten völlig neue Bereiche in der europäischen Entwicklungspolitik darstellen. Neu ist allerdings, dass die fragilen, gescheiterten oder zerfallenen Staaten an den peripheren Regionen, und dies insbesondere nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001, mit dem Konsens 2005 ins direkte Zentrum der europäischen Sicherheitspolitik gerückt sind. Aufgrund der zunehmenden Fokussierung auf die Ursachen möglicher Risiken, werden diese zur zentralen globalen Bedrohung des 21. Jahrhunderts und damit als eine Gefährdung kollektiver europäischer Sicherheitsinteressen interpretiert³⁷ (vgl. Faust/Messner 2004: 2). Die Einbindung der Entwicklungspolitik in die Struktur der Internationalen Beziehungen bedeutet eine

³⁶ Die normative Außenpolitik der Union spiegelt das gewandelte Sicherheitsbedürfnis wieder und zielt darauf ab, eher die Ursachen als die Auswirkungen der neuen Bedrohungen anzugehen. Insofern orientiert sich die außenpolitische Agenda der Union entlang einer *Soft Power* und soll ihrer Rolle als „zivile Macht“ gerecht werden (in Abgrenzung zur US-amerikanischen *Hard Power* – siehe auch: 2.1.).

³⁷ Fragilität wird zu einem entwicklungspolitischen Schlüsselwort; im Jahr 2007 veröffentlicht die OECD Grundsätze für das internationale Engagement in fragilen Staaten und Situationen. Ausführliche Informationen: OECD-DAC (2007): Prinzipien für Internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen.

Erweiterung ihres Zuständigkeitsprofils und geht mit einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen einher.

4.2. Für ein sicheres Europa: Die Europäische Sicherheitsstrategie

Im Zeitalter der Globalisierung können ferne Bedrohungen ebenso ein Grund zur Besorgnis sein wie näher gelegene. Die erste Verteidigungslinie wird oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art. Konflikten und Bedrohungen kann nicht früh genug vorgebeugt werden.

(Europäische Union 2003: 6).

Im Dezember 2003 verabschiedete der Europäische Rat eine neue Sicherheitsdoktrin für Europa. Die Europäische Sicherheitsstrategie bildet die zentralen Richtlinien der Außen- und Sicherheitspolitik der Union und ist von daher für die Ausrichtung bzw. die Veränderungsprozesse innerhalb der Entwicklungspolitik von Bedeutung. Die Strategie reflektiert im Kontext der neuen globalen Bedrohungen und Risiken die Rolle der Entwicklungspolitik und kommt zu dem Entschluss: „Sicherheit ist eine Vorbedingung für Entwicklung. Konflikte zerstören nicht nur Infrastrukturen (einschließlich der sozialen), sondern fördern auch Kriminalität, schrecken Investoren ab und verhindern ein normales Wirtschaftsleben“ (ebd.: 2). Die Hervorhebung der Konfliktprävention, insbesondere in schwachen oder zerfallenden Staaten, impliziert somit eine enge Verzahnung der Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, da die neuen Sicherheitsrisiken mit rein militärischen Instrumenten nicht zu bewältigen sind und daher ein Mix aus zivilen und militärischen Maßnahmen angestrebt wird. Konkret werden für Europa fünf unmittelbare Bedrohungsszenarien konstruiert, die aufgrund der nationalstaatlichen Entgrenzungsprozesse und der Zunahme innerstaatlicher bzw. innergesellschaftlicher Konflikte, globale Auswirkungen haben. Die Europäische Union sieht sich somit der Aufgabe gegenüber, ihr sicherheitspolitisches Wirkungsfeld dementsprechend zu definieren und zu gestalten (vgl. Faust/Messner 2004: 1).

Konzept der Europäischen Sicherheitsstrategie: Bedrohungen und Ziele



(Quelle: Frank, Johann 2009: 46)

Die dargestellten Bedrohungsszenarien charakterisieren das veränderte Sicherheitsbedürfnis der EU und die damit verbunden Zielsetzungen. In der Analyse dieser Bedrohungen geht die Europäische Sicherheitsstrategie von einem ursachenbasierten Ansatz aus und setzt sich somit vorrangig mit Strategien zur Zukunftsgestaltung auseinander. Dies hat mit der veränderten Wahrnehmung von Bedrohung als mögliches Sicherheitsrisiko zu tun, wodurch sich die Sicherheitspolitik der EU in der Implementierung präventiver Maßnahmen, zu einer vorsorgenden Risikopolitik gewandelt hat (vgl. Corry 2011: 256; vgl. Wolf 2002: 243). In der Konzentration auf die zukünftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen, sieht die Europäische Union vor allem ihre südlichen und östlichen Peripherien gefährdet, da diese aufgrund ihrer geografischen Lage unmittelbar von den Auswirkungen schwacher, zerfallender Staaten betroffen und somit hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklung bedroht sind (vgl. Wolf 2002: ebd.). Der Entwicklungspolitik kommt in diesem Kontext eine bedeutsame Funktion zu, da sie über spezifische operative Erfahrungen in der Kooperation mit schwachen Staaten verfügt und von daher die Europäische Sicherheitsstrategie pro-aktiv aufgreifen soll. Die argumentative Basis einer verstärkten Kombination sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente, bildet ihr Wechselverhältnis zueinander. Dabei klingt der neue Leitspruch „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ zunächst plausibel, da die beiden Begriffe notwendigerweise in Beziehung zueinander stehen und Entwicklungsprogramme ohne eine sicherheitspolitische Stabilisierung der Staaten, wenig bis kaum erfolgreich sind. Umgekehrt können auch ohne Entwicklung keine

Rahmenbedingungen für langfristige Stabilitätsprozesse im Kontext fragiler Staatlichkeit geschaffen werden (vgl. Europäische Union 2003: 11f.; vgl. Faust/Messner 2004: 2f.). Die genannten Faktoren sowie die daraus abgeleiteten Zielsetzungen bieten eine gerechtfertigte Argumentationsbasis, um die Verzahnung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik voranzutreiben. Das Konzept der *Human Security* liefert hierfür wiederum den normativen Bezugsrahmen, da es „[...] ein wesentlich breiteres Spektrum möglicher Bedrohungen und Gefährdungen von Bevölkerungen konzeptionell erfasst“ (Werthes 2011: 284) und von daher Universalität beanspruchen kann: es geht um die Sicherheit und den Schutz des Individuums und dieser erfordert zwangsläufig eine Integration sicherheitspolitischer Aspekte in entwicklungspolitische Agenden (vgl. Deibel/Werthes 2005: 11). Dennoch muss dieser Prozess auch kritisch betrachtet werden, da die enge Verknüpfung einen Paradigmenwechsel entwicklungsorientierter Programme impliziert, welcher mit unterschiedlichen Risiken für die Entwicklungszusammenarbeit einhergeht.

4.2.1. Ohne Sicherheit keine Entwicklung: Interdependenzen und Risiken

Die in der Europäischen Sicherheitsdoktrin geforderte intensive „[...] Einmischung der [...] Entwicklungspolitik in die Diskussion über die künftige Sicherheitspolitik“ (Maihold 2005: 32), löste in der wissenschaftlichen Fachliteratur brisante Kritik aus. Insbesondere wird dabei eine Vereinnahmung der Entwicklungspolitik für sicherheitspolitische Zwecke konstatiert. Die kritische Hinterfragung der offiziellen Rhetorik sowie die außenpolitische Positionierung der EU deuten daraufhin, dass die Versicherheitlichung der Entwicklungspolitik ihre Zielsetzungen nicht nur nachhaltig verändert, sondern darüber hinaus der Erhaltung „vitaler und allgemeiner Milieuinteressen“ dient³⁸. Die sicherheitspolitische Aufladung der Entwicklungspolitik führt neben der Verlagerung ihrer Prioritäten, auch zu einem Bedeutungsverlust ihrer traditionellen Aufgabenbereiche. Damit befindet sie sich einem Handlungsdilemma, welches sich negativ auf ihre eigenen zivilen Handlungsbereiche und ihre Unabhängigkeit als eigenständiges Politikfeld auswirken kann. Der

³⁸ Die vitalen Interessen beziehen sich auf das ökonomische, politische und soziale Überleben sowie die Funktionsfähigkeit der EU, wofür alle notwendigen Maßnahmen eingesetzt werden. Milieuinteressen orientieren sich an den europäischen Grundwerten und entsprechen dem politischen Selbstbild der Union. Insofern bezeichnen sie die Rolle der EU als zunehmend sicherheitspolitischer Akteur in der Weltpolitik (vgl. Frank 2009: 35ff.)

sicherheitspolitische Imperativ in den Außenbeziehungen der Europäischen Union, bedeutet letztendlich eine Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit, die sich gegenwärtig in der zunehmenden Zweckentfremdung der Entwicklungshilfebetätigung für sicherheitsorientierte Investitionen niederschreibt³⁹ (vgl. Faust/Messer 2004: 2; vgl. Maihold 2005: 40f; vgl. Woods 2005: 11)

Eine wesentliche Begründung für diese Entwicklung liegt wie gesagt in den veränderten Analyserastern: Der Fokus hat sich auf die Analyse der Ursachen von Risiken und deren Bewältigung verschoben, womit militärische Sicherheit (*Hard Security*) wieder in den Vordergrund der außenpolitischen Beziehungen gerückt ist und im Zuge der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union forciert wird. Diese Verschiebungen führen zu einer Zunahme zivil-militärischer Interventionen, wodurch die außenpolitischen Prinzipien wie *Good Governance*, *Human Security* und die Einhaltung der Menschenrechte allenfalls als Ziel diverser Partnerschaftsabkommen gehandelt werden, nicht aber als ihre Grundlage. Die offiziell propagierten außenpolitischen Normative der Europäischen Union beschränken sich daher lediglich auf ihre gut gemeinte Rhetorik und verlieren im Kontext europäischer Sicherheitsinteressen an Bedeutung (vgl. Otzelberger/Wein 2008: 2f.). Ein weiterer Beleg dafür, dass sich die EU in einer strukturellen Umorientierung hinsichtlich ihrer außenpolitischen Zusammenarbeit mit Drittstaaten befindet, hängt, wie bereits des Öfteren erwähnt, mit den jüngsten Terroranschlägen in den USA und Europa zusammen. Unmittelbar nach den Ereignissen in Madrid 2004 wurde vom Europäischen Rat eine „Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus“⁴⁰ erlassen und aus den Schlussfolgerungen des Vorsitzes geht hervor, dass die Vergabe von Entwicklungshilfe künftig von der Bereitschaft der Empfängerländer abhängig sein wird, „[...] in Sicherheitsfragen zu kooperieren“ (Wagner 2008: 25). Die sicherheitspolitische Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit orientiert sich vornehmlich an dem Risikofaktor Fragilität und ist der bedeutendste Anlass für die Europäische Union, „[...] den „Nexus von Sicherheit und Entwicklung“ weiter zu verdichten und hierfür [entsprechende] Mechanismen zu etablieren [...]“

³⁹ vgl. OECD-DAC (2003): A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action. A DAC Reference Dokument. S.11: Terrorismus wird als ein integraler Teil der Armutsbekämpfung verstanden und dessen Prävention als ein zentrales Entwicklungsziel. Damit ergeben sich zwangsläufig Auswirkungen auf die Verwendung der Finanzmittel.

⁴⁰ Europäischer Rat (2004): Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus (Schlussfolgerungen von Brüssel).

(Otzelberger/Wein 2008: 4). Strategische Grundlage dafür bietet der „*Whole of Government Approach to Fragile States*“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), welcher als handlungsanleitendes Dokument für die Zusammenarbeit mit Ländern fragiler Staatlichkeit herangezogen wird. Im Kontext der europäischen Kohärenzbestrebungen und angesichts der unmittelbaren Bedrohungsszenarien für die EU, unterstreicht dieser Ansatz die Verschränkung außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischer Instrumente:

Resonating with global concerns such as international security and crime, fragile and failing states have increasingly become a preoccupation of the international community. Fragile states face problems in a wide range of domains (e.g., provision of physical security, legitimate political institutions, sound economic management and the delivery of social services), indicating the need for a mix of actors, instruments, incentives and interventions (OECD 2006: 7).

Auch wenn der engen Verbindung von Sicherheit und Entwicklung im Rahmen eines *Whole of Government Approach* und im Sinne einer Stabilisierung schwacher staatlicher Strukturen insofern wenig entgegenzuhalten ist, ergeben sich jedoch für die Praxis der Entwicklungszusammenarbeit ernstzunehmende Risiken. Neben der Zweckentfremdung von Entwicklungshilfe für zivil-militärische Interventionen und dem Bedeutungsverlust traditioneller entwicklungspolitischer Aufgabenbereiche (hier sei die unmittelbare Armutsbekämpfung hervorgehoben), kann die sicherheitspolitische Vereinnahmung der Entwicklungspolitik zu gravierenden Zielkonflikten führen. Das sicherheitspolitisch angeleitete Verständnis der Entwicklungszusammenarbeit führt mitunter zur Vernachlässigung elementarer Strukturfragen: Indem einerseits die Ausarbeitung eines einheitlichen Entwicklungsrahmens (*Whole of Government Approach*) auf die Partnerländer angewendet werden soll, werden mitunter die spezifischen und jeweils unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Strukturen der jeweiligen Regionalgebiete vernachlässigt. Präventive Entwicklungsstrategien können so in eine völlig falsche Richtung gesteuert werden und die Fokussierung auf die Stabilisierung bestimmter Sektoren, ist unmittelbar mit einer Vernachlässigung anderer (traditioneller) entwicklungspolitischer Bereiche verbunden (*trade-offs*) (vgl. Maihold 2005: 34f.).

4.2.2. Sicherheitskonditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit

Die rhetorische Verbindung menschlicher, ökologischer sowie ökonomischer Inhalte mit sicherheitsbezogenen Risikofaktoren, führt nicht nur zu institutionellen Veränderungen, wie dies bspw. die Diskussionen um eine Erweiterung der ODA-Anrechenbarkeit⁴¹ belegen, sondern erhöht zudem den Druck auf die peripheren Regionen, den sicherheitspolitischen Ansprüchen der Geberländer gerecht zu werden. Die Entwicklung der internationalen Sicherheitslage brachte neue Formen der Bedrohung und neue Feinbilder mit sich, weshalb eine ethische und moralische Begründung der Entwicklungszusammenarbeit als vollkommen überholt erscheint: Die Gerechtigkeitsagenda, einst ein zentraler Ansporn für die Entwicklungspolitik, verliert unter dem gefährdeten Selbstinteresse der Geber an Bedeutung. In einem gesellschaftlichen Klima der Angst, der Konkurrenz und des Sozialneids, kann die Bereitschaft und Fähigkeit zu internationaler Solidarität nicht gedeihen (vgl. Seitz 2005: 138; 141). Die Vergabe von Entwicklungshilfe richtet sich in erster Linie nach den Sicherheitsinteressen der Europäischen Union und lässt Sicherheit zur Vorbedingung von Entwicklung werden. Diese Tendenzen betreffen aber nicht nur die EU, sondern folgen einem globalen Trend und überfrachten die Entwicklungspolitik mit neuen Aufgabenfeldern im Bereich der Konfliktprävention und Friedenssicherung (vgl.: RoA 2006: 270ff.). Die von der EU geforderte pro-aktive Eingliederung der Entwicklungspolitik in die Strukturen der Europäischen Sicherheitsstrategie, führt nach Maihold zu einer Überladung entwicklungspolitischer Kompetenzansprüche. In Bezug auf die Hauptbedrohungen für Europa (Terrorismus, Massenvernichtungswaffen, regionale Konflikte, das Scheitern von Staaten und organisierte Kriminalität) erscheinen die Interventionsmöglichkeiten der Entwicklungszusammenarbeit als begrenzt: „Ein oberflächlicher Blick auf die derzeit der EZ zur Verfügung stehenden Instrumente und ihre Wirkungsnachweise lässt erkennen, dass eine primäre Kompetenzvermutung sich nur auf die Bereiche »regionale Konflikte« und »Scheitern von Staaten« beziehen würde [...]“ (Maihold 2005: 37), den restlichen Phänomenen ist

⁴¹ Official Development Assistance/Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit. ODA bedeutet die Bereitstellung finanzieller Hilfsleistungen, die sich nach den Kriterien des DAC (Development Assistance Committee) orientieren. Sie sollen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dienen. Im Jahr 2005 wurde über eine Erweiterung der ODA-Kriterien für sicherheitsrelevante Aspekte verhandelt. Jürgen Wagner sieht in diesen Verhandlungen „dammbbruchartige Veränderungen“ und eine sicherheitspolitische Konditionalisierung der Entwicklungshilfe (vgl. Wagner 2008: 24; 27)

sie auch hinsichtlich ihrer operativen Fähigkeiten und Erfahrungen nicht gewachsen bzw. sind diese primär anderen Politikfeldern zuzuweisen (vgl. ebd.).

Der gegenwärtige Sicherheitsdiskurs in den Außenbeziehungen der Europäischen Union zeigt, dass Globalisierung die Entwicklungspolitik zunehmend zu einem Teil von Sicherheitspolitik werden ließ. Die Verschiebung der Gefahrenanalyse hin zu ursachenbasierten Ansätzen, bietet ein gutes Beispiel für die Diskussion um die Begründung einer Allianz von Sicherheits- und Entwicklungspolitik. In der Wahrnehmung der Europäischen Union fungiert die Entwicklungszusammenarbeit als ein zentrales außenpolitisches Instrument, um die aus den *failing states* hervorgehenden Risiken abzufedern bzw. sofern notwendig, in der Verbindung militärischer Maßnahmen einzudämmen (vgl. Maihold 2005: 34; 40).

Die Gründe für den Nexus von Sicherheit und Entwicklung manifestieren sich anhand ihrer komplexen Interdependenzen und Schnittstellen zueinander. Für eine klare Argumentation und ein begründbares Handeln erscheint der Nexus jedoch als ungeeignet, da die darin enthaltenen Annahmen immer auf eine Metaebene verweisen und damit Generalisierungen miteinschließen⁴² (vgl. ebd.: 34). Wesentlich ist in diesem Zusammenhang die (rhetorische) Erweiterung des Sicherheitsbegriffes, einhergehend mit der Ausdehnung zentraler Risikoszenarien für die Europäische Union sowie das internationale System im Allgemeinen. Indem der Sicherheitsbegriff auf der horizontalen und vertikalen Ebene staatlicher Sicherheitspolitik erweitert wurde, haben nunmehr alle sozialen Phänomene einen sicherheitspolitischen Bezug und eröffnen der Militarisierung von Problemlösungsstrategien Raum (vgl. ebd. 40):

Aus der Perspektive des Diskurses der securitization erscheinen auch schnell klassische entwicklungspolitische Themen wie Armut, Menschenrechtsverletzungen, geschlechterbezogene Diskriminierung und das Fehlen von Good Governance als sicherheitsrelevante Fragen (Brock 2004: 325).

Die Erweiterung der Sicherheitsagenda sowie die damit verbundenen Maßnahmen und Überlagerungen politischer Inhalte und Sektoren, sind unmittelbar auf den politisch-rhetorischen Prozess der *securitization* bzw. *riskification* zurückzuführen. Die Identifizierung neuer Sicherheitsrisiken im Kontext eines umfassenden

⁴² Nach Maihold ergeben sich aus der Formel „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ (und vice versa) vergleichbare Muster für alle entwicklungspolitischen Programme: bspw. könnte „Ohne Ressourcenschutz keine Entwicklung“ und „Ohne Entwicklung kein Ressourcenschutz“ eine selbige Allianz begründen. Es gilt also unter die Oberfläche gegenwärtiger Diskurskonstellationen zu blicken und die wirklichen Motive zu dekonstruieren (vgl. Maihold 2005: 34).

Sicherheitsverständnisses, setzt den Sicherheitsbegriff nicht nur der politischen Ambiguität aus, sondern „[...] ermöglicht auch dessen Einsatz nach Kriterien politischer Opportunität und stärkt gewaltmäßige Optionen bei der Durchsetzung legitimer Sicherheitsinteressen“ (Maihold 2005: 43).

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist der *Nexus von Sicherheit und Entwicklung in den Außenbeziehungen der Europäischen Union* kritisch zu bewerten, da die Kohärenzfrage der Union im Wesentlichen eurozentrische Strategien mit sich bringt und dabei die Sicherheitsbedürfnisse- und Interessen ihrer südlichen Partnerländer nicht reflektiert (vgl. Six 2007a: 12). Die Analyse der Europäischen Sicherheitsstrategie sowie weiterer relevanter sicherheits- und entwicklungspolitischer Dokumente, spiegelt das strategische Denken und Handeln der Union wieder. Die Reaktionen der EU auf die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen haben zu einer Neubegründung der Entwicklungspolitik geführt. Das entwicklungspolitische Normativ der menschlichen Sicherheit steht im Mittelpunkt ihrer außenpolitischen Positionierung. Der „Europäische Konsens zur Entwicklungspolitik“ spiegelt dieses breite Sicherheitsverständnis insofern wieder, als das er die Entwicklungspolitik in die Strukturen der Internationalen Beziehungen eingliedert und ihre Zielsetzungen verändert. Fragile Staaten, Ressourcenknappheit, ökologische Zerstörung, globale und machtpolitische Krisen und Konflikte sind zu den zentralen Sicherheitsrisiken des 21. Jahrhunderts geworden und gefährden nicht nur die internationale Stabilität, sondern den Schutz und das Wohlbefinden jedes Einzelnen. Gesamtgesellschaftliche Funktionszusammenhänge rücken ins Blickfeld der Gefahrenanalyse und erfordern aufgrund der Unübersichtlichkeit möglicher Risiken neue, flexiblere Instrumente. Vor diesem Hintergrund wurde bereits aufgezeigt, dass sich nicht nur das Gefahrenspektrum seit dem Ende der Bipolarität gewandelt bzw. erweitert hat, sondern mit ihm auch die Bezeichnung von Sicherheitsproblemen als Risiken: „Heute dominieren nicht Bedrohungen, sondern Risiken den politischen Diskurs. Die klare und gegenwärtige Bedrohung [...] eines sowjetischen Angriffs ist unklaren und zukünftigen Risiken und Herausforderungen gewichen“ (Daase 2010a: 14). Daase konstatiert in diesen Veränderungsprozessen einen „Wandel der Sicherheitskultur“ und umschreibt damit nicht nur die neuen Herausforderungen für die politischen Akteure, sondern subsumiert unter dem Begriff alle Werte, Ideologien und Praktiken von Individuen und Institutionen, welche darüber entscheiden, „[...] was als eine Gefahr anzusehen ist und wie und mit welchen Mitteln dieser Gefahr begegnet wird“ (ebd.: 9). Angesicht der

Vielfalt und der Unvorhersehbarkeit möglicher oder potenzieller Risiken kann weder staatliche noch wirtschaftliche, ökologische oder menschliche Sicherheit garantiert werden. Die Entwicklungspolitik transformiert sich im Zuge des gegenwärtigen Sicherheitsdiskurses zunehmend in Richtung einer vorsorgenden Präventionsstrategie, was abschließend am konkreten Fallbeispiel des „EU-Konzepts für Resilienz: Lehren aus Ernährungsmittelkrisen“ aufgezeigt werden soll. Dieser relativ neue Ansatz spiegelt jene diskursiven Elemente des gewandelten Sicherheitsparadigmas wieder, welche die sicherheitspolitische Legitimation der Entwicklungszusammenarbeit charakterisieren und darüber hinaus das Bestreben der EU unterstreichen, „[...] ihr eine Führungsrolle bei der Formulierung einer umfassenden internationalen Entwicklungsagenda [...] zu verschaffen“ (Europäische Kommission 2011: 14)⁴³.

4.2.3. EXKURS: Entwicklung und Sicherheit als normative Leitbilder

Mit unterschiedlicher Intensität wird der europäische Integrationsprozess in den Bereichen Sicherheit und Entwicklung bereits seit einigen Jahrzehnten verfolgt und stellt von daher keinen neuen Ansatz dar (vgl. Six 2007a: 11). Die Europäische Entwicklungspolitik orientiert sich an den Grundsätzen zur Einhaltung der *Millenium Development Goals* und hebt dabei insbesondere die Prinzipien guter Regierungsführung (*Good Governance*) sowie die Einhaltung und den Schutz der Menschenrechte (in Bezug auf das Konzept der *Human Security*) in der Ausformulierung ihrer partnerschaftlichen Abkommen hervor. Die Diskussion um die Begründung und die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit hat allerdings in den letzten Jahren zu qualitativen Veränderungen dieser Integrationsansätze geführt (vgl. Robinson 2005: 15; vgl. Six 2007a: 11). Die Globalisierung und die damit einhergehenden transnationalen Verflechtungen haben das internationale System verändert und neue Formen der Unsicherheit mit sich gebracht: „Die Begrifflichkeit der ‚Sicherheit‘ gewinnt in der Entwicklungspolitik an Bedeutung. Mit Blick auf gewaltsame Auseinandersetzungen oder die wachsende Zahl von ‚failing states‘ wird Sicherheit inzwischen häufiger als Voraussetzung für erfolgreiche Entwicklung genannt“ (Robinson 2005: 13f.). Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu reflektieren, wer über Sicherheit redet und wessen bzw. welche Unsicherheit die strategischen Zielsetzungen

⁴³ Europäische Kommission (2011): Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel.

und Handlungen bestimmt (vgl. ebd.: 13). Außenpolitische Normative dienen der Legitimation von Interventionen und stecken zugleich den entwicklungspolitischen Aktionsradius der Europäischen Union ab. Im Kontext der vorliegenden Arbeit sind sie insofern relevant, als anhand des analytischen Zugangs der *securitization* bzw. *riskification* ebenjene handlungsanleitenden Diskurssetzungen- bzw. Fragmente herausgearbeitet werden können, welche die bisher aufgezeigten Veränderungsprozesse um Sicherheit und Entwicklung charakterisieren. Im Sinne der Selbstwahrnehmung der EU als zunehmend globaler (sicherheitspolitischer) Akteur in einem sich ständig wandelnden, dynamischen gesellschaftspolitischen Umfeld, sind ihre außenpolitischen Normative, für die Analyse des gegenwärtigen Diskurses um Sicherheit und Entwicklung, zentrale Bezugspunkte. Sie geben nicht nur Aufschluss darüber, welche Unsicherheitsthemen im Diskurs dominieren, sondern lassen auch komplexe Interdependenzen und somit sektorale Überschneidungen in der Konstruktion von Unsicherheit und den damit verbunden Auswirkungen erkennen (vgl. Buzan/Waever/Wilde 1998: 5; vgl. Debiel/Werthes 2013: 329). Woran orientieren sich also die (entwicklungs-)politischen Normative der EU und legitimieren dabei die verstärkte Verzahnung sicherheits- und entwicklungspolitischer Inhalte?

Human Security als politisches Leitbild

In der Konzentration auf die zunehmenden gewaltsamen Auseinandersetzungen „[...] sind Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung in den neunziger Jahren, unter dem Eindruck der „neuen Kriege“, als neue elementare Aufgabenfelder der Entwicklungspolitik erkannt und aufgewertet worden“ (Seitz 2005: 132). Dabei steht außer Frage, dass krisenanfällige staatliche Strukturen, einhergehend mit unvorhersehbaren Gewaltexzessen, ernstzunehmende Herausforderungen für die Entwicklungszusammenarbeit markieren (vgl. ebd.). Auf der internationalen Ebene sind diesbezüglich vor allem zwei Grundsatzdokumente hervorzuheben, die im Kontext der bisherigen Erfahrungen und vor dem Hintergrund der neuen Unsicherheitsphänomene, das Zusammenrücken von Sicherheits- und Entwicklungspolitik forcieren: Zum Einem der im Jahr 1992 veröffentlichte Report *An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping* (Boutros-Ghali 1992) sowie der im Jahr 1994 folgende *Human Development Report* (UNDP 1994), der den Begriff der *Human Security* in die entwicklungspolitische Debatte einführt und damit ein sich veränderndes Verständnis und Bedürfnis von Sicherheit unterstreicht. Die neuen globalen

Konstellationen sind ausschlaggebend dafür, dass sich nun auch die Sicherheitspolitik aufgrund der sich wandelnden Bedrohungsbilder an entwicklungspolitische Agenden annähert, was nicht zuletzt mit der Benennung umfassender Sicherheitsgefährdungen seitens wichtiger Geber-Institutionen zusammenhängt. Der erste Abschnitt der *Agenda for Peace* beschäftigt sich eingehend mit den Veränderungen im internationalen System und definiert dabei neue Sicherheitsprobleme, welche vorwiegend mit Prozessen der Globalisierung in Zusammenhang stehen und einen deutlichen Paradigmenwandel sicherheits- sowie entwicklungspolitischer Konzeptionen erahnen lassen (vgl. Pospisil 2009: 105ff.). Auch das Konzept der menschlichen Sicherheit verweist auf einen fundamentalen Prioritätenwechsel, indem „[...] die sicherheitspolitische Bedeutung von Themenkomplexen wie soziale Sicherheit, Umwelt, Gesundheit und Bildung hervorgehoben [...]“ (ebd.) und explizit mit entwicklungspolitischen Aufgabenfeldern verknüpft werden. Das Konzept der *Human Security* fordert eine verstärkte Konzentration auf alle Belange der menschlichen Sicherheit und führt somit zur vertikalen Erweiterung des Sicherheitsbegriffes. Indem menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt politischer Überlegungen treten soll, sieht sich die internationale Gemeinschaft dazu aufgefordert, die gesamte Bandbreite menschlicher Not zu berücksichtigen und unvorhersehbare mögliche Unsicherheitsfaktoren in ihre Entscheidungen zu inkludieren (vgl. Robinson 2005: 16f.). Indem die EU einen ganzheitlichen Ansatz verfolgt, fungiert menschliche Sicherheit als eine Art „ethischer Imperativ“ innerhalb ihrer Politik und erfordert zwangsläufig „[...] eine enge Kooperation zwischen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit einerseits [...] und Sicherheitspolitik andererseits, die öffentliche Sicherheit herstellt bzw. erhält“ (Six 2007a: 11)⁴⁴. Darüber hinaus hat sich die Europäische Union zur Einhaltung der Allgemeinen Menschenrechte verpflichtet und ist rechtlich dazu aufgefordert, ihr außenpolitisches Handeln dementsprechend zu gestalten. *Human Security* stellt, wie im dritten Abschnitt der Arbeit bereits dargelegt, ein überaus wirkungsmächtiges Konzept dar und ist von zahlreichen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren sowie von internationalen Organisationen, als politisches Leitmotiv übernommen worden. Der Begriff erweist sich aufgrund seiner relativen Unbestimmtheit als durchaus praktikabel, um mit unterschiedlichen Inhalten und

⁴⁴ Diese enge Kooperation verbindet die klassischen Armutsthemen (Grundversorgung, Kindersterblichkeit, Zugang zu öffentlichen Ressourcen, etc.), welche für die Absicherung menschlicher Existenz von Bedeutung sind, mit sicherheitspolitischen Aspekten. Human Security kann dabei als eine Unterkategorie der Menschenrechte interpretiert werden (vgl. Six 2007a: 11).

Konzepten an politische Diskurssetzungen anzuknüpfen. In den letzten Jahren hat sich dies insbesondere im Feld der Post-Konfliktbearbeitung (*Post-Conflict-Peace-building*) und dem staatlichen Wiederaufbau (*state-building*) gezeigt, was wiederum mit veränderten Analyserastern und der Wahrnehmung von Bedrohung als Risiko in Zusammenhang steht (vgl. Debiel/Werthes 2013: 325).

Die Europäische Union hat *Human Security* in ihre sicherheits- und entwicklungspolitischen Umsetzungen integriert und zeigt damit ihre Bereitschaft, sich den internationalen Standards anzupassen und ihre Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik dementsprechend auszurichten. Menschliche Sicherheit als außen- und entwicklungspolitisches Normativ hat zu einer starken Umorientierung in der Entwicklungszusammenarbeit geführt. Nicht zuletzt ist die gestiegene Bedeutsamkeit menschlicher Sicherheit ein wesentlicher Faktor dafür, dass sich die hier angenommene Versicherheitlichung entwicklungspolitischer Inhalte in einschlägigen Politikdokumenten widerspiegelt und auch die Ressourcenverteilung nachhaltig verändert hat (vgl. ebd.: 329). Die Umsetzung einer kohärenten Gesamtpolitik (vgl. Seitz 2005: 133) unter dem Normativ menschlicher Sicherheit, ist um einiges wirkungsvoller und handlungsmächtiger, da es neben der Verbindung zivil-militärischer Maßnahmen eben auch eine externe Einmischung in die inneren Angelegenheiten von Staaten legitimiert. Entwicklungspolitik unter dem Leitmotiv von Sicherheit zu betreiben eröffnet der EU neue Möglichkeiten, ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit den Partnerländern an neue Konditionen zu binden und die Entwicklungszusammenarbeit im Kontext eigener Sicherheitsinteressen zu instrumentalisieren; dies hat insbesondere die Auseinandersetzung mit dem „Konsens zur Entwicklungspolitik“ gezeigt. Im Rahmen dieser Arbeit wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass die Etablierung neuer Schlüsselbegriffe ein wesentliches Merkmal für die vielfältigen Veränderungsprozesse um Sicherheit und Entwicklung darstellt. Damit diese aber auch eine allgemeine Akzeptanz erfahren ist es notwendig, den Diskurs aus einer gewissen Position heraus zu führen, in diesem Sinne eine proaktive Diskurssetzung vorzunehmen (vgl. Martin/Owen 2010: 219f.). Die EU erfüllt diese Voraussetzungen und ist für die zukünftige Ausgestaltung internationaler Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit ein zentraler und wichtiger Akteur geworden. Als zunehmend erstzunehmender *global-player* hat sie die Macht, Diskurse zu beeinflussen und ihre Eigeninteressen darin so zu artikulieren, dass sie im Namen der Sicherheit (für, durch und mit der EU) eine breite öffentliche Akzeptanz erfahren: „So

far, the EU has successfully positioned the concept as a viable strategic narrative for a supranational foreign policy: it has influential sponsors and is widely, if not unanimously, accepted across the membership“ (ebd.: 220) und hat somit zu einer vermehrten Kooperation vormals rivalisierender Politikansätze innerhalb der Kommission und ihren Mitgliedstaaten geführt. Die Europäische Kommission verbindet mit der Umsetzung des Konzepts vor allem eine grundlegende Restrukturierung in der Uraschenanalyse von Konflikten, um zukünftige (sicherheits- und entwicklungs-) politische Neuansätze zu begründen. In der Betonung einer menschenrechtsorientierten Entwicklungszusammenarbeit bietet das Konzept der *Human Security* einen normativen Bezugsrahmen, um ihrer Rolle als „zivile Macht“, vermittelt entlang einer *Soft Power*, gerecht zu werden. Die politische Akzeptanz der EU-Mitgliedsstaaten über einen umfassenden erweiterten Sicherheitsbegriff, eröffnet nicht nur zuversichtliche Chancen zu einer erfolgreichen Integration der außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Instrumente, sondern unterstreicht darüber hinaus ihr eigenständiges Profil als globaler Akteur auf der Bühne der Weltpolitik (vgl. Köhne 2005: 36). Die erfolgreiche institutionelle Einbettung des Konzepts in die politische Praxis der Europäischen Union, steht in einem engen wechselseitigen Verhältnis zu der sich veränderten sicherheitspolitischen Rhetorik und eröffnet der EU neue Wege und Ressourcen, ihre „Agenda für den Wandel“ erfolgreich umzusetzen und zu gestalten.

4.3. Das EU Konzept für Resilienz: Ein neues entwicklungspolitisches Paradigma

Die Europäische Entwicklungspolitik umfasst ein breites Spektrum an Aktivitäten, welches sich von Fragen zu Bildung, Gesundheit, nachhaltiger Entwicklung, Konfliktlösung und Friedensförderung, bis hin zu Geschlechterfragen und einen sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen erstreckt. Gegenwärtig dominieren den Diskurs um Sicherheit und Entwicklung jene politikfeldübergreifenden Themen, die eine Integration umwelt- und klimapolitischer Belange in die Entwicklungspolitik vorsehen. Die zentrale Herausforderung der letzten Jahre wird von der Debatte geleitet, wie eine mögliche „entwicklungspolitische Kohärenz“ innerhalb und außerhalb der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten, sowie in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern, gegeneinander abgestimmt werden soll (vgl. Köhne 2005: 32). Die EU ist in vielerlei Hinsicht ein fortschrittlicher Akteur in der Ausgestaltung ihrer

Politikfelder und in der Ausformulierung ihrer innen- sowie außenpolitischen Ziele. Allerdings verlaufen sich diese ambitionierten Ansätze oft in einem Mangel an Effektivität, Willensbereitschaft und politischen Divergenzen. So sind auch ihre Bemühungen um die Integration einer Nachhaltigkeitsstrategie und des Umweltschutzes in alle Politikbereiche, bislang von nur spärlichen Erfolgen geprägt⁴⁵ (vgl. ebd.: 34). Vor dem Hintergrund eines umfassenden Sicherheitsverständnisses und ihrem Bestreben, zukünftig noch mehr auf politische internationale Entscheidungsprozesse einzuwirken, sieht sich die EU aktuell der Aufgabe gegenüber, diesem Anspruch auch innerhalb ihrer Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit gerecht zu werden. Aber nicht nur das, sie muss schon allein ihrer Glaubwürdigkeit zuliebe darum bemüht sein, ihr wirtschaftliches, militärisches, entwicklungspolitisches und humanitäres Engagement besser abzugrenzen, als auch besser in Bezug zueinander zu setzen (vgl. ebd.: 38). Hinsichtlich der Bedrohungsanalyse der Europäischen Sicherheitsstrategie, weisen krisenanfällige oder fragile Staaten die größte sicherheitspolitische Besorgnis auf. Indem von ihnen nicht nur vielzählige und unvorhersehbare Sicherheitsrisiken für die südlichen und östlichen Peripherien Europas ausgehen, hinterlassen gewaltsame Konflikte immer ein zerstörerisches Bild ihrer Umwelt und führen mitunter zu Ressourcenengpässen und Nahrungsmittelkrisen. Aber nicht nur Konflikte zerstören den Lebensraum, auch Naturkatastrophen und Umweltzerstörung werden heute zunehmend als Sicherheitsrisiken deklariert, da von ihnen große und zumeist nicht regulierbare Migrations- und Fluchtbewegungen ausgehen, was die EU wiederum als Gefährdung ihrer eigenen Sicherheitsinteressen interpretiert. Die damit einhergehende Sicherheitspolitisierung der Entwicklungspolitik hat ihr in den letzten Jahren vieles an Kritik eingebracht. In der fachwissenschaftlichen Literatur wird ihr vor allem ein zu einseitiges Verständnis der wechselseitigen Bedingungen von Sicherheit und Entwicklung angelastet, denn nicht nur Sicherheit muss als eine Voraussetzung für Entwicklung verstanden werden, auch umgekehrt benötigt Sicherheit Entwicklung: beispielsweise gehören sozio-ökonomische Entwicklung und Umweltschutz zu den Grundlagen menschlichen Lebens und stellen andersrum auch eine der wesentlichen Bedingungen für Sicherheit dar (vgl. ebd.).

Im Juni 2013 veröffentlicht die Europäische Kommission den „Aktionsplan für Resilienz in von Krisen betroffenen Ländern“. Dieser soll bis zum Jahr 2020 Gültigkeit haben und

⁴⁵ Ausführliche Informationen finden sich u.a. auf der Webseite des Europäischen Umweltbüros: <http://www.eeb.org/>

vor allem die Politikbereiche der humanitären Hilfe und der Entwicklungspolitik ausrichten. In Anbetracht der Erfahrungen und insbesondere vor dem Hintergrund schwerwiegender Ernährungsmittelkrisen in den östlichen und westlichen Regionen Afrikas in den Jahren 2011 und 2012, „[...] wird mit Hilfe dieses Aktionsplanes eine Resilienz-Agenda entwickelt, die der EU ein international unverwechselbares Profil geben soll“ (Pospisil 2013: 1). Nachdem die USA und das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) bereits seit einiger Zeit ihre außenpolitischen Instrumente, im Bereich der humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit entlang des Resilienz-Ansatzes zu gestalten versuchen, ist die Europäische Union nun der dritte internationale Akteur, der sich mit einem innovativen Politikkonzept in die Diskussion um die zukünftige, noch wirksamere Ausgestaltung der Entwicklungszusammenarbeit integriert (vgl. ebd.: 2). Aufgrund der relativen Aktualität dieses neuen Ansatzes können noch keine konkreten qualitativen Schlüsse für die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit getroffen werden. Interessant ist dieses Konzept aber insofern als es einen weiteren Versuch darstellt, die entwicklungspolitische Kohärenz der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten auszubauen, sowie die Integration einer Nachhaltigkeitsstrategie und des Umweltschutzes im entwicklungspolitischen Bereich voranzutreiben.

4.3.1. Europäische Erfahrungen: Hintergründe des Resilienz-Konzeptes

Die erste Ausgabe des laufenden Jahres beschäftigt sich mit dem komplexen und multidimensionalen Thema „Fragilität“, wobei der Schwerpunkt vor allem auf dem subsaharischen Afrika liegt, wo sich der Großteil der fragilen Staaten befindet. Aus berufenem Munde erfolgte kürzlich die treffende Feststellung: „Fragile Staaten sind die schwierigste Entwicklungsaufgabe unserer Zeit.“ Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Umgang mit fragilen Situationen in Europa und in der internationalen Staatengemeinschaft einen immer höheren Stellenwert erhält (ERD 2009: Vorwort).

Der im Jahr 2009 erstmals erschiene „Europäische Entwicklungsbericht“ (ERD) konzentrierte sich, im Kontext eines gesamteuropäischen Ansatzes, auf den Umgang mit fragiler Staatlichkeit und bezog sich dabei erstmals auf das Konzept der Resilienz. Indem darauf eingegangen wird, weshalb „Fragilität alle angeht“, werden in ausführlicher Form zentrale Sicherheitsrisiken und Ursachen für die betroffenen Länder selbst, aber auch auf der regionalen und globalen Ebene herausgearbeitet. Insbesondere konzentriert sich der Bericht auf krisenanfällige Regionen im östlichen

und westlichen Teil Afrikas und definiert Mangelernährung, Armut, geringe Bildungsteilnahme, ungleichen Zugang zu Ressourcen und hohe Kindersterblichkeit in fragilen afrikanischen Staaten, als die wesentlichen Ursachen von Konflikten. Dabei besteht ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen dem Unvermögen fragiler Länder, „[...] die Ernährungssicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten, da sie weder ein effektives Management der Nahrungsmittelerzeugung- und Verteilung leisten noch ihre landwirtschaftlichen Produktionsflächen [nachhaltig] schützen“ (ERD 2009: 7). Fragilität bewegt sich in einem Teufelskreis, weil sich Armut sowie ein geringes menschliches und staatliches Entwicklungsniveau gegenseitig beeinflussen und einander verschärfen. Sie bleibt aber nicht nur auf der lokalen Ebene behaftet, sondern kann sich in Form von Bürgerkriegen auch auf die unmittelbare Nachbarschaft der Länder auswirken und die dortige Infrastruktur nachhaltig schädigen. Letztendlich hat Fragilität auch eine globale Dimension, welche vorwiegend mit Migrations- oder Flüchtlingsströmen in Zusammenhang gebracht wird und diese „verständlicherweise“ Auswirkungen auf die wohlhabenden Teile der Welt haben können (vgl. ebd.: 7f.). Neben dem gefährdeten Eigeninteresse des Westens tritt aber dennoch die grundlegende Einsicht, dass es schlichtweg inakzeptabel ist, „[...] dass die internationale Staatengemeinschaft tatenlos zusieht, während Hunderte Millionen Menschen ihrer elementaren Menschenrechte [...] beraubt werden“ (ebd.: 8).

Der Resilienzgedanke kommt hier also vorwiegend im Kontext fragiler Staatlichkeit zum Einsatz; konkrete Initiativen des so stark hervorgehobenen Ansatzes, sowie die erhoffte politische Wirkung, bleiben aber vorläufig aus. Dies vermochte erst der zweite Europäische Entwicklungsbericht im Jahr 2010 zu verwirklichen, allerdings im Kontext anderer Politikfelder: Humanitäre Hilfe und soziale Sicherung (vgl. Pospisil 2013: 5). Aufgrund brisanter Krisensituationen im Nahrungsmittelbereich am Horn von Afrika im Jahr 2011, sowie in der Sahel-Region in Westafrika 2012, gelangt das Konzept erstmals zur praktischen Umsetzung: Die AGIR und SHARE Initiativen⁴⁶ werden dabei als zwei Pilotprojekte betrachtet, welche sich erstmals und erfolgreich mit dem Resilienz-Ansatz umsetzen ließen und dabei positive nachhaltige Entwicklungserfolge erzielen konnten. Die von der Europäischen Kommission veröffentlichte „Agenda für den Wandel“ greift die positiven Wirkungen aus der Initiative am Horn von Afrika auf und orientiert sich in der Ausformulierung ihrer Zielsetzungen vorwiegend an dem

⁴⁶ Ausführliche Informationen zu beiden Initiativen finden sich u.a. auf der Homepage der Europäischen Kommission: Humanitarian Aid and Civil Protection. http://ec.europa.eu/echo/policies/resilience/agir_en.htm

Begriff der sozialen Sicherung. Sie legt damit den Grundstein für eine weitere Forcierung der Umsetzung von Resilienz-Ansätzen innerhalb der europäischen Entwicklungspolitik, mit Fokus auf ein „breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung“ (vgl. Europäische Kommission 2011: 8). Die „Agenda für den Wandel“ forciert zentrale Maßnahmen der EU, die aus ihrer Sicht eine Umstrukturierung bzw. einen Reformbedarf benötigen und offeriert damit neue Ansätze in altbekannten Themengebieten. Auffällig ist allerdings, dass sich ihre Rhetorik im Unterschied zu den vorherigen Dokumenten (wie bspw. dem Europäischen Konsens aus dem Jahr 2005) gewandelt hat und sie konkrete Maßnahmen zu den derzeit größten Herausforderungen im Umwelt- und Nachhaltigkeitssektor liefert (vgl. ebd.: 8ff.). Während *Human Security* nach wie vor als zentrales entwicklungspolitisches Normativ ausgemacht werden kann, wird Fragilität im Kontext sicherheitspolitischer Überlegungen „nur“ implizit erwähnt, bleibt aber aufgrund seiner Sprengkraft trotzdem weiterhin relevant: Fragilität ist insbesondere aus einer humanitären und armutsbezogenen Perspektive ein zentraler Faktor, der zu ausbleibenden Entwicklungserfolgen führt und von daher ein wesentlicher Aspekt von Sicherheit und Stabilität bleibt (vgl. Klingebiel 2013: 3). Die gesetzten Initiativen orientieren sich vorwiegend auf die vertikale Ebene staatlicher bzw. gesellschaftlicher Systeme: „Die EU sollte eine **umfassendere Strategie für die menschliche Entwicklung** verfolgen. Dazu gehören neben der Förderung der Gesundheit und der Bildung der Bevölkerung [...], auch die Entwicklung des sozialen Schutzes und die Verringerung von Chancenungleichheit“ (Europäische Kommission 2011: 9). Mit der „Agenda für den Wandel“ bleiben die allgemeinen entwicklungspolitischen Grundsätze der EU, nämlich das übergeordnete Ziel der Armutsbekämpfung, weiterhin aufrecht. Allerdings scheint ihr mit diesem Dokument erstmals eine Konkretisierung des vielseitig umstrittenen Konzepts der Menschlichen Sicherheit gelungen zu sein. Insbesondere der dritte Abschnitt („Breitenwirksames und nachhaltiges Wachstum für die menschliche Entwicklung“) lässt dies vermuten (vgl. ebd.: 6ff.), indem die Belange menschlichen Lebens explizit ausformuliert und in entwicklungspolitische Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

In Anlehnung an Martins und Owens Ansatz einer „second generation of human security“⁴⁷, scheint die EU zumindest formal dem Anspruch gerecht zu werden, das Konzept nicht nur als eine leere Worthölse zur Legitimation von Interventionen heranzuziehen, sondern gibt ihm erstmals einen konkreten Inhalt – und dies in der Konzentration auf soziale Sicherung und humanitäre Hilfe.

If the concept is ultimately to fare better within the EU than it has within the UN, the EU must, first, establish a clear conceptualization of human security and, second, articulate a specific political narrative for how human security will be used, in order to make plain how it is to be implemented in policy terms“ (Martin/Owen 2010: 221).

Auch was die Zusammenarbeit mit den Nehmerländern betrifft, so zeigt sich vor allem im Kontext fragiler Situationen zumindest die (rhetorische) Tendenz, von einer sicherheitspolitischen Konditionierung abzuweichen und dafür auf „besondere Unterstützungsformen“ zurückzugreifen. Diese sollen “[...] insbesondere durch enge Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft und angemessene Flankierung durch humanitäre Maßnahmen“ (Europäische Kommission 2011: 12) umgesetzt werden. Eine solche Reformstruktur könnte der Kritik einer Instrumentalisierung der Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen, im Sinne einer „Entsicherheitlichung“⁴⁸ entgegenhalten. Auch was die Mittelaufbringung angeht sollen wieder mehr Ressourcen als bisher für fragile Staaten bereitgestellt werden. Für die Umsetzung der „Agenda für den Wandel“ sieht die EU eine Verstärkung ihrer kohärenten Herangehensweise in Bezug auf Armut und Sicherheit vor. Eine Verlinkung ihrer außenpolitischen Bereiche wird dahingehend auch weiterhin forciert, allerdings mit dem Zusatz, einen reibungslosen Übergang der bislang eher kurzfristig angelegten zivil-militärischen Maßnahmen zu langfristiger Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen (vgl. ebd.: 14). Mit dem Konzept der Resilienz hat die Europäische Kommission bereits zentrale Elemente aus der „Agenda für den Wandel“ aufgenommen und kommt damit ihrem Bestreben näher, weiterhin eine Führungsrolle bei der zukünftigen Formulierung einer internationalen Entwicklungsagenda einzunehmen.

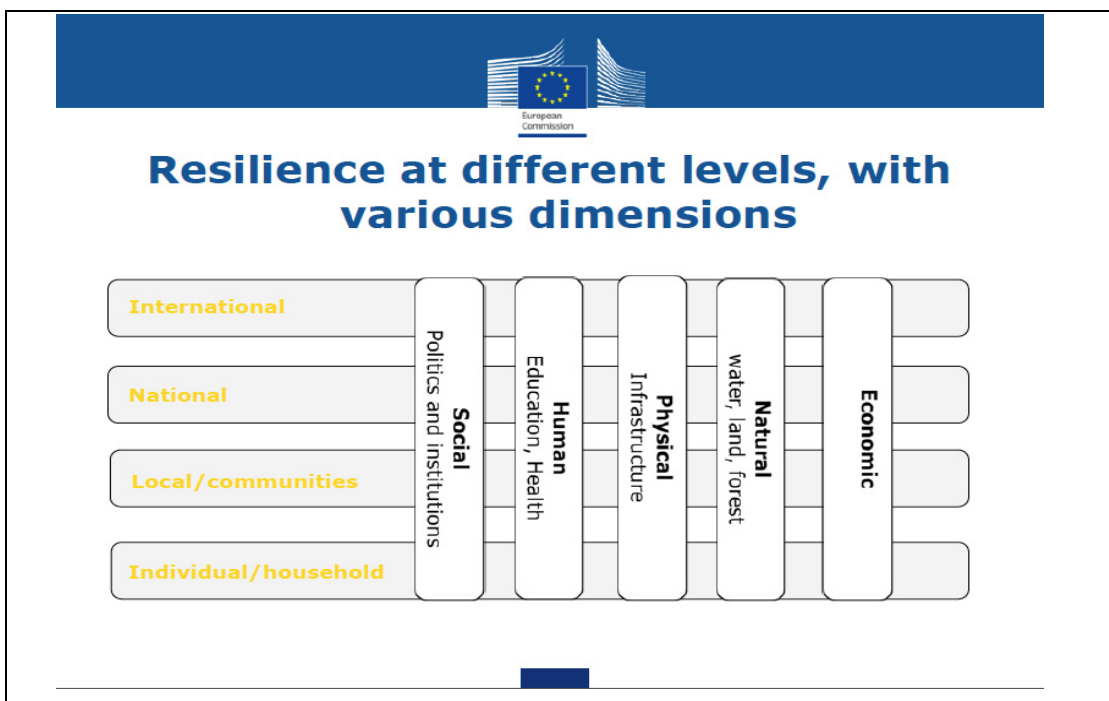
⁴⁷ Mary Martin und Taylor Owen beschreiben das „Scheitern“ des Konzepts aufgrund einer fehlenden Konzeptualisierung und zu schwachen Institutionalisierung. Für die EU sehen sie weiterhin das Potenzial, ihre globale Rolle mit dem Konzept der *Human Security* als außenpolitisches Normativ, weiter auszubauen und ein neues Sicherheitsparadigma zu etablieren (vgl. Martin, Mary/ Owen, Taylor 2010: 212; 220).

⁴⁸ Entsicherheitlichung von Politikbereichen meint, der fortschreitenden Ausdehnung der Sicherheitsagenda entgegenzuhalten. Dadurch würden keine neuen Unsicherheiten erzeugt und somit keine neuen Anreize für militärisches Eingreifen vermittelt werden (vgl. Brock 2007: 55).

4.3.2. EU-Konzept für Resilienz: Bedeutung und Implementierung

Im Rahmen des Aktionsplanes wird Resilienz folgendermaßen definiert: „[...] resilience is the ability of an individual, a household, a community, a country or a region to withstand, to adapt, and to quickly recover from stresses and shock“ (Europäische Kommission 2013: 3).

Mit dem Resilienz-Konzept verfolgt die EU ein prioritäres sowie ein strategisches Ziel, über welches die entwicklungspolitischen Kohärenzbestrebungen für mehr Wirksamkeit ausgebaut, und gleichzeitig ein besseres theoretisches sowie praktisches Verständnis für den Umgang und die Vermeidung von Krisen vermittelt bzw. generiert werden soll. Der Aktionsplan sieht den Schwerpunkt für die Umsetzung von Resilienz-basierten Maßnahmen in krisenanfälligen, fragilen Staaten vor und verfolgt dabei einen integrierten, multisektoralen und mehrdimensionalen Ansatz. Konkret geht es der EU um die Entwicklung und Implementierung neuer innovativer Ansätze im Bereich des Risikomanagements und der Ursachenanalyse. Dahingehend definiert sie fünf Ebenen, innerhalb welcher das Resilienz-Konzept angewendet werden soll:



(Europäische Kommission o.J.: Documents online)

Wie aus der Abbildung ersichtlich, dehnen sich diese Ebenen vom Staat bis zum einzelnen Individuum aus und geben Auskunft darüber, welche Sektoren, im Rahmen des Aktionsplanes, miteingeschlossen sind. Pospisil merkt dazu an, dass sich die EU hier insofern der häufig kritisierten Schwächen des Resilienz-Konzeptes annimmt (Wer sind seine Akteure?) und über diese Sichtbarmachung die konkreten Akteure, sowie den Aktionsradius definiert. Allerdings sei zu betonen, dass sich die Bezugnahme auf diese expliziten Ebenen als inkonsequent erweist, da hiermit immer noch die Frage offen bleibt, wie und in welcher Form diese übergreifenden Politikansätze zusammengeführt werden könnten (vgl. Pospisil 2013: 3).

Resilienzstrategien können nur im Rahmen langfristiger Lösungsansätze wirkungsvoll umgesetzt werden und müssen von daher fester Bestandteil in der Ausrichtung und Planung nationaler Politik sein. Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz werden von der EU als ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung ihres eigentlichen entwicklungspolitischen Zieles angesehen. Aufgrund ihrer Erfahrungen in Ländern mit fragiler Staatlichkeit, sollen wie bereits angedeutet politikfeldübergreifende Mechanismen, sowie Ansätze zur Risikovorsorge, dem Klimawandel und der Nahrungsmittelsicherheit zum Einsatz kommen: „[...] die Bereiche Katastrophenvorsorge und Anpassung an den Klimawandel [müssen] miteinander verknüpft werden [...], indem sie sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in humanitären Maßnahmen berücksichtigt werden“ (Europäische Kommission 2012: 3). Vor diesem Hintergrund müssen einerseits zentrale Elemente zur Verbesserung des Risikomanagements⁴⁹, sowie konkrete Schritte zur Stärkung der Resilienz in krisen- und katastrophengefährdeten Ländern ausgearbeitet werden. In Ländern mit wiederkehrenden Krisen wird der Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf der Ursachenbekämpfung liegen (vgl. ebd.: 11; 13). Für die praktische Umsetzung des Aktionsplanes orientiert sich die EU an den Erfahrungen der beiden erfolgreichen Initiativen SHARE und AGIR in Afrika. Ziel ist es, darauf aufbauend weitere Initiativen zu entwickeln, die sich dann folglich „[...] in spezifischen gesamteuropäischen Länderstrategien für die Arbeit in fragilen Staaten ausdrücken sollen [...]“ (Pospisil 2013: 7). Um aber langfristig den physischen Schutz eines Landes bzw. einer Region zu gewährleisten, bedarf es dauerhafter und funktionsfähiger Strukturen. Die Implementierung solcher *Policy*-Prozesse ist aber nicht nur extrem kompliziert und

⁴⁹ Die Kommission sieht in der Ausarbeitung eines gemeinsamen Analyserahmens (durch entwicklungs- und humanitäre Akteure) eine effektive Strategie, um den Ursachen von Krisen frühzeitig begegnen und sie darüber hinaus länderspezifisch einordnen zu können.

langwierig, sondern auch in hohem Maße von der staatlichen Funktions- und Durchsetzungsfähigkeit sowie von der Akzeptanz neuer Regime abhängig (vgl. Klingebiel 2013: 8). Die Schwierigkeit eines solchen Vorhabens liegt hier vor allem auf der programmatischen und konzeptionellen Ebene, wo aufgrund des gegenwärtig geringen internationalen Forschungsstandes zum Resilienz-Konzept, noch bedeutende Wissensdefizite zwischen den Sektoren und Ebenen zu verzeichnen sind (vgl. Pospisil 2013: 8). Positiv muss in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden, dass mit dem Resilienz-Ansatz der Versuch unternommen wird, einen auf Individuen bezogenen protektiven Ansatz zu etablieren, der dem Wandel der Sicherheitskultur gerecht wird und wieder vermehrt auf soziologische Komponenten zurückgreift (vgl. Klingebiel: 8f.).

4.4. Bewertung der Resilienz-Agenda im Kontext der Europäischen Union

4.4.1. Resilienz – ein Konzept für Gegenwart und Zukunft?

In einer Kommunikation des Europäischen Rates vom Mai 2013: „Schlussfolgerungen des Rates zum EU-Konzept für Resilienz“, wird in Anlehnung an die „Agenda für den Wandel“ hervorgehoben, wie wichtig es für die Qualität der EU-Außenpolitik ist, klare Querverbindungen zu aktuellen und zukünftigen Strategiepapieren und Tätigkeitsbereichen herzustellen (vgl. Europäischer Rat 2013: 3). Wichtig ist die Etablierung entsprechender Rahmenbedingungen, insbesondere für die Bewältigung von Natur- und vom Menschen verursachten Katastrophen, damit Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit überhaupt erst wirkungsvoll stattfinden kann. Das Konzept sollte sich von daher auf die Stärkung der nationalen Regierungen der Empfängerländer konzentrieren, damit diese zukünftig selbst in der Lage sind, „[...] Resilienz aufzubauen und dementsprechend die politischen, wirtschaftlichen, umweltpolitischen und sozialen Prioritäten festzulegen“ (ebd.: 4). Damit einher geht die wechselseitige Beziehung zwischen Entwicklung und Sicherheit, denn nachhaltige Entwicklung kann sich nur anhand der Ursachenbekämpfung von Krisen und der Verhinderung ihrer Wiederkehr einstellen (vgl. ebd.: 5). Der Aktionsplan unterliegt dem immensen Wandlungsprozess des Sicherheitsbegriffes und setzt auf eine vorsorgende und kohärente Sicherheitspolitik. Resilienz soll auf die strukturellen Krisenursachen, insbesondere im

Kontext von Fragilität und Nahrungsmittelkrisen einwirken und bildet von daher die Schnittstelle zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit (vgl. Pospisil 2013: 5). Mit dem Konzept rücken die sozialen und politischen Zusammenhänge in den Vordergrund der Diskussion, „[...] was gerade in entwicklungspolitischen Statebuilding-Ansätzen tatsächlich eine markante Änderung darstellt“ (ebd.: 9). Auffallend ist zudem, dass mit dem Resilienz-Ansatz sicherheitspolitische Überlegungen, im Überschneidungsbereich von Sicherheit und Entwicklung, wenig bis kaum eine Rolle spielen, wodurch sich die Argumentationslinien im Kontext des Entwicklungs-Sicherheits-Nexus merklich verändert haben (vgl. ebd.: 3f.). In der Fokussierung auf humanitäre Anliegen und soziale Sicherung erzeugt die veränderte Rhetorik einen politisch-diplomatischen Effekt: Indem die EU ihre nationalen Eigeninteressen entlang der globalen (Sicherheits-)Interessen ausformuliert, sorgt sie für mehr Transparenz in der Strategieerarbeitung ihrer entwicklungs- und umweltpolitischen Ziele. In der „[...] Anerkennung des Umstands, dass es vorrangig in die Verantwortung der nationalen Regierungen fällt, Resilienz aufzubauen [...]“ (Europäischer Rat 2013: 4), sollen gemeinsam mit den Partnerländern strategische Prioritäten definiert und koordinierte sektorenübergreifende Entwicklungspläne aufgestellt werden (vgl. ebd.). Auch wenn dies in der Praxis tatsächlich vereinzelt umgesetzt wird ist dennoch davon auszugehen, dass sich Strategien, Prioritäten und Maßnahmen auch zukünftig an den sicherheitspolitischen und kommerziellen Interessen der EU zu orientieren haben. Mit anderen Worten wird nun der Aufbau von Resilienz zur Vorbedingung von Entwicklung und die Sicherheitskonditionierung der Entwicklungszusammenarbeit bleibt nach wie vor bestehen. Der Wandel in der Terminologie, von Fragilität zu Resilienz, verändert nicht nur den politischen Diskurs, sondern geht auch mit einer qualitativen Veränderung der Zielbestimmungen von Entwicklungspolitik einher. Internationales Engagement in fragilen Staaten oder Situationen soll nicht mehr ausschließlich darauf abzielen, stabile und leistungsfähige Institutionen aufzubauen, „[...] sondern die Arbeit an möglichst trag- und widerstandsfähigen Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft rückt in den Mittelpunkt“ (vgl. Pospisil/Werther-Pietsch 2009: 43).

Mit dem Aktionsplan für Resilienz gelingt es der EU, ihren ambitionierten Zielvorgaben aus der „Agenda für den Wandel“ auf formaler Ebene Ausdruck zu verleihen. Ebenso kommt sie der viel zitierten Kritik entgegen, sie würde zu wenig auf die wechselseitige Bedingtheit von Sicherheit und Entwicklung eingehen und die komplexen

Interdependenzen in der Ausarbeitung ihrer Strategien nicht berücksichtigen. Mit der Definition eines Aktionsrahmens auf fünf spezifischen Ebenen gelingt es ihr, den erweiterten Sicherheitsbegriff im entwicklungs- und umweltpolitischen Bereich sinnvoll umzusetzen. Womit aber wie bereits erwähnt nach wie vor die Frage offen bleibt, wie diese unterschiedlichen Sektoren im Rahmen politikfeldübergreifender Maßnahmen, realistisch zusammengeführt werden können bzw. sollen.

Die angestrebten Reformstrukturen im Resilienz-Ansatz bezeugen das sich wandelnde Sicherheitsbedürfnis und entwickeln Szenarien einer Risikovorsorge im Kontext menschlicher Entwicklung. Das Konzept der *Human Security* erfährt auch im Zuge der Resilienz-Agenda eine inhaltliche Aufwertung und beweist seine Stärke für die Etablierung eines neuen Sicherheitsparadigmas. Im Kontext „[...] zunehmender existenzieller und wahrgenommener Unsicherheiten in vielen gesellschaftlichen Handlungs- und Strukturbereichen [...]“ (Bürkner 2010: 5), sowie der wachsenden sozialen Disparitäten und der laufenden Verknappung natürlicher und materieller Ressourcen (vgl. ebd.: 6), versteht die EU ihren Aktionsplan als einen Entwurf für die internationale Politik. In erster Linie ist dafür aber ein einheitliches Verständnis von Resilienz in Theorie und Praxis notwendig, sowie darüber hinaus die Erfolgsaussichten hinsichtlich Umsetzung und Wirkung dieses Ansatzes nicht nur innerhalb der EU, sondern generell noch sehr undurchsichtig sind (vgl. Pospisil 2013: 7).

Die entwicklungspolitische (Um-)Orientierung auf den Resilienzbegriff erzeugt aber schon aufgrund seiner gegenwärtigen Beliebtheit einen positiven Effekt. Denn angesichts der Vielfalt und der Unvorhersehbarkeit von Risiken kann Sicherheit, egal in welchem Bereich, nicht gewährleistet werden. Somit geht es heute nicht mehr vordergründig um das Verhindern von Schadensereignissen, sondern um präventive Maßnahmen zu deren Bewältigung. Wie wirkungsmächtig dieser neue Ansatz für die EU und ihre Führungsrolle in der internationalen Entwicklungspolitik sein wird, kann bislang noch nicht abgeschätzt werden. Der Aktionsplan gibt keine konkrete Auskunft darüber, was den Resilienz-Ansatz von vorhergehenden Ansätzen, wie etwa der Nachhaltigkeit, grundlegend unterscheidet (vgl. ebd.: 9). Für die Umsetzung der Resilienz-Agenda wird die Konditionierung von Entwicklungshilfe, im Sinne einer *Good Governance*, der zentrale Hebel bleiben, um insbesondere in fragilen Staaten unmittelbaren Einfluss auf die Regierungsführung zu nehmen.

Das „EU-Konzept für Resilienz“ zeigt integrierte Denkmuster, die den vielfältigen Kausalitäten zwischen Sicherheit und Entwicklung zugrunde liegen. In der Ursachenanalyse und Strategieerarbeitung geht es aber zu unspezifisch auf die jeweils unterschiedlichen politischen Kontexte und länderbezogenen Probleme sowie Bedürfnisse ein. Sofern dieser fehlenden empirischen Fundierung zu Resilienz-basierten Ansätzen nachgekommen wird, hat das Konzept durchaus Potenzial, ein neues entwicklungspolitisches Grundlagendokument zu werden.

4.4.2. Schlussgedanken: Entwicklungspolitik als Präventionsstrategie?

Die entwicklungspolitischen Schlüsselbegriffe wie Nachhaltigkeit, Fragilität, *Human Security* und Resilienz, stehen allesamt für Diskurse mit Themen der Zukunftsgestaltung. Aus diesem Grund sind sie dafür geeignet, ein öffentliches Thema und dessen Elaboration für eine Zeitlang zu besetzen (vgl. Rothkegel 2012: 89f.). „Semantisch ist vorausgesetzt, dass der einzelne Begriff durch die Verwendung in unterschiedlichen Domänen und kommunikativen Kontexten eine starke Generalisierung erfährt und sich dadurch in sehr unterschiedliche Diskurse einpasst“ (ebd.: 90). Insofern eröffnen Schlüsselbegriffe einen großen Interpretationsspielraum, innerhalb welchem die unterschiedlichen sozialen Realitäten, unterschiedliche Bedeutungen derselben hervorbringen. Die Dynamik der Bedeutungserweiterung- bzw. Verschiebung ermöglicht den politischen Akteuren, Diskurse für ihre Interessen zu beeinflussen und ihnen eine inhaltliche Neuausrichtung zu geben. Zugänge zur Realität werden über eine „konzeptuelle Modellierung von Begriffen“ kommuniziert und können nur innerhalb eines bestimmten Kontextes richtig erfasst werden. Für den entwicklungspolitischen Kontext dominieren in diesem Zusammenhang die Begriffe Sicherheit, Fragilität und Resilienz den gegenwärtigen Diskurs und müssen von daher als miteinander verbundene (semantische) Modelle der Zukunftsgestaltung erfasst werden: „Zukunft findet in der Kommunikation statt. Kommuniziert werden Annahmen über zukünftige Situationen, woraus sie entstehen und wie sie sich verändern können, welche Handlungen zu gewünschten Ergebnissen und Folgen führen können und welche nicht“ (vgl. ebd.: 90f.).

Der Wandel von Terminologien verändert die politischen und konzeptionellen Strukturen und verlangt nach neuen Argumentationslinien. Sicherheit, Nachhaltigkeit

und Fragilität sind in der Weise sachlich miteinander verknüpft, dass sich jegliche Form von Gefährdung oder absehbaren Risiko, negativ auf die Zukunftsgestaltung auswirkt und den anvisierten Wandel in Frage stellt bzw. unmöglich macht (vgl. ebd.: 99). Indem insbesondere auf Umwelt- und Klimakatastrophen kaum Einfluss genommen werden kann, diese aber gegenwärtig und auch zukünftig als die größte Herausforderung des menschlichen Daseins kommuniziert werden, braucht es neue Ansätze bzw. Begriffe, die im objektiven Sinn Sicherheit generieren. Im Sicherheitsdiskurs sind die Begriffe Gefahr und Risiko von elementarer Bedeutung, da sie ein Unsicherheitsgefühl generieren und zu entsprechenden Handlungen auffordern. In der Begegnung der wahrgenommenen Risikofaktoren kommen bestimmte präventive Modelle und Maßnahmen zum Einsatz. Sie sind darauf ausgerichtet, die Ursachen der jeweiligen Risikofaktoren ausfindig zu machen oder bei Eintritt des Schadens zumindest darauf vorbereitet zu sein; in diesem Sinne eine Schadensbegrenzung zu gewährleisten.

Aus diesen Gründen nimmt das Konzept der Resilienz gegenwärtig eine bedeutende Rolle in der Diskussion um den Nexus von Sicherheit und Entwicklung ein. Der Begriff hat nicht nur zu einer inhaltlichen Neuausrichtung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen geführt, sondern resultiert auch aus der veränderten Wahrnehmung von Bedrohungen als zukunftsgefährdende Risiken. Im theoretischen Abschnitt (Ab. 2.3.2.) der vorliegenden Arbeit wurde dahingehend der Ansatz der *riskification* von Olaf Corry vorgestellt, welcher sich der Bedeutungsverschiebung von Unsicherheit annimmt und den Wechsel vom Verteidigungs- zum Präventionsparadigma reflektiert. Der Perspektivenwechsel auf die Ursachen von Konflikten und Risiken, ermöglicht eine Analyse der politischen Reaktionen im Kontext des neuen Sicherheitsparadigmas. Vordergründig geht es dabei um jene politischen Rahmenbedingungen und Normative, die auf eine permanente Veränderung der wahrgenommenen Risikofaktoren abzielen und dabei das veränderte Sicherheitsbedürfnis unterstreichen. Die folgende Grafik dokumentiert den rhetorischen und politischen Prozess:

Table 1. Grammars of security			
Language game	Securitisation (security politics)	Riskification (risk politics)	Politicisation (normal politics)
Grammar	Construction of scenario of direct harm (an existential threat) to a valued referent object.	Construction of conditions of possibility of harm (a risk) to a governance-object.	Construction of object as governable (making it distinct, malleable, measurable).
Political imperative	Plan of action for defence against threat, that is external to referent object.	Plan of action to increase governance and resilient of referent object.	Plan of action to maximise utility in trade-offs with other goods.
Performative effects	Legitimation of exceptional measures (secrecy, no-holds-barred action, no trade-offs with security) aiming for survival.	Legitimation of precautionary measures, i.e. inclusion of a safety margin.	Legitimation of trade-offs in relation to other goods.

(Quelle: Corry, Olaf 2012: 249)

Neue Sicherheitsparadigmen erfordern neue Rahmenbedingungen, welche wiederum zu neuen Begründungsmustern und politischen Konstellationen führen. In der Fokussierung auf ein präventives Risikomanagement, kommt es beiläufig zu Handlungsdefiziten in anderen politischen und gesellschaftlichen Bereichen, sogenannte *trade-offs*. Diese werden aber in Relation zu den unmittelbaren Unsicherheitsfaktoren als unumgänglich dargestellt und erschöpfen sich in der Diskussion um langfristig angelegte Entwicklungs- und Sicherheitsstrategien, welche im Umkehrschluss einen positiven Effekt für den gesamtstaatlichen Bereich erwirken (sollen) (vgl. Corry 2012: 249). So argumentiert auch die Europäische Kommission im Rahmen der Resilienz-Agenda ihr verändertes internationales Engagement, insbesondere in fragilen Situationen, folgendermaßen:

Die EU ist einer der weltweit größten Geber und stellt lebensrettende Hilfe für Menschen bereit, die von unterschiedlichen Krisen betroffen sind. In den vergangenen Jahren hat der Bedarf an solcher Hilfe erheblich zugenommen und übersteigt die verfügbaren Ressourcen inzwischen bei weitem. Diese Hilfe ist lebenswichtig, zielt allerdings hauptsächlich auf die Bewältigung von Notsituationen ab und muss durch Unterstützung ergänzt werden, die es gefährdeten Bevölkerungsgruppen ermöglicht, wiederholten widrigen Ereignissen und langfristigen Belastungen standzuhalten, sie zu bewältigen und sich anzupassen (Europäische Kommission 2012: 2).

Dabei definiert sie „[...] Investitionen in die Resilienz [als] kostenwirksam. [Denn] [e]ine Bekämpfung der Ursachen wiederkehrender Krisen statt nur der Folgen ist nicht nur besser – vor allem für die betroffenen Menschen –, sondern auch wesentlich kostengünstiger. In Zeiten des globalen Konjunkturrückgangs und weltweit knapper Haushaltsmittel geraten die Partnerländer und Geber zunehmend unter den Druck, zu beweisen, dass sie die verfügbaren Mittel optimal nutzen (ebd.: 3).

Die Zuwendung zu risikobasierten Analysen impliziert unter anderem die Annahme, dass wir uns vor Risiken nicht explizit schützen können. Insbesondere was den Klimawandel angeht sind wir der Gefahr nahezu ausgeliefert, können sie aber eindämmen, indem wir unser Verhalten für eine sichere Zukunft nachhaltig verändern. Indem immer häufiger betont wird, dass das menschliche Verhalten Naturkatastrophen maßgeblich beeinflusst, stellt sich für die internationale Politik die Frage, wie sie die globale Zukunftsfähigkeit gesellschaftlicher Systeme gestalten und sichern kann. Diese Frage betrifft von der Außen-, Sicherheits- und Sozialpolitik, über die Ökologie und Ökonomie alle Politikfelder, einschließlich der Entwicklungspolitik (vgl. Eid 2001: 9). Das Sicherheit und Entwicklung auf naheliegende Weise miteinander verknüpft sind, wurde im Zuge dieser Arbeit deutlich aufgezeigt. Gleichzeitig wurde aber auch darauf hingewiesen, dass der veränderte Sicherheitsdiskurs die beiden ehemals getrennten Politikbereiche zunehmend miteinander in Bezug gesetzt und von einander abhängig gemacht hat. Dieser Veränderungsprozess lässt sich anhand der Schnittstellen von Sicherheit und Entwicklung erklären und ist an ein verändertes Sicherheitsverständnis- und Bedürfnis rückgebunden. Als Referenzrahmen wurden zentrale entwicklungspolitische Primärquellen der EU, sowie anderer wichtiger Geberinstitutionen herangezogen, die entlang einer versicherheitslichen Rhetorik und normativer Leitbilder, die Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik belegen.

Globalisierung, die steigende Anzahl innerstaatlicher und machtpolitischer Konflikte, sowie die globalen umweltpolitischen Herausforderungen, haben zu tiefgreifenden Veränderungsprozessen, Verwerfungen und Einschnitten in allen Gesellschaften geführt (vgl. ebd.). Die neuen Unsicherheitsthemen werden die globalen Herausforderungen der kommenden Dekade bleiben und die Entwicklungspolitik muss sich vor diesem Hintergrund neu ausrichten (vgl. ebd.: 9f.). Sie muss ihre Stärken und Schwächen einschätzen können und aus vergangenen Fehlschlägen sowie Erfolgen lernen. Das Konzept der Resilienz greift diese Punkte auf, indem es sich maßgeblich an den strukturellen Entwicklungsproblemen orientiert und Wege zu deren Überwindung sucht. Das Vorhandensein von trag- und widerstandsfähigen Strukturen in den Partnerländern, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Wirksamkeit von Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit. Geber- sowie Partnerländer sehen sich dem Druck ausgesetzt, die Wirksamkeit ihrer Zusammenarbeit zu bekräftigen und Ressourcen entsprechend einzusetzen. Indem dies vermehrt über die politische

Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit vorangetrieben wird, unterliegt die Entwicklungspolitik einer zunehmenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Internationalisierung, was sich wiederum auf die nationale Regierungsfähigkeit der Partnerländer auswirkt. Angesichts der Unübersichtlichkeit über die Bedrohungen führt dies im Sinne Olaf Corrys zu einem *risk-profiling*, welches die Gefahr entpersonalisiert und im übertragenen Sinn zu einer Neubegründung des Nexus von Sicherheit und Entwicklung geführt hat: Indem neue Begrifflichkeiten neue Unsicherheitsphänomene hervorgebracht haben und diese vorwiegend auf der südlichen Hemisphäre ihren Ursprung finden, legitimieren sie unter den neuen Maßstäben von (Un-)Sicherheit präventive Interventionspolitiken.

Angesichts der neuen globalen Herausforderungen und sicherheitspolitischen Bedingungen, fungiert die Entwicklungspolitik heute vorwiegend als Instrument zur Herstellung innerer Sicherheit in fragilen Staaten. Damit wird sie auf ihre präventiven Eigenschaften reduziert und verliert ihren ursprünglich armutsorientierten Charakter. Durch ihre Einbindung in regionale und sektorale Strukturpolitik entsteht ein komplexes Bild ineinandergreifender Politikfelder, die wiederum von divergierenden Interessen und Einflusssphären geprägt sind. In der fachwissenschaftlichen Literatur wird vorwiegend darüber diskutiert, wessen Sicherheit über die angestrebte Neuausrichtung der Entwicklungspolitik eigentlich gewährleistet werden soll. Im Kontext der Europäischen Union und ihrer umfassenden Sicherheitsagenda liegt die Annahme nahe, dass sich ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten vordergründig an ihren eigenen Sicherheitsinteressen orientieren. Wie jede andere wohlhabende Nation ist sie um einen kontinuierlichen Ausbau ihrer weltweiten Handelsbeziehungen bemüht und verfolgt hegemoniale Absichten. Durch die Erweiterung ihrer Außengrenzen an krisenanfällige Länder, sieht sie vor allem ihre östlichen und südlichen Peripheren zunehmend von den Folgen innerstaatlicher Konflikte oder Krisen bedroht. Aus dieser Perspektive werden die Ursachen von Konflikten und Risiken an die Ränder der peripheren Weltregionen verschoben und die Stabilisierung schwacher Staaten wird zur Kernaufgabe der europäischen Entwicklungspolitik. Um stabile staatliche, politische und gesellschaftliche Strukturen aufzubauen, ist eine gezielte und koordinierte Abstimmung außenpolitischer Instrumente unerlässlich. Wenn aber Stabilitätsimport unter den gegenwärtigen Bedingungen als das politische Primärziel der Entwicklungspolitik angesehen wird, dann muss sie heute vielmehr als eine Art Präventionspolitik verstanden werden. Das Konzept der Resilienz wirbt für eine

integrative Sicht der unterschiedlichen Maßnahmen und belegt die Reaktion der Europäischen Union auf die neuen Unsicherheitsphänomene. Mit dem Perspektivenwechsel auf die Ursachenanalyse von globalen Risiken, liegt der Schwerpunkt der lokalen bzw. regionalen Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr unmittelbar auf dem Ziel der Armutsbekämpfung, sondern orientiert sich vornehmlich an politischen Allgemeininteressen. Der entwicklungspolitische Paradigmenwechsel ist vor den neuen globalen Konstellationen nicht unbegründet, denn Entwicklungszusammenarbeit braucht ein stabiles Klima, um ihrem Anspruch gerecht zu werden. Sie muss sich angesichts der Vielfalt und Unübersichtlichkeit möglicher Risiken neu positionieren und neue wirksame Instrumente schaffen. Ob dies im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik über eine Resilienz-Agenda erfolgreich sein wird, kann zum aktuellen Zeitpunkt noch nicht eingeschätzt werden. Sofern es der Europäischen Union gelingt, ihre außenpolitischen Instrumente und Zielsetzungen zu harmonisieren, und ihr entwicklungspolitisches und (zivil-)militärisches Engagement besser gegeneinander abzugrenzen, könnte sie ihre Führungsrolle und den beabsichtigten „Wandel“ in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit weiter ausbauen. Entwicklung als Beitrag zu Stabilität, wie sie im „Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik“ deklariert wird, darf dabei nicht den Eigeninteressen und sicherheitspolitischen Ansprüchen der Geberländer unterworfen werden.

5. Conclusio

In der vorliegenden Diplomarbeit sollte eine Antwort auf die Frage gegeben werden, wie die Europäische Union im Rahmen ihrer außenpolitischen Instrumente auf die jüngsten globalen Veränderungsprozesse und Herausforderungen reagiert und welche Rolle der Nexus von Sicherheit und Entwicklung dabei einnimmt. Es wurde davon ausgegangen, dass die Verknüpfung von Entwicklungs- und Sicherheitsdiskursen kein neues Phänomen darstellt, sondern sich heute lediglich unter anderen politischen, gesellschaftlichen und globalen Bedingungen vollzieht. Um die Neuartigkeit dieser Diskurse herauszuarbeiten, wurde einleitend auf die Theoriegeschichte von Sicherheit und Entwicklung Bezug genommen. In der Auseinandersetzung mit der historischen Dimension konnten Brüche und Kontinuitäten aufgezeigt werden, welche ein Verständnis für den internationalen Paradigmenwechsel und die gegenwärtigen globalen Konstellationen generieren. Dabei wurde aufgezeigt, dass sich der Nexus von Sicherheit und Entwicklung im Kontext der zunehmenden globalen Interdependenzen grundlegend verändert und zu einer Neupositionierung der Entwicklungspolitik im sicherheitspolitischen Spektrum geführt hat. Das Ende des Kalten Krieges und das Aufkommen neuer, nicht-militärischer Bedrohungen, veränderte das wechselseitige Verhältnis von Sicherheits- und Entwicklungspolitik in den Außenbeziehungen der internationalen Gebernationen. Grund dafür ist eine neue Sicherheitskultur, aufgrund welcher sich Wahrnehmungen und Reaktionen hinsichtlich potenzieller Risiken und Gefahren nachhaltig verändert und zu neuen Interventionsparadigmen geführt haben. Machtvolle politische Diskurssetzungen bestimmen dabei den konzeptionellen Rahmen der zunehmenden Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Entwicklungspolitik. Entwicklungspolitische Schlüsselbegriffe wie *Human Security*, *Good Governance* und Fragilität, haben sich zu zentralen Normativen internationaler Entwicklungspolitik herausgebildet und unterstreichen das gewandelte Sicherheitsparadigma. Vor diesem Hintergrund wurde der Transformationsprozess der Entwicklungspolitik, entlang der gewandelten Terminologien und sprachlichen Rhetorik aufgezeigt und als Erklärungsrahmen für die Neubegründung der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit analytisch aufbereitet.

Entwicklungspolitik befindet sich an der Schnittstelle von Außen- und Sicherheitspolitik. Um die qualitativen und institutionellen Auswirkungen der sich veränderten entwicklungspolitischen Zielsetzungen aufzuzeigen, wurden wichtige offizielle

Primärquellen internationaler Entwicklungshilfeagenturen und der Europäischen Union, sowie fachwissenschaftliche Sekundärliteratur in die Analyse miteinbezogen. Im Rahmen einer Literaturanalyse lag der Fokus vordergründig auf den aktuellen außen- und entwicklungspolitischen Dokumenten der Europäischen Union. Diese wurden als Fallbeispiele herangezogen, um die Schnittstellen des Nexus von Sicherheit und Entwicklung aufzuzeigen und zu bewerten. Darüber hinaus können sie allesamt als Instrumente zur Umsetzung des ganzheitlichen europäischen Ansatzes verstanden werden und geben Aufschluss über die Selbstwahrnehmung der EU innerhalb der Internationalen Beziehungen. Die veränderten Analyseraster zu den neuen Unsicherheitsthemen, bringen neue Interdependenzen und Risiken für die europäische Entwicklungszusammenarbeit mit sich. Darüber hinaus sind sie für die Verschränkung von Sicherheitsinteressen und Kontrollansprüchen ein wesentlicher Faktor: Indem sich die Europäische Union einem unsicheren Sicherheitsumfeld gegenüber sieht und aber gleichzeitig ihre Rolle als *global-player* weiterhin ausbauen will, knüpft sie mit unterschiedlichen Inhalten und Konzepten an politische Diskurssetzungen an und beeinflusst diese maßgeblich. Die Hervorhebung sicherheitspolitischer Aspekte hat ihr neue Interventionsmöglichkeiten eingeräumt, wodurch sich die Tendenz bemerkbar macht, die Entwicklungszusammenarbeit für sicherheitspolitische Interessen, im Rahmen der Konfliktbewältigung zu instrumentalisieren. Die gegenwärtig sichtbarsten institutionellen Auswirkungen des neuen sicherheits- und entwicklungspolitischen Paradigmas spiegeln sich in den Dokumenten der EU sowie der OECD wieder. Das zunehmende Ineinandergreifen der vormals getrennten Politikbereiche hat zu einer sicherheitspolitischen Konditionierung der Entwicklungszusammenarbeit geführt und schlägt sich in der Ausweitung der ODA-Kriterien für sicherheitspolitische Zwecke nieder. Diese Entwicklung ist vor allem für jene Länder besonders bedenklich, welche sich aufgrund der sicherheitspolitischen Forderungen nicht kooperationsbereit zeigen und von Hilfsleistungen ausgeschlossen werden können. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Entwicklungspolitik an Unabhängigkeit verliert und sich in ihrer zukünftigen Ausrichtung vorwiegend an der Ursachenbekämpfung globaler Sicherheitsrisiken orientiert. Traditionelle entwicklungspolitische Aufgabenfelder, wie das Ziel der direkten Armutsbekämpfung, verlieren vor dem Hintergrund eines neuen Sicherheitsbedürfnisses an Bedeutung und verändern nicht nur die Zielsetzungen in der Strategieplanung, sondern auch das Geberverhalten.

Im Rahmen der Untersuchung hat sich gezeigt, dass die Gründe für das Wechselverhältnis von Sicherheit und Entwicklung sehr vielfältig sind und sich im gegenwärtigen Kontext vornehmlich auf die Ursachen von innerstaatlichen Konflikten beziehen. Um die Verbindung von Sicherheits- und Entwicklungspolitik nachvollziehen zu können ist es wichtig zu verstehen, wo ihre Schnittstellen liegen und welche Aspekte in die Ursachenanalyse von Risiken miteinbezogen werden. Die Globalisierung dieser Risiken hat zu neuen Integrationsansätzen in der entwicklungspolitischen Praxis geführt, welche gegenwärtig mit dem Konzept der Resilienz umgesetzt werden sollen. Die Europäische Union ist dahingehend um eine außenpolitische Kohärenz ihrer Mitgliedsstaaten bemüht, da der Nexus von Sicherheit und Entwicklung die Notwendigkeit einer multilateralen Zusammenarbeit erkennen hat lassen. Damit hat sie gute Möglichkeiten, ihr internationales entwicklungspolitisches Engagement noch wirksamer zu gestalten. Allerdings erschwert sich der europäische Integrationsprozess aufgrund der Vielfalt von Akteuren, Strategien und konkurrierenden Interessen.

Die Auseinandersetzung mit dem *Nexus von Sicherheit und Entwicklung in den Außenbeziehungen der Europäischen Union* hat gezeigt, dass die EU auf die jüngsten globalen Sicherheitsrisiken mit einer ressortübergreifenden Politikgestaltung und einer Flexibilisierung ihrer außenpolitischen Instrumente reagiert. In Ländern mit fragiler Staatlichkeit ist die Stabilisierung staatlicher und gesellschaftlicher Sektoren eine wesentliche Voraussetzung, um nachhaltige Entwicklungserfolge zu erzielen. Die Entwicklungspolitik darf sich aber nicht an den Sicherheitsinteressen der Geber ausrichten, sondern muss ihre Zielsetzungen über die Bedürfnisse der am meisten gefährdeten und von Konflikten betroffenen Menschen definieren und nicht umgekehrt. Vor diesem Hintergrund bleibt nur zu hoffen, dass die Europäische Union im Rahmen ihrer Resilienz-Agenda die Implementierung des Konzepts in den unterschiedlichen *Policy*-Bereichen weiterhin vorantreibt und dabei ihre zivilen sowie militärischen Instrumente und Interventionen besser von einer abkoppelt. Ansonsten entsteht neuerlich der Eindruck, die Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Prävention zu instrumentalisieren und ihr damit wichtige Ressourcen für die unmittelbare Armutsbekämpfung zu entziehen. Durch den Druck der politischen Konditionierung von Entwicklungshilfe, wird die Staatstätigkeit in den Entwicklungsländern weiterhin eingeschränkt und verliert womöglich noch mehr an Effektivität. Die wirtschaftlichen und politischen Auflagen der Geberinstitutionen, stellen für bereits geschwächte staatliche Strukturen und Institutionen eine besondere Herausforderung dar. Wenn

sich die wirtschaftspolitischen Auflagen zur Gewährung von Entwicklungshilfe weiterhin an den Sicherheitsinteressen der Geberinstitutionen orientieren, dann stellt sich nicht nur die Frage, inwiefern das Instrument der Entwicklungszusammenarbeit im Sinne von Prävention tatsächlich etwas bewirken kann. Vielmehr entsteht der Eindruck, dass trotz der durchaus ambitionierten und zukunftsorientierten Absichten der Gebernationen, zu wenig aus den vergangenen Misserfolgen und Rückschlägen im Rahmen der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit gelernt wurde.

Sicherheit und Entwicklung sind zwei miteinander verbundene Ziele. Der politische Appell zu einer verstärkten Konvergenz der beiden Politikfelder klingt überzeugend und findet seine Begründung in der Ära unmittelbar nach dem Ende der Bipolarität. Die Auflösung der sicherheitspolitischen Allianzen wirkte sich unmittelbar auf die von ihnen abhängigen peripheren Regionen aus. Die vielen innergesellschaftlichen Konflikte nach der Zeit des Kalten Krieges haben zur Etablierung neuer Grundsatzdokumente seitens führender internationaler Institutionen und Geberstaaten geführt. Entwicklungs- und Sicherheitsdiskurse haben sich dahingehend verändert und zu neuen politischen Reflexionen angeregt. Der rhetorischen Forderung einer kohärenten Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, fehlt es gegenwärtig an einer glaubwürdigen argumentativen Basis: Die Dokumentenanalyse der Europäischen Union hat keine Erkenntnis darüber geliefert, wie die beiden Politikfelder Sicherheit und Entwicklung zukünftig integriert werden sollen. Integrierte Ansätze zur Lösung von sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen in Entwicklungsländern, können zwar zur Bewältigung von Konflikten beitragen und somit Risiken vorbeugen, sie sind aber immer vom jeweiligen politischen Kontext, den verwendeten Analyserastern und entwicklungspolitischen Normativen abhängig. Die komplexen Dynamiken der sektoralen Überschneidungen können sich in länderspezifischen Kontexten unterschiedlich auswirken. Die Sicherheits- und Entwicklungsinteressen der Europäischen Union korrelieren zumeist nicht völlig mit denen ihrer Partnerländer. Der Perspektivenwandel in der Ursachenanalyse hat zu Verallgemeinerungen im Risikomanagement und zur Etablierung neuer entwicklungspolitischer Leitbilder geführt. Die Probleme der Entwicklungsländer sind aber sehr vielfältig und können nicht entlang normativer Kategorien gelöst werden. Der entwicklungspolitische Paradigmenwandel zeigt letztendlich eine reflektierte sowie integrierte Denkweise zu den vielschichten Kausalitäten von Sicherheit und Entwicklung, und könnte vor dem

Hintergrund kontextspezifischer Analysen zu mehr Wirksamkeit in der Entwicklungspolitik- und Zusammenarbeit führen.

6. Literaturverzeichnis

Bayer, Stefan (2011): Umwelt und Sicherheit. In: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik. Furth: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, S. 141-152.

Beck, Ulrich (1997): Weltrisikogesellschaft, Weltöffentlichkeit und globale Subpolitik. Wien: Picus Verlag.

Boeckh, Andreas (1993): Entwicklungstheorien. Eine Rückschau. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt: 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, S. 110-130.

Boutros-Ghali, Boutros (1992): An Agenda for Peace. Preventive diplomacy, peacemaking and peace-keeping, Report of the Secretary-General pursuant to the statement adopted by the Summit Meeting of the Security Council on 31 January 1992 no. A/47/277 – S/24111. New York: United Nations.

Brock, Lothar (2004): Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Keine Zauberformel für die Begründung ziviler Konfliktbearbeitung. In: Die Friedens-Warte, Bd. 79/3. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag GmbH, S. 323-384.

Brock, Lothar (2007): Die Transformation der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts: Sicherheitsdiskurse als Empowerment? In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP): Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen: Kohärenz oder Konkurrenz. Wien: Mandelbaum, Vol. 23, Nr. 4, 2007, S. 38-58.

Brock, Lothar (2009): The Problematic Securitisation Debates. In: Brock-Utne, Birgit/ Garbo, Gunnar (Hg.): Language and Power. The Implications of Language for Peace and Development. Tanzania: Mkuki na Nyota Publishers Ltd, S. 48-57.

Buzan, Barry/ Wæver, Ole/ Wilde, Jap de (1998): Security. A New Framework for Analysis. Boulder: Lynne Rienner.

Bürkner, Hans-Joachim (2010): Vulnerabilität und Resilienz. Forschungsstand und sozialwissenschaftliche Untersuchungsperspektiven. In: IRS. Working Paper No. 43, Erkner, Leibnitz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung. Zugang über: http://www.irs-net.de/download/wp_vr.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Corry, Olaf (2012): Second-order Security and the Politics of Climate Change. In: Millennium – Journal of International Studies, 40/2, S. 235-258.

Daase, Christopher (1993): Sicherheitspolitik und Vergesellschaftung. Ideen zur theoretischen Orientierung der sicherheitspolitischen Forschung. In: Daase, Christopher (u.a.) (Hg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden: Nomos, S. 39-64.

Daase, Christopher (2010a): Wandel der Sicherheitskultur. In: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, Jg. 50/2010, S. 9-16.

Zugang über: <http://www.bpb.de/apuz/32301/wandel-der-sicherheitskultur?p=all>

[Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Daase, Christopher (2010b): Der erweiterte Sicherheitsbegriff. Working Paper 1/2010. Frankfurt: Goethe-Universität. Zugang über:

<http://www.sicherheitskultur.org/fileadmin/files/WorkingPapers/01-Daase.pdf>

[Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Debiel, Tobias/ Werthes, Sascha (2005): Human Security – Vom politischen Leitbild zum integralen Baustein eines neuen Sicherheitskonzepts? In: Broszka, Michael (u.a.) (Hg.): S+F Sicherheit und Frieden. Security and Peace. Baden-Baden: Nomos. Jg. 23/1, S. 7-14.

Debiel, Tobias/ Werthes, Sascha (2013): Menschliche Sicherheit: Fallstricke eines wirkungsmächtigen Konzepts. In: Daase, Christopher/ Engert, Stefan/ Junk, Julian (Hg.): Verunsicherte Gesellschaft – überforderter Staat. Zum Wandel der Sicherheitskultur. Frankfurt/New York: Campus Verlag. S. 319-336.

Dettke, Dieter (2004): Begriffe I. Der Sicherheitsbegriff. In: Rinke, Bernhard/ Woyke, Wichard (Hg.): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 9-24.

Duffield, Mark (2001): Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security. London/New York: Zed Books.

Eid, Uschi (2001): Entwicklungspolitik als Internationale Strukturpolitik. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Entwicklungspolitik als internationale Strukturpolitik. Dokumentation des Ersten Entwicklungspolitischen Forums der Heinrich-Böll-Stiftung am 19./20. Mai 2000 in Berlin. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, S. 7-15.

Englert, Birgit/ Grau, Ingeborg/ Komlosy, Andrea (2006) (Hg.): Globale Ungleichheit in historischer Perspektive. In: Dies. (Hg.) Nord-Süd-Beziehungen. Kolonialismen und Ansätze zu ihrer Überwindung. Wien: Mandelbaum, S. 13-28.

Europäischer Entwicklungsbericht (2009): Fragilität in Afrika überwinden: Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Ansatz. San Domenico di Fiesole: Robert Schuman Centre for Advanced Studies. Zugang über: http://ec.europa.eu/europeaid/what/development-policies/research-development/documents/erd_report_2009_de.pdf [Letzter Zugriff: 10.1.2014]

Europäische Kommission/Rat (2000): Erklärung des Rates und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft. Brüssel.
Zugang über: http://europa.eu/legislation_summaries/other/r12001_de.htm
[Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Europäisches Parlament/Rat/Kommission (2006): Gemeinsame Erklärung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedsstaaten, des Europäischen Parlaments und der Kommission zur Entwicklungspolitik der Europäischen Union: „Der Europäische Konsens“. Zugang über: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2006:046:0001:0019:DE:PDF>
[Letzter Zugriff: 10.1.2014]

Europäische Kommission (2007): Mitteilung der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Überlegungen zur Vorgehensweise der EU in Situationen der Fragilität - Engagement für nachhaltige Entwicklung, Stabilität und Frieden in schwierigen Kontexten. KOM(2007) 643 endgültig, Brüssel. Zugang über:

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2007:0643:FIN:DE:PDF>

[Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Europäische Kommission (2011): Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel. KOM (2011) 637, Brüssel. Zugang über:

http://ec.europa.eu/europeaid/what/developmentpolicies/documents/agenda_for_change_de.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Europäische Kommission (2012): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: Ein EU-Konzept für Resilienz: Lehren aus Ernährungsmittelkrisen. Brüssel, 3.10.2012, COM(2012) 586 final.

Europäische Kommission (2013): Action Plan for Resilience in Crisis Prone Countries 2013-2020. Brüssel, 19.6.2013, SWD(2013) 227 final. Zugang über:

http://ec.europa.eu/echo/files/policies/resilience/com_2013_227_ap_crisis_prone_countries_en.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Europäische Kommission (o.J.): The EU Approach to Resilience: Learning from Food Security Crisis. Documents. Zugang über:

<http://documents.wfp.org/stellent/groups/public/documents/resources/wfp251972.pdf>

[Letzter Zugriff: 10.1.2014]

Europäischer Rat (2004): Erklärung zur Bekämpfung des Terrorismus. Tagung des Europäischen Rates (Brüssel, 16./17. Dezember 2004). Schlussfolgerungen des Vorsitzes. Zugang über:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/83221.pdf

[Letzter Zugriff: 31.1.2014]

Europäischer Rat (2013): Schlussfolgerungen des Rates zum EU-Konzept für Resilienz. Brüssel, 28.5.2013, 9325/13. Zugang über: http://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/11/69/EU_116934/imfname_10405820.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer bessern Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12.12.2003.
Zugang über: <http://consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>
[Letzter Zugriff: 11.12.2013]

Exner, Andreas/ Matzenberger, Julian/ Stangl, Rosemarie (2013): Operationalisierung der regionalen Verwundbarkeit der Energiewende. Progress report 3a: Konzeptionalisierung der Verwundbarkeit und Operationalisierung des flächendeckenden Resilienzkonzepts. Klagenfurt/Wien. Zugang über: http://www.umweltbuero.at/resilienz/wp-content/uploads/AP3_Resilienz_08032013_Endversion.pdf
[Letzter Zugriff: 20.1.2013].

Faust, Jörg/ Messner, Dirk (2004): Entwicklungspolitik als ein Kernelement der europäischen Sicherheitspolitik. In: DIE. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Analysen und Stellungnahmen, Jg. 3/2004. Bonn: DIE.
Zugang über: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2012/3966/pdf/3_2004_DE.pdf
[Letzter Zugriff: 30.1.14]

Faust, Jörg/ Neubert, Susanne (2010): Wirksame Entwicklungspolitik. Befunde, Reformen, Instrumente. Baden-Baden: Nomos.

Fischer, Karin/ Hödl, Gerald/ Parnreiter Christof (2007): Entwicklung – eine Karotte, viele Esel? In: Fischer, Karin (u.a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, S. 13-54.

Fischer, Karin/ Parnreiter, Christof (2007): Globale Güterketten und Produktionsnetzwerke – ein nicht staatszentrierter Ansatz für die Entwicklungsökonomie. In: Becker, Joachim (u.a.) (Hg.): Kapitalistische Entwicklung in Nord und Süd. Handel, Geld, Arbeit, Staat. Wien: Mandelbaum, S. 106-122.

Frank, Johann (2009): Die Entwicklung der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Von der Europäischen Sicherheitsstrategie 2003 zum Fortschrittsbericht 2008. Diplomarbeit. Zugang über: http://www.bmlv.at/pdf_pool/publikationen/08_ess-eu_10.pdf [Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Gärtner, Heinz/ Hyde-Price, Adrian (2001): Introduction. In: Gärtner, Heinz/ Hyde-Price, Adrian/ Reiter, Erich (Hg.): Europe's New Security Challenges. Boulder: Lynne Rienner, S. 1-23.

Gärtner, Heinz (2006): Die vielen Gesichter der Sicherheit. In: Forum Politische Bildung (Hg.): Sicherheitspolitik. Sicherheitsstrategien, Friedenssicherung, Datenschutz. Redaktion: Gertraud Diendorfer. Innsbruck, Wien [u.a.]: Studien-Verlag, S. 5-14.

Haftendorn, Helga (1993): Das Sicherheitspuzzle: Die Suche nach einem tragfähigen Konzept internationaler Sicherheit. In: Daase, Christopher (u.a.) (Hg.): Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt. Baden-Baden: Nomos, S. 13-38.

Hagmann, Jonas (2010): Räume der Unsicherheit: Konstruktion, Emanzipation und Exklusion durch Sicherheitspolitik. In: Geographica Helvetica, Jg. 65/2010, Heft 3, S. 172-180.

Heigl, Miriam (2009): Der Staat in der Privatisierung. Baden-Baden: Nomos, Kapitel 3, S. 37-61.

Heise, Matthias (2008): Die Renaissance der Regionen. Neue Ansätze in den Theorien der Internationalen Beziehungen: Regionaler Sicherheitskomplex und Regionale Ordnungen. In: Peter Lang (Hg.): Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 558. Pieterlen: Peter Lang Verlag.

Hirschmann, Kai (2004): Risiken II. Internationaler Terrorismus als sicherheitspolitische Herausforderung. In: Hirsch, Klaus/ Seitz, Klaus (Hg.): Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main/London: IKO, S. 77-100.

Hyde-Price, Adrian (2001): "Beware the Jabberwock!": Security Studies in the Twenty-First Century. In: Gärtner, Heinz/ Hyde-Price, Adrian/ Reiter, Erich (Hg.): Europe's New Security Challenges. Boulder: Lynne Rienner, S. 27-54.

Jäger, Johannes/ Novy, Andreas (2007): Wissenschaft und Entwicklungspolitik. Politische Konsequenzen von Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin (u.a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, S. 159-175.

Kevenhörster, Paul/ Pfäfflin, Georg Friedrich/ Vielhaber, Armin (Hg.) (1988): „Entwicklungspolitik Unterwegslexikon“. Stuttgart: BMZ.

Khittel, Stefan/ Pospisil, Jan (Hg.) (2006): Europäische Entwicklungspolitik als Alternative zum „Global War on Terrorism“? Zur Entwicklungszusammenarbeit der EU in Krisenregionen. Wien: ÖFSE.

Klingebiel, Stephan (2013): Entwicklungs-, außen- und sicherheitspolitische Instrumente der Konfliktbewältigung. In: Bundeswehr (Hg.): Reader Sicherheitspolitik. III. Sicherheitsakteure und –instrumente. Konzepte der Konfliktbewältigung, Ausgabe 3/2013. Zugang über: <http://www.die-gdi.de/externe-publikationen/article/entwicklungs-aussen-und-sicherheitspolitische-instrumente-der-konfliktbewaeltigung/> [Letzter Zugriff: 20.12.2013]

Kolland, Franz (2007): Zwischen Fortschrittsoptimismus und kritischer Gesellschaftsanalyse. Die klassischen Entwicklungstheorien. In: Fischer, Karin (u.a.) (Hg.): Entwicklung und Unterentwicklung. Eine Einführung in Probleme, Theorien und Strategien. Wien: Mandelbaum, S. 79-103.

Köhne, Anja (2005): Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU: globaler Vorreiter eines erweiterten Sicherheitsbegriffs? In: Gorbatschow, Michail (u.a.) (Hg.): Zur Lage der Welt 2005: globale Sicherheit neu denken. Münster: Dampfboot, S. 22-48.

Magenheimer, Heinz (2003): Sicherheitspolitik in Theorie und Praxis. Wien: Institut für Strategie und Sicherheitspolitik.

Maihold, Günther (2005): Die sicherheitspolitische Wendung der Entwicklungspolitik: Eine Kritik des neuen Profils. In: Internationale Politik und Gesellschaft, H. 4., Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, S. 30-48.

Online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipg/03041.pdf> [Letzter Zugriff: 17.1.2014]

Martin, Mary/ Owen, Taylor (2010): The second generation of human security: lessons from the UN and EU experience. In: International Affairs 86. 1/2010, p. 211-224.

Meier-Walser, Reinhard (2011): Akteure, Instrumente und Strategien internationaler Sicherheitspolitik auf dem Prüfstand transnationaler Risiken und Bedrohungen – eine Einführung. In: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik. Furth: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, S. 7-20.

Menzel, Ulrich (1993): 40 Jahre Entwicklungsstrategie = 40 Jahre Wachstumsstrategie. In: Nohlen, Dieter/ Nuscheler, Franz (Hg.): Handbuch der Dritten Welt 1. Grundprobleme, Theorien, Strategien. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, S. 131-155.

Menzel, Ulrich (2005): Die neue Politisierung der Entwicklungspolitik. In: Hirsch, Klaus/ Seitz, Klaus (Hg.): Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main/London: IKO, S. 43-60.

Münkler, Herfried (2007): Die Neuen Kriege. Reinbeck bei Hamburg: Rowohlt.

Möller, Miriam (2013): Statebuilding im Kontext fragiler Staatlichkeit und bewaffneter Konflikte: Eine Analyse am Fallbeispiel der Demokratischen Republik Kongo. In: Arbeitspapiere zur Internationalen Politik und Außenpolitik. AIPA 3/2013. Köln: Universität zu Köln. Zugang über:
http://jaeger.unikoeln.de/fileadmin/templates/publikationen/aipa/AIPA_2013_1_finaleDEF.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Nöst, Barbara/ Schicho, Walter (2008): Entwicklungsdiskurs und Praxis der EZA: Konzepte, Akteure und Widersprüche. In: Gomes de Abreu Fialho, Bea/ Maral-Hanak, Irmi/ Schicho, Walter (Hg.): Entwicklungszusammenarbeit. Akteure, Handlungsmuster und Interessen. Wien: Mandelbaum, S. 43-64

OECD-DAC (2003): A Development Co-operation Lens on Terrorism Prevention. Key Entry Points for Action. A DAC Reference Dokument. Paris: OECD. Zugang über: <http://www.oecd.org/dac/incaf/16085708.pdf> [Letzter Zugriff: 28.12.2013]

OECD (2005): Paris Declaration on Aid Effectiveness. Ownership, Harmonisation, Alignment, Results and Mutual Accountability. High Level Forum, OECD.
Zugang über: <http://www.oecd.org/dac/effectiveness/35023537.pdf> [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

OECD (2006): Whole of Government Approaches to Fragile States. Development Assistance Committee Reference Series. Paris: OECD.
Zugang über: <http://www.oecd.org/dac/incaf/37826256.pdf> [Letzter Zugriff: 1.2.2014]

OECD-DAC (2007): Prinzipien für Internationales Engagement in fragilen Staaten und Situationen. Zugang über: <http://www.oecd.org/dac/incaf/39437107.pdf> [Letzter Zugriff: 15.01.2014]

Otzelberger, Agnes/ Wein, Astrid (2008): Die „Versicherheitlichung“ der Europäischen Entwicklungspolitik: Risiken und Nebenwirkungen. Vortrag. S. 1-11. Zugang über: http://expert.care.at/uploads/media/DieVersicherheitlichungderEEP_Vortrag2008.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Palme, Olof (1982): Der Palme-Bericht. Bericht der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit "Common Security". Berlin: Severin und Siedler.

Popovic, Goran (2007): Securitization of EU development policy. To what extent has the EU development policy become securitized in the post-9/11 environment? Lund: Lund University. Zugang über: <http://www.lunduniversity.lu.se/o.o.i.s?id=24965&postid=1321231> [Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Polsterer, Nicole (u.a.) (2012): Welche strukturellen Bedingungen sind notwendig, damit der Unternehmenssektor künftig möglichen Krisen und Wirtschaftsschwächen im Sinne der Nachhaltigkeit begegnen kann? In: Initiative Wachstum im Wandel, Policy Paper Serie „Wachstum im Wandel“, Policy Paper Nr. 6: Wachstum und Resilienz auf

der Unternehmensebene. Zugang über: <http://www.wachstumimwandel.at/wp-content/uploads/PolicyPaperResilienzUnternehmensebene.pdf> [Letzter Zugriff: 20.1.2014]

Pospisil, Jan (2007): Entwicklung und Sicherheit: Historische, theoretische und politische Bedingungen der Integration zweier Schlüsselkonzepte der globalen Machtbeziehungen. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP): Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen: Kohärenz oder Konkurrenz. Wien: Mandelbaum, Vol. 23, Nr. 4, 2007, S. 17-37.

Pospisil, Jan (2009): Die Entwicklung von Sicherheit. Entwicklungspolitische Programme der USA und Deutschlands im Grenzbereich zur Sicherheitspolitik. Bielefeld: transcript.

Pospisil, Jan (2013): Auf dem Weg zu einem europäischen Ansatz in der internationalen Krisenbearbeitung? Anmerkungen zum „Action Plan for Resilience in Crisis Prone Countries, 2013-2020. In: Österreichisches Institut für Internationale Politik, Policy Paper 2/2013. Zugang über: http://www.oii.ac.at/fileadmin/Unterlagen/Dateien/Kurzanalysen/Resilienz_JP.pdf [Letzter Zugriff: 15.1.2014]

Pospisil, Jan/ Werther-Pietsch, Ursula (2009): Good Governance, State-building, Resilience: Der ambivalente Umgang der Entwicklungszusammenarbeit mit der Frage von Staatlichkeit. In: ÖFSE Analysen, Information: Staat und Entwicklung, Ausgabe 2009, Wien: Südwind-Verlag, S. 37-47.

Reality of Aid (2006): Focus on Conflict, Security and Development. Part VI: World Aid and Donor Reports. The European Commission. London: Zed Books, p. 267-273.

Rinke, Bernhard (2004): Neue Europäische Sicherheitsarchitektur II. Die Europäische Union. In: Rinke, Bernhard/ Woyke, Richard (Hg.): Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 245-271.

Robinson, Clive (2005): Wessen Sicherheit? Zusammenführung und Eigenständigkeit der Sicherheits- und der Entwicklungspolitik der Europäischen Union. Eine Untersuchung im Auftrag der „Association of World Council of Churches related Development Organisations in Europe“ (APRODEV). Stuttgart; Bonn: Brot für die Welt; EED. Zugang über: <http://www.ziviler-friedensdienst.org/sites/ziviler-friedensdienst.org/files/anhang/publikation/zfd-wessen-sicherheit-1134.pdf>
[Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Rothkegel, Annely (2012): Umweltkommunikation in Europa: Schlüsselbegriffe im multilingualen Kontext (Nachhaltigkeit, Sicherheit, Resilienz). In: Malgorzewicz, Anna/ Zybatow, Lew N. (Hg.): Sprachenvielfalt in der EU und Translation. *Studia Translatorica* 3. Dresden: Neisse Verlag, S. 89-106.

Runge, Peter (2005): Zwischen Distanz und Kooperation. Zum Spannungsverhältnis von Sicherheitspolitik und Entwicklungspolitik. In: INKOTA-Brief 133. Zugang über: <http://www.inkota.de/material/suedlink-inkota-brief/133/peter-runge/>
[Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Schetter, Conrad (2010): Von der Entwicklungszusammenarbeit zur humanitären Intervention. Die Kontinuität einer Kultur der Treuhandschaft. In: Bonacker, Thorsten (u.a.) (Hg.): Interventionskultur. Zur Soziologie von Interventionsgesellschaften. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 32-47.

Schmidt, Christian (2011): Zum Geleit. In: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik. Furth: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, S. o.a.

Seitz, Klaus (2005): Die Sicherheitsfalle. Weshalb sicherheitspolitische Argumente eine ethische Begründung der Entwicklungspolitik nicht ersetzen können. In: Hirsch, Klaus/ Seitz, Klaus (Hg.): Zwischen Sicherheitskalkül, Interesse und Moral. Beiträge zur Ethik der Entwicklungspolitik. Frankfurt am Main/London: IKO S. 127-143.

Six, Clemens (2007a): Entwicklung als Risikominimierung? Sicherheitsdiskurse in der Europäischen Entwicklungspolitik. Wien: ÖFSE, Working Paper 19. Online unter: http://www.oefse.at/Downloads/publikationen/Entwicklung_als_Risikominimierung_Sicherheitsdiskurse_in_der_Europ_Epol.pdf [Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Six, Clemens (2007b): Die Entwicklung von Sicherheit: Eine Einleitung. In: Journal für Entwicklungspolitik (JEP): Entwicklungspolitik und Sicherheitsinteressen: Kohärenz oder Konkurrenz. Wien: Mandelbaum, Vol. 23, Nr. 4, 2007, S. 4-16.

Truman, Harry S. (1949): Inaugural Address, January 20, 1949. Zugang über: https://www.trumanlibrary.org/whistlestop/50yr_archive/inagural20jan1949.htm [Letzter Zugriff: 5.12.2013]

UNDP – United Nations Development Programm (1994): Human Development Report 1994. New dimensions of Human Security. New York, Oxford: Oxford University Press.
UN (United Nations) (2000): United Nations Millenium Declaration, General Assembly, fifty-fifth session, 18. September 2000, A/RES/55/2, New York.
Online unter: <http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf>
[Letzer Zugriff: 10.1.2014]

UN (United Nations) (2005): In larger freedom: towards development, security and human rights for all: Report of the Secretary-General, New York.
Online unter: <http://www.ohchr.org/Documents/Publications/A.59.2005.Add.3.pdf>
[Letzter Zugriff: 10.1.2014]

Vogler, John (1998): Globale Umweltpolitik. In: Beck, Ulrich (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 293-331.

Wagner, Jürgen (2008): Mit Sicherheit keine Entwicklung! Die Militarisierung der Entwicklungszusammenarbeit. Studie im Auftrag der Bundesfraktion DIE LINKE.
Online unter: <http://www.imi-online.de/download/EZ-Broschuere-Oktober2008.pdf>
[Letzter Zugriff: 5.12.2013]

Waldmann, Jörg (2004): Risiken III. Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit, Bevölkerungswachstum und Migration. In: Rinke, Bernhard/ Woyke, Wichard (Hg.):

Frieden und Sicherheit im 21. Jahrhundert. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 101-123.

Werthes, Sascha (2011): Exkurs: Menschliche Sicherheit. Ein alternatives Konzept zur Gewährleistung von Sicherheit in einer sich verändernden Welt. In: Meier-Walser, Reinhard/ Wolf, Alexander (Hg.): Neue Dimensionen internationaler Sicherheitspolitik. Berichte & Studien 93. Furth: MDV Maristen Druck & Verlag GmbH, S. 277-289.

Wolf, Jörg (2002): Staatszerfall: Die riskante Stabilisierungsstrategie der Europäischen Union für den südlichen Mittelmeerraum. In: Daase, Christopher/ Feske, Susanne/ Peters, Ingo (Hg.): Internationale Risikopolitik. Der Umgang mit neuen Gefahren in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden: Nomos, S. 243-266.

Woods, Ngaire (2005): The shifting politics of foreign aid. In: For publication in *International Affairs*, March 2005, p. 1-17.

Ziai, Aram (2004): Entwicklung als Ideologie? Das klassische Entwicklungsparadigma und die Post-Development-Kritik. Ein Beitrag zur Analyse des Entwicklungsdiskurses. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.

7. Anhang

7.1. Abstract (Deutsch)

Die Formel „Ohne Sicherheit keine Entwicklung“ und „Ohne Entwicklung keine Sicherheit“ ist mittlerweile zu einem entwicklungspolitischen Paradigma geworden. Unter dem Eindruck der jüngsten globalen Herausforderungen wird Entwicklungspolitik immer mehr in sicherheitspolitische Überlegungen eingebunden, wodurch sich ihre Aufgabenbereiche vergrößert und ihre Handlungsweisen verändert haben. Damit sieht sie sich der Gefahr gegenüber, zunehmend für sicherheitspolitische Interessen instrumentalisiert zu werden und ihre Unabhängigkeit als eigenständiges Politikfeld zu verlieren. Im Zuge dieses entwicklungspolitischen Prioritätenwandels hat sich nicht nur das Geberverhalten verändert, sondern es sind damit auch bestimmte Risiken und Konsequenzen für die Praxis der internationalen Entwicklungszusammenarbeit verbunden. Die vorliegende Diplomarbeit will den Veränderungsprozessen an den Schnittstellen von Sicherheits- und Entwicklungspolitik auf den Grund gehen und beleuchtet die Debatte um den Nexus von Sicherheit und Entwicklung auf internationaler und auf Ebene der Europäischen Union. Anhand zentraler entwicklungspolitischer Dokumente sollen jene diskursiven Interpretationsmuster und politischen Leitbilder analysiert werden, welche die zunehmende Verschränkung beider Politikbereiche, entlang einer bestimmten sicherheitspolitischen Logik, zu legitimieren versuchen und die Entwicklungspolitik auf ihren präventiven Charakter reduzieren.

7.2. Abstract (Englisch)

The formula 'No security without development' and 'No development without security' has nowadays become an important paradigm within the scope of development politics. Development policies are gaining in importance within the parameters of security policies and all theories concerning this aspect altering its main objectives both theoretically and practically. Therefore, it is becoming more and more risky for development policies to be used for political and national self-interest. Furthermore, it is also risking losing its independence within the political arena. In due course, the changes in priorities, due to shifts in the paradigm have not only altered the way nations donate funds, but it also interferes with the international cooperation of aid development policies.

This thesis will be analyzing and evaluating the interfaces between the security and development of global politics focusing on the nexus of security and development on both an international and European Union scope. Documents concerning development politics should be used as a tool and a lead for analyzing and extrapolating the various concepts that attempt to legitimize the logic behind security policies whereby, reducing them and their respective preventive attributes.

8. Curriculum Vitae

Ausbildung

Seit März 2009	Studium der Internationalen Entwicklung Universität Wien • Schwerpunkt Cultural Studies
September 2007 bis November 2008	Studienberechtigungsprüfung für das Studium Internationale Entwicklung/ Uni Wien
September 2006 bis März 2007	AHS für Berufstätige , Bundesgymnasium Wien Henriettenplatz

Weiterbildung

Februar 2013 Bildungsinitiative	Workshop zu Asylrecht, im Ausmaß von 6h, Österreich und „Asyl in Not“
Februar 2013	Workshop „Umgang mit Traumata in Bildungs & Beratungsarbeit“ im Ausmaß von 8h, Bildungsinitiative Österreich und Verein „Hemayat“
Dezember 2012 bis Mai 2013	„Rassismuskritische Kompetenz in Bildungs- und Beratungsarbeit“, interne Weiterbildung PROSA, 3 Module zu je 16h
Februar 2007	Modul „Rhetorik und Präsentationstechnik“ im Ausmaß von 32h, Abendschule Henriettenplatz
Oktober 2006	Workshop „Projektmanagement und Kampagnenplanung“, im Ausmaß von 20h, ÖGB

Berufserfahrung

Seit Oktober 2012	Bildungsinitiative Österreich – Vielmehr für Alle! Wien Organisatorin der Langen Nächte der Menschenrechte seit Oktober 2012; administrative Agenden
Oktober bis Dezember 2012	Konzeptionelle Arbeit: Workshop „Stammtischparolen - wie gegen Hetze argumentieren ohne den Verstand zu verlieren“; im Ausmaß von 16h, Bildungsinitiative Österreich

Juli bis September 2011

Praktikum beim Stadtmagazin „das Biber“, Wien
Begleitung der Redakteure, Recherchetätigkeit,
Bloggerstellung